Heft 1 Januar 1994 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Black Basketball: »White Men Can't Jump«
- »Unsere Gedenkstätte ist das nicht« Interview mit Ignatz Bubis
- Die letzten vier Tage der Gewerkschaft
- Italien: Sauberer Faschismus
- Wahljahr 94: Wer wen wie oft und warum
- Essay: Die Rhetorik des Holocaust

in konkret Januar 1994

von konkret

an konkret

Deutschland zum 61. von Hermann L. Gremliza

»Der viele viele Schnee« von Jan Philipp Reemtsma

»Die großen Symbole sind beharrlich, nur die Zeiten wechseln, wie es scheint, und die Konstellationen.« – Anmerkungen zur Neuen Wache, der »Zentralen Mahn- und Gedenkstätte« der Bundesrepublik

»Ich habe Angst vor 1994« von Ignatz Bubis; Boris Gröndahl; Hermann L. Gremliza

KONKRET-Gespräch mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, über Helmut Kohl, Bitburg, die Neue Wache und Steffen Heitmann

»Jeder ist uns der Nächste« XXIII von Archiv für Sozialpolitik

Dreiundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Entweder es ändert sich nichts, oder die Welt bleibt, wie sie ist von Günter Kolodziej

Wer wen wie oft und warum – Mutmaßungen über das Wahljahr 1994

Die vier letzten Tage der GewerkschaftenZurück zum Vollbeschäftigungsziel von Klaus Lang

In Frankreich hat die konservative Regierung gegen den Widerstand von Kommunisten und Sozialisten die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich durchgesetzt; in der BRD hat ein Automobilkonzern mit der größten Industriegewerkschaft ebenfalls eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht vereinbart. Verkehrte Welt? IG Metall-Abteilungsleiter Klaus Lang beschreibt die Chancen der 4-Tage-Woche;Robert Kurz interpretiert die Arbeitszeitdebatte im Kontext einer allgemeinen Krise der abstrakten Arbeit

Die vier letzten Tage der GewerkschaftenFeierabend von Robert Kurz

In Frankreich hat die konservative Regierung gegen den Widerstand von Kommunisten und Sozialisten die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich durchgesetzt; in der BRD hat ein Automobilkonzern mit der größten Industriegewerkschaft ebenfalls eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht vereinbart. Verkehrte Welt? IG Metall-Abteilungsleiter Klaus Lang beschreibt die Chancen der 4-Tage-Woche;Robert Kurz interpretiert die Arbeitszeitdebatte im Kontext einer allgemeinen Krise der abstrakten Arbeit

Die Fünf-Minuten-Terrine von Otto Köhler

Nach Steffen Heitmanns Kandidatur ist die Republik nun reif für einen Bundespräsidentschaftsbewerber, der nicht nur stramm rechts ist, sondern dies auch verbindlich zu formulieren weiß

Ende des Kollektivs von Oliver Tolmein

Die Celler RAF-Gefangenen sind mit einem Versuch gescheitert, über den Anwalt Christian Ströbele und Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter Druck für ihre Freilassung zu machen. In dem erbittert geführten Streit zwischen verschiedenen Gruppen der Gefangenen und der RAF um diese Initiative treten die nicht ausgetragenen Differenzen über die Geschichte der RAF, die Strategie des Kampfes für die Freilassung und die Möglichkeiten linker Politik in der BRD zutage

Nichts wie raus! von Hermann L. Gremliza

Die wahre Revolution von Michael Hahn
Am 1. Januar tritt das nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) in Kraft. Der Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko soll nicht nur Zollschranken, sondern auch den Einfluß der US-Gewerkschaften und der mexikanischen Linken beseitigen

Sauberer Faschismus von Stefan Seifert
Bei den Kommunalwahlen in Italien erschien ein neuer Fix-Stern am Polit-Himmel: der neofaschistische MSI, die »Italienische Sozialbewegung«. Wie lange der Erfolg dieser Partei anhalten wird, hängt unter anderem davon ab, ob es der Linken gelingt, den antifaschistischen Konsens in der italienischen Bevölkerung wiederherzustellen. Die Aussichten dafür stehen freilich nicht gut

Der Holocaust als rhetorische Figur von Phillip Lopate; Eike Geisel
Ein Essay des amerikanischen Schriftstellers Phillip Lopate.Mit einer einleitenden Vorbemerkung von Eike Geisel

Bad Boy als Normalfall von Gunter Blank
Basketball, 1891 in Massachusetts für bewegungshungrige CVJMler erfunden, hat sich zur rebellischen Sportart schlechthin entwickelt. Es scheint, als könnten weder Werbestrategen von Sportschuhkonzernen noch multikulturelle Lichterketten-Vereinnahmungsversuche daran etwas ändern: Basketball läßt sich nicht instrumentalisieren

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Buch des Monats: Versuch, die Wirklichkeit zu retten von Ernst Köhler
Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: das Konzentrationslager. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1993, 390 Seiten, 49,80 Mark

Beruf Neonazi von Ingrid Strobl
Ein anderthalbstündiger Videoclip des Regisseurs Winfried Bonengel bringt den Nazi Bela Ewald Althans in die Kinos und bald in die Wohnzimmer

Ein ganz mieser Abgang von Kay Sokolowsky
»The Death of Superman« erreichte in den USA die höchste Auflage, die je ein Comicbook erzielte. Jetzt hat der Carlsen-Verlag die »fürchterliche Verarsche« auf deutsch herausgebracht

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/94, S. 4

von konkret

Die Auseinandersetzungen um das Gedenken der Opfer des zweiten Weltkriegs und der Ermordung der europäischen Juden sind speziell in Deutschland seit jeher keine bloß akademischen Debatten unter Museumspädagogen oder Historikern. Die Gestaltung der »Zentralen Mahn- und Gedenkstätte Neue Wache« zeigt, wie stilsicher und gleichzeitig aberwitzig man eine politische Aussage symbolisch umsetzen kann. In diesem Heft beschreibt und kommentiert Jan Philipp Reemtsma diese Gedenkstätte des wiedervereinigten Deutschland. Sie war auch eines der Themen, über die Hermann L. Gremliza und Boris Gröndahl mit Ignatz Bubis sprachen (ab Seite 14).

In den USA ist zehn Jahre lang über die Errichtung von Holocaust-Museen diskutiert worden. Aus einer Debatte, die in Deutschland nie richtig angekommen ist (erst die Einweihung der Holocaust-Museen in Los Angeles und Washington DC provozierte im Frühjahr 93 die Deutschen: beleidigt verwies man auf die Sünden der Amis), stammt der Text von Phillip Lopate, den wir in dieser Ausgabe ab Seite 37 veröffentlichen.

In ihrem Artikel »Regelung der Zigeunerfrage« (KONKRET 11/93) äußerten Karola Fings und Frank Sparing den Verdacht, die Kölner Polizei habe nach dem Krieg mit nationalsozialistischen »Zigeunerpersonenakten« weitergearbeitet. Das Polizeipräsidium hat inzwischen eingestanden, daß die Akten bis 1978 als kriminalpolizeiliche Personenakten weitergeführt worden sind. Eine gesonderte Datei mit den Akten soll zwar nicht bestanden haben, wohl aber ein »Sonderschrank«, wobei ein Zugriff auf den geschlossenen Bestand mit den NS-Akten jederzeit möglich gewesen sei. Die Existenz eines »Fachkommissariats für Landfahrer« bestreitet das Polizeipräsidium, es hat aber zugegeben, daß es beim 6. Kommissariat ein Aufgabengebiet »reisende Straftäter« gegeben habe, in dem die »Landfahrerangelegenheiten« bearbeitet worden seien. Um die Vorwürfe selbst zu prüfen, schickte das Präsidium drei Beamte in das nordrhein-westfälische Hauptstaatsarchiv. Nach Lektüre des KONKRET-Artikels erwägt neben dem Kölner Rom e.V. nun auch die Niedersächsische Beratungsstelle für Sinti und Roma rechtliche Schritte gegen die Kölner Polizei.

Was lange währt, wird doppelt so dick wie geplant: Ende Januar erscheint nun tatsächlich der Protokollband des KONKRET-Kongresses »Was tun? Möglichkeiten und Bedingungen linker Politik und Gesellschaftskritik«. Auf ca. 430 Seiten sind Referate und Auszüge aus den Diskussionen des Kongresses nachzulesen. Als Vorabdruck im nächsten Heft: Das Referat von Sebastian Scheerer aus dem Forum »Raffgesellschaft, Sozialschmarotzer, Bürgerpolizei« zum Thema »Organisierte Kriminalität« und Innere Sicherheit sowie die Diskussion von Günther Jacob und Diedrich Diederichsen im Forum »Differenz und Reaktion«.

Ernst Jünger wird die »Frischdrucklegung der Wahrheit« ebensowenig veranlassen wie die »postwendendste Schwärzung der mauen Stellen« seines jüngsten Werks *Siebzig verweht III.* Horst Tomayer hatte in KONKRET 9/93 beides gefordert, nachdem Jünger in seiner »Auswahl aus den Tagebüchern 1981 bis 1985« ein Telefonat mit »Luis Trenker« »referierte«, das in Wirklichkeit Horst Tomayer mit ihm geführt hatte. Jüngers Lektorin beim Verlag Klett-Cotta wußte zu berichten, daß der 98jährige nachträglich nichts an seinen Aufzeichnungen ändern wolle. Jünger habe abschließend geäußert: »Der Herr Tomayer muß ja ein sehr begabter Mann sein.«

Die Aktion der DDR-Abwicklungsanstalt Treuhand gegen die österreichischen Kommunisten (s. »Immer für Österreich«, KONKRET 7/93) wird fortgesetzt. Am 12. November veranlaßte das Landgericht Wien die Sperrung sämtlicher KPÖ-Konten bei sechs österreichischen Banken: 2,2 Milliarden Schilling, etwa 300 Millionen Mark liegen damit auf Eis. Gegen den Finanzreferenten der Partei, Michael Graber, wird wegen Hehlerei ermittelt, seine Wohnung, die Wohnung seiner 77jährigen Mutter und die KPÖ-Büros in Wien wurden durchsucht. Neue Argumente für ihre Behauptung, die österreichische Firma Novum sei in Wahrheit eine Abteilung der SED gewesen, konnte die Treuhand indes nicht vorlegen.

Es fehlen noch 144.000 Mark für die neue Konkret KG (KVV »Konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck und andere Medien GmbH & Co KG, Amtsgericht Hamburg HR A 87321). 68 Mitglieder haben mittlerweile 106.000 Mark für den Erhalt der Zeitschrift in den nächsten 10 Jahren bereitgestellt. Die Kommanditgesellschaft (KG) wird am 31. Januar 1994 geschlossen. Wer es sich also noch leisten und sich dazu entschließen kann, der KG mit mindestens 1.000 Mark beizutreten, melde sich formlos bei KONKRET (s. Information in Heft 12/93, Seite 16/17). Wer sich persönlich informieren möchte, kann dies am 14.1. in Freiburg (16-18 Uhr), am 16.1. in München (17-19 Uhr) und am 17.1. in Frankfurt (18-20 Uhr) tun. Einladungen mit Angaben zu den Veranstaltungsorten sind bei Christoph Speier erhältlich (Tel.

040/431085 – nur mittwochs und freitags).

Konkret 01/94, S. 6

an konkret

Irrationaler Deutschenhaß

KONKRET 12/93: »Wenn Deutsche zu sehr helfen« von Jürgen Elsässer

Bei der Lektüre von Jürgen Elsässers Artikel hat mich zunehmend der Ekel gepackt. Das ist niederträchtige Entmenschung eines Mordopfers; das ist irrationaler Deutschenhaß, begleitet von Ausrottungsphantasien. So, wie ich weiten Teilen des Artikels, soweit er die Militarisierung der Außenpolitik betrifft, zustimmen muß, so entschieden lehne ich diesen grassierenden entmenschlichenden Zynismus ab, der sich als Entschiedenheit in der Kritik tarnt – und doch bloß Zeugnis einer verkommenen Gesinnung ist, die sich von rechtem Charakterschweinetum nicht wesentlich unterscheidet.

Mit solcher Gesinnung läßt sich die Welt nur zum – noch – Schlechteren verändern. Soweit ich dazu in der Lage wäre, würde ich niemals zulassen, daß einer wie Elsässer Macht in die Finger kriegt. Ist es pure Illusion von mir, wenn ich meine, daß die Menschlichkeit links verortet sein und bleiben muß?

Thomas Steinforth

Bonn

Picasso hat recht

KONKRET 12/93: »Die Abstrakten – abgeschlafft?« von Armin Schreiber

Da ist er wieder, der alte Formalismus-Vorwurf! (Der Autor, man sieht's an der Mütze, steht auf der Lukacs-Seite.) Und ein bewährter Gegensatz der Begriffe: abstrakt vs. gegenständlich. Sie beschreiben die gegnerischen Positionen. Schon lange nicht mehr.

Die klassische Moderne in ihrer konstruktivistischen Variante proklamierte den Aufbau der Welt nach den Gesetzen der menschlichen Wahrnehmung, vermeintlich aus der Geometrie. Eine Zukunftsutopie, gestaltet nach menschlichem Maß. Leider idealistisch, aus reinem Geist. Variante zwei (kubistisch) zeigte eine völlig andere Einstellung zur Vergangenheit: Man versuchte, das Neue aus Bruchstücken des Vorgefundenen zusammenzusetzen, zerriß den schönen Schein des heilen Ganzen, collagierte neu, machte aus Schrift Bilder. (Variante drei – expressionistisch – , vier – neue Sachlichkeit – und fünf – surrealistisch – vernachlässigen wir an dieser Stelle, ganz zu schwiegen von Variante sechs – Dada – , womit soweit klargestellt wäre, daß wir schon im historischen Teil ausdrücklich mit starken Vereinfachungen operieren.)

Der Gegenstand, der sich dem Laien- wie dem Künstlerauge darbietet, ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts häufig aus Zeitungspapier gemacht. Mit Erfindung und Ausbreitung der Massenmedien verliert das Sichtbare seine Eindeutigkeit. Seine Wahrheit ist vom festgelegten Betrachterstandpunkt der Zentralperspektive aus nicht mehr zu erfassen (Cézanne). Entsprechend stellte man Gegenstände multiperspektivisch (kubistisch) oder synchron in verschiedenen Bewegungsphasen (Variante sieben: Futurismus) dar: Die Welt in ihrer Objektivität schwindet, die Zahl der Welt-Bilder wächst.

Die Informellen der 50er Jahre verweigerten Inhalt und Aussage (abstrakter Expressionismus: de Kooning, Pollock; in Europa: Tapies, Wols, Schumacher), dann sogar den subjektiven Gestus des Künstlers (Minimal Art: Newman, Stella, LeWitt, Judd), um der Welt der Bedeutungsfülle eine meditative Leere entgegenzusetzen, die der Flut der Bilder widerstehen hilft.

Wovon ich nicht mehr spreche und Armin Schreiber leider auch nicht, sind all die anderen: die die Oberfläche vergötternden Fotorealisten, Pop-Art mit ihren Ikonen der Warenwelt, Stellas »shaped canvases«, die die europäische Tradition des Tafelbildes in Frage stellen. Realisten? Existieren überhaupt noch Bildgegenstände im traditionellen Sinn? Wird nicht jeder Gegenstand von einem virtuellen Double verdeckt, von seinem Warenimage, das präsenter ist als er selbst in seiner sinnlichen Materialität?

In der BRD wurde Informel über die Maßen gefördert, weil es sich des politischen Diskurses enthielt. Fluxus und Konzeptkunst der späten 60er und der 70er Jahre korrigierten diese Entwicklung mit einer radikalen Politisierung des Kunstbegriffs. In den Neuen Figurativen der 80er wurde die Kunst dann wirklich wieder deutsch. Die scheinbare Einheit des Schönen und Guten in den Gemälden der Neuen Wilden verkaufte (und verkauft) sich gut: als Standpunkt gegen Standpunktlosigkeit, Politik gegen Abstinenz. Aber erstens: Sind die neuen Gegenständlichen gegenständlich? Und zweitens: Wo sie politisch sind, sind sie da nicht platt und blöd? Und drittens: Wo sie nicht politisch sind, sind sie da nicht dekorativ und reaktionär?

Soviel ist klar, Picasso hat recht: Es gibt keine abstrakte Kunst! Deshalb demonstriert die Kunst der Documenta IX eine gesellschaftliche Realität, nämlich Sieg und Niederlage des konstruktivistischen Programms. Die ästhetische Durchgestaltung des Alltags, die das Bauhaus wünschte, ist realisiert – zumindest in den Industrienationen, als product-design, body-styling oder »Schöner Wohnen«. Prometheus hat die neue Welt nach seinen Prinzipien erschaffen. Im Jahre 2000 wird er die Familie nicht mehr in Feld und Flur, sondern zur Erbauung in Kunst- und Kulturpaläste führen. Keine Botschaft, kein Sinn, kein Ding. Kunst wird die Leerstellen füllen, die der Verlust des deutschen Waldes in unsere Herzen reißen wird. Nur unsere Sprache, die alles Vergangene in sich schließt und bewahrt, auch wenn keiner es mehr kennt und versteht, spricht noch vom Ding.

Wovon spricht Armin Schreiber? Von Palermo, Knoebel, Richter, Geiger? Alles Abstrakte.

Immer noch sprechen wir nur von der Kunsttradition des Tafelbildes, einer bürgerlichen Erfindung, die es ermöglichte, das sakrale Altar- und Wandbild als illusionistisches Fensterbild vom architektonischen Kontext zu lösen und zu Markte zu tragen. Nur innerhalb dieser historischen Form, deren Ende – mit guten Gründen, scheint mir – von mancher Seite angekündigt wird, hat der Gegensatz zwischen abstrakt und konkret seinen Sinn. Die Gegenwartskunst tendiert aber einerseits zum Plastischen, in die objekthafte Realität, mit raumbezogenen Environments, die für Ausstellungsereignisse aufgebaut werden, um danach wieder zu verschwinden, andererseits zum Virtuellen in der Videokunst.

Ute Reichmann

Duderstedt

»Soldat niemals!«

KONKRET 12/93: »Faschismus verweht« von Gerhard Scheit

Gerhard Scheits Kritik an der Rolle des Mythos in seinen exemplarischen Erscheinungsformen im Werk Ernst Jüngers ist insofern für eine innerlinke Diskussion erfreulich, als sie das historische Verhältnis linker Bewegungen zu Nationalismus, Militarismus etc. mit einbezieht.

Enttäuschend ist freilich seine undifferenzierte Anarchismusrezeption, die im Grunde genommen Jüngers bürgerlich-idealistische »Anarchismus«-Vorstellung gerade dort übernimmt, wo sie sich eine eingehende Auseinandersetzung mit der historisch libertären Bewegung meint ersparen zu können.

Scheits Behauptung, die Unterscheidung zwischen (nietzscheanischem, faschistischem oder schlicht Jüngerschem) Ich-Kult und dem Anarchismus als politisch-kultureller Bewegung sei »manchmal allerdings schwer zu treffen (gewesen)«, unterschlägt die inhaltliche wie materielle Konfrontation zwischen Anarchisten wie Mühsam einerseits und »Nationalrevolutionären« bzw. »Nationalbolschewisten« andererseits.

Mit der hingeworfenen Bemerkung, Jünger habe in der Weimarer Zeit bekanntlich auch mit Erich Mühsam »in jenem schillernden Kreis von Intellektuellen« verkehrt, verwischt Scheit leider die Tatsache, daß Mühsam im Gegensatz zu Niekisch, Strasser etc. keineswegs »nationale« Sozialismen anstrebte und sich durchaus nicht in Kategorien des Nationalismus, Soldaten- oder Heldentums oder endzeitlicher Läuterungen bewegte! Insofern denunziert Scheit mit seiner »Anarchismus«-Auffassung eine der wenigen glaubwürdigen antifaschistischen Positionen.

Demgegenüber sei als Dokument anarchistischer Nationalismuskritik Rudolf Rockers 1937 entstandenes Buch »Nationalismus und Kultur« empfohlen, das durchaus mit der historischen Haltung der libertären ArbeiterInnenbewegung übereinstimmte. In gewisser Weise »verkehrte« auch er in der Weimarer Zeit mit »Nationalrevolutionären«: Er nahm an öffentlichen Diskussionen mit Otto Strasser teil, die mit einer klaren Absage an die nationalistische Rekuperation des Klassenkampfes durch die Nationalrevolutionäre eingestellt wurden.

Klarer als in der von den libertären Arbeitern 1937 an die Adresse der stalinistischen KP Spaniens gerichteten Parole kann man im übrigen die anarchistische Haltung zum Militarismus nicht charakterisieren »Milizionär ja – Soldat niemals!«

Kai Twelbeck

Stuttgart

Konkret 01/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Deutschland zum 61.

Als der ehemalige Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, wegen Mordes zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war, stimmten die Troubadours des neuen Deutschland in Funk, Fernsehen und Presse ein Lied an, dessen Refrain etwa so ging: Es geschehe zwar zum ersten Mal in der deutschen Rechtsgeschichte, daß ein Angeklagter 62 Jahre nach der Tat abgeurteilt werde, und ob er die beiden Polizisten wirklich erschossen habe, wisse man nicht so genau, auch berühre die Verwertung von Ermittlungsakten aus nationalsozialistischer Zeit ein wenig peinlich, aber immerhin sei der Delinquent als führender Funktionär des Verbrecherregimes der DDR sowieso schuldig, und wenn man aus dieser Zeit nichts Konkretes finde, wofür man den Bluthund vor Gericht stellen und ins Gefängnis stecken könne, bedeute es eine Art höherer Gerechtigkeit, ihn für eine Tat büßen zu lassen, die er vielleicht nicht begangen habe. Mit Prozessen wie diesem, schrieb die »Frankfurter Allgemeine«, müsse »den Deutschen in den neuen Ländern der Unrechtscharakter des Regimes anschaulich gemacht werden, unter dem sie vierzig Jahre lang gelebt haben« (ohne ihn zu bemerken?).

Vier Wochen später sprach die Erste Große Strafkammer des Hamburger Landgerichts ihr Urteil über den ehemaligen SS-Unterscharführer Heinrich Schrumpf, der angeklagt war, 1941 im Distrikt Lublin drei jüdische Zwangsarbeiter erschossen zu haben. Die Tat galt der Kammer als bewiesen. Da die Richter aber nicht ausschließen wollten, daß der Täter auf Befehl gehandelt habe, sei es nicht Mord, sondern Beihilfe zum Mord gewesen, ein Verbrechen, das nach fünfzehn Jahren verjährt. Das Verfahren werde daher eingestellt, der Angeklagte sei frei.

Mielke, hieß es in einigen Prozeßberichten, habe bei der Verkündung des Urteils den Eindruck gemacht, er verstehe nicht so recht, was ihm da geschehe und warum. Die Hamburger Richter dürften ihn aufgeklärt haben: Er sitzt, weil er nicht bei der SS war. Strafe muß sein.

Mielke war nach Moskau geflohen, Schrumpf schoß in Polen, als in Hamburg geschah, was der »Spiegel« so referiert:

Die Jahre als Heranwachsender verbrachte Fritz Bringmann in Konzentrationslagern. Als 17jähriger wurde der Lübecker Arbeitersohn wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« vom Hanseatischen Oberlandesgericht verurteilt und erst vier Jahre im KZ Sachsenhausen, dann fünf Jahre bis Kriegsende im KZ Neuengamme eingesperrt.

Selbst in Lagern leistete er Widerstand. Als Häftlingspfleger im Krankenrevier half er seinen Mitgefangenen, wo er konnte; und aus Neuengamme ist bezeugt, daß er dafür sogar sein Leben riskierte: Er ignorierte den SS-Befehl, russischen Kriegsgefangenen tödliche Injektionen zu verabreichen.

Seit 1992 schlug der Hamburger Bürgermeister Voscherau dem Bundespräsidenten mehrmals vor, Fritz Bringmann das Bundesverdienstkreuz zu verleihen. Doch das zuständige Innenministerium strich den Namen jeweils von der Liste, ohne dafür einen Grund anzugeben, den Voscherau und der »Spiegel« dennoch zu kennen glauben: Bringmann »war Kommunist, Mitglied der KPD und DKP«. Und bitterböse kontrastiert das um Deutschlands Ruf besorgte Magazin die Ordensverweigerung mit der Nachricht, daß »selbst Nazi-Protagonisten« mit dem »handemaillierten Bundes-Blech geehrt« worden seien: Globke zum Beispiel, der die NS-Rassengesetze kommentiert, und Bütefisch, der sich bei Himmler Auschwitz-Häftlinge als Zwangsarbeiter bestellt hatte.

Voscherau und der »Spiegel« huldigen einem Aberglauben. Ich kenne die Liste der Männer aus Wirtschaft und Politik, die schon vor 1945 im Erwachsenenalter gewesen und später mit Bundesverdienstkreuzen bedacht worden sind, nicht, bin aber bereit, jede Wette anzunehmen, daß der Prozentsatz ehemaliger Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen unter den Dekorierten nahelegt, die Nazi-Mitgliedschaft als Regel, wenn nicht als Bedingung für spätere Auszeichnung anzusehen, als deren Ausnahme die innere Emigration eines nationalen Lyrikers vielleicht, der Aufenthalt eines Kommunisten im KZ aber gewiß nie in Betracht gekommen ist. Für die Weigerung, russische Kriegsgefangene umzubringen, hat noch keiner einen Orden der Bundesrepublik bekommen. Wer das Bundesverdienstkreuz bekommt, ist gezeichnet, nicht ausgezeichnet. Daß er es nicht bekommt, ist die höchste Auszeichnung, die Deutschland an Fritz Bringmann zu vergeben hatte.

Was aus den Richtern des Hanseatischen Oberlandesgerichts geworden sein mag, die den 17jährigen wegen Vorbereitung zum Landesverrat ins KZ geschickt haben? Vor Gericht gestellt und bestraft worden sind sie nicht, denn dies geschah bis heute keinem einzigen Richter des Dritten Reichs. Selbst die Mitglieder ihres höchsten Tribunals, das die Nazis Volksgerichtshof nannten, haben nach Ansicht der späteren letzten Instanz, die Bundesgerichtshof heißt, nie eine Rechtsbeugung begangen. Solches Verbrechen blieb der DDR vorbehalten, die neben dem ersten Angeklagten der deutschen Rechtsgeschichte, der 62 Jahre nach der Tat vor Gericht kam, auch den ersten Richter der deutschen Rechtsgeschichte stellen durfte, der wegen Rechtsbeugung verurteilt wurde. Nicht wegen irgendeiner Rechtsbeugung

freilich, wie sie überall und immer vorkommt und vorgekommen ist, in Leipziger Verfahren gegen Republikflüchtlinge und in Düsseldorfer Prozessen gegen Landesverräter, wie jenem, in dem (selbstverständlich zum ersten Mal in der deutschen Rechtsgeschichte) der Spionagechef eines anderen, völkerrechtlich anerkannten Staates wegen Landesverrats an der Bundesrepublik verurteilt wurde. Der erste Richter der deutschen Rechtsgeschichte, der wegen Rechtsbeugung verurteilt wurde, hatte kurzen Prozeß weder mit Straßenräubern noch mit Dissidenten gemacht, sondern mit einigen der NSDAP-, SA- und SS-Leute, die bei Kriegsende nicht ins geglobkte Land entkommen, sondern von der Roten Armee gefangen, in Internierungslager gebracht und später der ostdeutschen Justiz zur Bestrafung übergeben worden waren. Es wird noch mancher Richter der DDR wegen Rechtsbeugung angeklagt und verurteilt werden, aus vielerlei Gründen. Der erste war der erste, nicht weil er Recht gebeugt haben soll, sondern weil er es an NSDAP-, SA- und SS-Leuten getan hat, die heute ganz umstandslos »Opfer des Stalinismus« heißen.

Was, noch einmal, aus den Richtern des Hanseatischen Oberlandesgerichts geworden sein mag, die den 17jährigen wegen Vorbereitung zum Landesverrat ins KZ geschickt haben? Der Studentin der Geschichte, die dieser Frage nachgehen möchte, gebe ich gern ein paar Hinweise: Wegen Rechtsbeugung könnte einer der Richter nur verurteilt worden sein, wenn er sich im Frühjahr 1945 zufällig östlich der Elbe aufgehalten hätte, von Rotarmisten gefangengenommen und später vor einen jener Waldheimer Richter gestellt worden wäre, deren erster jetzt der erste in der deutschen Rechtsgeschichte werden durfte. Sollten sich die Richter des Hanseatischen Oberlandesgerichts, die den 17jährigen wegen Vorbereitung zum Landesverrat ins KZ geschickt haben, im Frühjahr 1945 westlich der Elbe aufgehalten haben, werden sie so lange Richter des Hanseatischen Oberlandesgerichts geblieben sein, bis sie aus Altersgründen in einen hochdotierten Ruhestand geschickt wurden, bei welcher Gelegenheit ihnen der Bundespräsident mit Zustimmung des Innenministers je ein Bundesverdienstkreuz verliehen hat. Mehr kann ich nicht sagen. Es wird Aufgabe des Studenten der Geschichte sein, zu erforschen, ob es bei einem der Richter zum Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband gelangt hat oder ob sie alle sich mit jenem einfachen Verdienstkreuz am Bande begnügen mußten, das dem Fritz Bringmann erspart geblieben ist.

Konkret 01/94, S. 11

Jan Philipp Reemtsma

»Der viele viele Schnee«

»Die großen Symbole sind beharrlich, nur die Zeiten wechseln, wie es scheint, und die Konstellationen.« – Anmerkungen zur Neuen Wache, der »Zentralen Mahn- und Gedenkstätte« der Bundesrepublik

Schnee hing im Astwerk. Der Maschinengewehrschütze sang. Er stand in einem russischen Wald auf weit vorgeschobenem Posten. ... Und der Schnee, in dem er stand, allein stand in der Nacht, zum erstenmal allein stand, er machte die Nähe der anderen so leise. So weit ab machte er sie. Er verschwieg sie, denn er machte alles so leise, daß das eigene Blut in den Ohren laut wurde, so laut wurde, daß man ihm nicht mehr entgehen konnte. So verschwieg der Schnee.
Wolfgang Borchert

So sind denn wieder mal so viele einig, nur die Paare, Triolen und Multiplen wechseln. Rudolf Augstein und Hermann Gremliza waren einig in ihrer Abneigung gegenüber der Idee, einen internationalen Gerichtshof zur Aburteilung der Kriegsverbrechen im zerfallenen Jugoslawien einzusetzen; Hermann Gremliza und Helmut Kohl sind gegen Stoibers anti-europäische Ressentiments; Hermann Gremliza und Margaret Thatcher und der Verfasser dieses Textes waren gegen die deutsche Neuvereinigung; aber andererseits ist Thatcher für erkennbare deutsche Nationalinteressen; ist Augstein gegen Maastricht; ich bin für den Gerichtshof; Kohl ist für die nationale Gedenkstätte in Berlin in der Schinkelschen Neuen Wache mit dem Himmelsloch und der Kollwitzschen Pietà darin und der Aufschrift: »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« – und wer ein bundesdeutscher Restlinker ist, der ist natürlich dagegen, wegen Kohl und wegen Preußen und wegen zentraler Gedenkstätte und sozusagen sowieso, und das Lamento war allerorten und so erwart- und voraussehbar wie alle genannten Einigkeiten, abgesehen davon, daß man sich immer wieder wundert, wer da mit wem konform geht und wen der Konformität zeiht.

Also, Neue Wache. Viele haben gegen die Kollwitz-Plastik protestiert, weil Käthe Kollwitz ihren gefallenen Sohn vielleicht durchaus auch habe in diesem Kunstwerk feiern wollen und keinerlei Pietät durch die Wahl des Genres der Trauernden Mutter verbürgt sei. Die Erben der Käthe Kollwitz haben protestiert gegen die Statuen der Generäle Bülow und Scharnhorst vor der Neuen Wache. Gegen das Beiseiteräumen der Generäle (denn darauf lief es hinaus) hat Wolf Jobst Siedler in der »Zeit« protestiert, aber nicht nur dagegen. Auch dagegen, daß die vergrößerte BRD das von den Nazis zerstörte Rosa-Luxemburg-Mahnmal nicht wiederhergestellt habe, und vor allem gegen die jetzige Gestalt der Neuen Wache als ein Mahnmal, das die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in einem unterschiedeleugnenden Versöhnungsritual vereinnahme: »Vor allem wird auf diese Weise das ungeheuerliche Geschehen verfehlt, dessen Chiffre die Vernichtungslager sind« (»Zeit« 48/93).

Auch da sind die meisten einig, nicht nur Benedikt Erenz, der zwar auch in der »Zeit« schreibt, aber sonst nicht so viel mit Siedler, in dessen Verlag immerhin Hillgrubers »Zweierlei Untergang« erschienen ist, zu tun hat oder vermutlich haben will, und der Bitteres in der »Zeit« 47/93 anmerkt. In der »Frankfurter Rundschau« schreibt Rudolf Walther: »Durch und durch verlogen« und zitiert Reinhard Koselleck: »mies, medioker, provinziell«. Alles richtig natürlich. Aber. Was ist zu kritisieren? Die Absicht? Die Ausführung?

Anhand des *Ergebnisses* darüber herzuziehen, daß mal wieder »verharmlost« und »verglichen« (gemeint: gleichgesetzt) werde, ist Unfug. Es ging darum, eine »nationale Gedenkstätte« zu schaffen, d.h. eine, an, in oder bei der anläßlich von Staatsbesuchen, mehrfach besetzten Daten (9. November) und überhaupt immer, wenn einer meint, es sei nötig, ein Kranz hingelegt, ein Marsch geblasen, ein Streichquartett gehört, Dummes oder Bedenkenswertes gesagt oder auch nur geschwiegen werden kann. An dem Versuch ist in *einer* Hinsicht nichts Tadelnswertes. Es ist schon immer Aufgabe solcher Stätten gewesen, der Toten als Toter zu gedenken und das nicht zuletzt zu tun, damit aller gegenwärtige Hader schweige. Es gibt zwei Gründe, warum das hier nicht gelingen konnte. Der erste ist, daß es bei dieser Gedenkstätte nicht nur um Kriegstote ging. Über Massengräbern von Soldaten kann versöhnlich der Toten gedacht werden, solange es Konsens der Gedenkenden ist, daß alle im Namen desselben Ideals getötet worden sind, des Vaterlands. Das geht, solange das Ideal noch von den Beteiligten geteilt wird; übrigens auch dann, wenn die Kriegsschuld eindeutig zu ermitteln ist. Darum gab es den Händedruck von Mitterand und Kohl bei Verdun.

Mit Ermordeten ist das nicht möglich, weil es kein gemeinsames Ideal gibt, auf das sich die Gedenkenden beziehen könnten. Die Ideale der Mörder sind diskreditiert, die Ermordeten sind meistens nicht wegen ihrer Ideale ermordet worden. Zudem waren und sind die Traditionen derjenigen, die der Toten gedenken wollen, unterschiedlich und oft nicht miteinander kompatibel – nicht nur in Deutschland. Des Kommunisten im Namen des Vaterlandes der Werktätigen gleichzeitig mit dem ermordeten Polen zu gedenken, der gerettet worden wäre, wenn die Rote Armee nicht vor Warschau haltgemacht hätte, und dessen Freund in Katyn ermordet worden ist, war eigentlich nicht möglich. Das nationale polnische Ritual vertrug sich darum nicht mit dem sozialistischen; nationale Rituale vertragen sich oft miteinander nicht, und das

polnische verträgt sich nicht mit dem jüdischen, solange es die eigenen antisemitischen Traditionen nicht in den Blick nehmen kann, was wegen seiner Verbindung mit dem christlichen besondere Schwierigkeiten macht, weil dieses wiederum generell nicht ohne die Kreuzigungstheologie auskommt, und die ist mit dem Christusmord-Vorwurf historisch verbunden. Das christliche Ritual der Auferstehungs- und Hoffnungstheologie wirkt überhaupt blasphemisch angesichts der profanen Erkenntnis, daß aus der Ermordung von Millionen kein Sinn und kein Trost zu gewinnen sein darf, auch wenn die Gedenkstättenbaumeister es immer wieder versuchen: Mit Blick auf ihr zuweilen gut vergütetes Schaffen sagen sie, die Toten seien nicht umsonst (sie sagen nicht einmal: vergeblich) gestorben.

Die DDR hat in der Zeit ihrer Existenz das versucht, was unter Helmut Kohl jetzt neu ausprobiert wird: ein gemeinsames Gedenkritual zu schaffen. Sie hat sich dem Kriegs-Gedenkritual angeschlossen und Krieger verherrlicht, und wo die Ermordeten keine Krieger gewesen sind, hat sie sie zu Märtyrern gemacht. Die DDR hat also den ermordeten kommunistischen Widerstandskämpfer zur zentralen Ritualfigur erhoben. Zwar waren unter den von den Nazis Ermordeten nur sehr wenige kommunistische Widerstandskämpfer, aber aller anderen wurde doch so gedacht, als wären sie Spezialfälle dieses Typs. Das Ritual funktionierte, solange die politische Macht funktionierte, die es verordnete und zusammenhielt.

In der alten Bundesrepublik gab es aus vielen Gründen kein Bedürfnis nach *einer* Gedenkstätte oder *einem* verbindlichen Ritual. Das hatte den Nachteil, daß die Bundesrepublik nicht gezwungen war, zu definieren, welche Haltung sie *als Staat* zu den Ermordeten, Gefallenen hier und da, den eigenen und den anderen zivilen Toten einnehmen wollte – und sie hatte den Vorteil, daß sie nicht dazu gezwungen war. Sie mußte nicht klar sein und konnte deshalb der Unklarheit Raum lassen. Sie hat sich oft und allemal zu oft miserabel benommen, aber manchmal auch nicht. Und dadurch bedingt, also nicht durch Vorsatz, sondern zufällig, ließ sie vielen einzelnen Ritualen Raum.

Nun ist aber aus den (so muß man es rückblickend sagen:) beiden Provisorien, BRD und DDR, *ein* Staat geworden, die Bundesrepublik Deutschland, und nun wollte der amtierende Bundeskanzler etwas schaffen, was den beiden zuvorigen Deutschländern nicht gelungen war, so oder so. Das hätte nicht sein müssen. Aber der Versuch ist nicht per se mies und verlogen. Kohls Initiative hat die Quadratur des Kreises versucht, und die wäre beinahe gelungen, wenn sie denn hätte gelingen können. Wenigstens die Imitation der Quadratur hätte, und das zeigt der Versuch, gelingen können – *wie* sie mißlang, ist so interessant wie merkwürdig. Aber der Vorgang erschließt sich nicht der politischen Empörung, so berechtigt oder verständlich die immer sein mag. Zu empfehlen ist vielmehr eine historisch-ästhetische Betrachtung.

1818 baut Schinkel auf königlichen Befehl ein Gebäude für die Königswache (also eine repräsentative Kaserne für die Leibgarde), und er baut sie in klassizistischem Stil, ein antikisierender Quader wird es mit tempelartigem Säulenvorbau. So könnte auch eine Oper oder ein Museum aussehen. Dann kommen noch Statuen dazu, erst Bülow und Scharnhorst, später Blücher, noch später Gneisenau, York und Friedrich II. Die Preußischen Heroen sollten zu besichtigen sein und waren es auch eine Zeitlang. 1931 wurde die Neue Wache – man suchte einen symbolischen Ort und fand ihn eben dort – zur Gedenkstätte für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Der Architekt Heinrich Tessenow, der den Auftrag erhielt, diese zu gestalten, erledigte seine Aufgabe in bemerkenswerter Weise. Die ehemaligen Wach- und Arreststuben wurden beseitigt, an ihre Stelle trat ein einziger leerer Raum. Das Wetterloch in der Decke ließ Tessenow offen, darunter stellte er einen Granitblock (Altar), auf dem ein metallener Totenkranz zu liegen kam. So wurde dann die Gedenkhalle eingerichtet, obwohl Tessenow noch einen zweiten Vorschlag machte, der zeigte, worum es ihm eigentlich gegangen war: Anstelle des Altars mit dem Kranz sollte unter dem Wetterloch in der Decke ein Loch im Boden sein – weiter nichts.

Tessenow wollte also jenes Element versöhnender Sinnstiftung, das Stückchen Erinnerung an Heldentod und dergleichen, aus seiner im Vergleich zu anderen damaligen Gedenkstätten ohnehin kargen Halle vollständig entfernen. Daraus wurde, wie gesagt, nichts, aber wir können sehen, worin die eigentliche Intention Tessenows bestand. Wenn man sich nun diesen leeren Raum vorstellt, dominiert vor allem durch das runde Loch in der Decke, als Gegenbild gegen den preußischen Heroenrummel draußen, kommt man der Form auf die Spur, die Tessenow, bewußt oder unbewußt, geleitet haben mag: Es ist das Pantheon in Rom. Das Pantheon, ein allen Göttern, dem Göttlichen schlechthin gewidmeter, zwischen 118 und 128 erbauter Tempel, hat nämlich möglicherweise schon Schinkel zum Vorbild dienen müssen. Nur daß sich über dem Quader beim Original noch eine Halbkugel wölbt, die nach innen fortgesetzt gedacht werden muß, so daß der Besucher im Innern des Pantheon wie im Innern einer riesigen Kugel steht, die als »vollkommenste Form« für Ordnung, Schönheit, Welt-All, Kosmos eben, steht. Ganz oben in dieser Kugel ist ein kreisrundes Loch, und das Licht wandert im Laufe des Tages und des Jahres im Innern der Kugel herum, bedeutet Stunde und Tag, die Ordnung der Zeit. Schließlich ist das Pantheon mit allerlei Symbolischem ausgestattet, das zueinander und je nach Lichtfall in Beziehung steht – wir brauchen nicht im einzelnen darauf einzugehen, aber das Ganze ist eine Kumulierung von Sinn schlechthin und architektonisch ein Wunderwerk der Harmonie im Großen und im Detailbezug. Das Pantheon in Rom ist vielleicht der schönste Raum, der je gebaut worden ist. Im Zitat dieser Harmonie und Sinnerfülltheit setzt Tessenow die Gegenpointe: ein leerer Raum, ein Loch in der Decke, durch das mal Licht, mal Regen fällt, mal Schnee. Im Raum nichts. Ein sinnentleertes Universum, wie eine große Grabkammer ohne jeden Schnörkel, ohne irgendeine transzendierende Dimension, nur Schutzlosigkeit und Zufall fallen einem ein, wenn man zur Decke (oder in das Loch darunter) blickt. Zugleich ist dieser Raum ein Gegenbild gegen die Schinkelsche Idee des gloriosen Panheroicums draußen.

Wenn nun irgendeine Art von Architektur dem Gedenken der von Deutschland Ermordeten einen annähernd angemessenen Ausdruck hätte verleihen können, so wäre das wahrscheinlich die zweite Tessenowsche Idee gewesen. Eine Realisierung *dieser* Idee hätte möglicherweise eine weitgehend akzeptierte Gedenkstätte für alle *Ermordeten* werden können, weil wohl nur der *Verzicht auf ein Ritual,* den diese Stätte ausdrückt, das für die anderen Rituale Akzeptable sein kann. – Sogar der Versuch, eine Gedenkstätte für die Ermordeten *und* die Kriegstoten zu errichten, hätte damit gelingen können – wenn das Ganze ohne Aufschrift geblieben wäre. Ein Titel, denn irgendwie muß der Ort ja heißen, hätte einem schon noch einfallen können, und die Nähe, in die Ermordete und fürs Vaterland Gefallene gerückt werden, hätte viele Pazifisten befriedigt. Die Zumutung, eine Gedenkstätte zu errichten, in, an und bei der man Ermordeter *und* einiger ihrer Mörder gleichermaßen gedenkt, hätte durch die pathetische Leere und das historisch weitausgreifende ästhetische Zitat abgemildert, vertuscht werden können. Das Pathos von Tod und Sinnleere nivelliert ohnehin, und so hätte die unkonventionelle und antitraditionelle Architektur Tessenows auf einem Umweg das leisten können, was Gedenkstätten eben traditioneller und konventioneller Weise leisten: angesichts des Todes den Hader schweigen zu heißen.

Bei der Idee, eine nationale Gedenkstätte zu schaffen, auf die Neue Wache zu kommen, war also gar nicht so dumm und medioker. Aber. Irgendwann vor Kriegsende hatte eine Bombe das Gebäude getroffen und auch den Altar beschädigt. Bis zum Jahre 1968 geschah dort nichts, dann beschloß die Regierung der DDR, aus der Neuen Wache eine nationale Gedenkstätte zu machen, ein »Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus«, und weihte es am 6. Oktober 1969 ein. Das Loch in der Decke bekam eine Glasbedeckung, die Rückwand ein Symbol (Hammer und Sichel), und unter einem feuerfesten Plexiglassturz brannte eine ewige Flamme. Denselben Weg – weg von Tessenow, hin zum Kitsch – nahm sich auch Helmut Kohl zu gehen vor, und er griff dabei eine weitere, allerdings nicht realisierte Idee des Politbüros der SED auf. Das hatte nämlich allerlei Ideen gehabt und verworfen, u.a. eine Goethe-Gedenkstätte und eine Porträtbüstengalerie, ein »Pantheon der fortschrittlichen Deutschen«; Pantheon, siehe da. Vorgeschlagen wurde auch, in der noch nicht ausgebesserten Ruine eine Plastik von Käthe Kollwitz aufzustellen, denn der Deutsche denkt an Käthe Kollwitz, wenn er gedenkt. Diesen Vorschlag griff dann Helmut Kohl auf und verwirklichte ihn gegen alle Einreden. Der deutschen Einheit folgte die deutsche Einigkeit in dieser Frage.

Aber offen war noch die andere: welche Plastik von Käthe Kollwitz? Kohl entschied sich für ein klassisches Sujet, eine Pietà. Also eine Mutter mit totem Sohn in den Armen nach dem Vorbild der Maria mit dem vom Kreuze genommenen Jesus; berühmtestes Exemplar der Gattung ist die Pietà Michelangelos. Mit dieser Entscheidung wurde die für die Neue Wache absurd. Zu Recht monierte Wolf Jobst Siedler die »Unvereinbarkeit zweier Formsprachen«. Man muß diese Unvereinbarkeit und die entstandene Absurdität übrigens nicht unbedingt bedauern, wenn man versteht, woher das kommt. Die CDU Konrad Adenauers war der durchaus erfolgreiche Versuch, aus der katholischen Zentrums-Partei eine gesamtchristliche Partei zu machen, oft um den Preis von allerlei Proporz-Kompromissen. Nun also stellt der»Enkel Adenauers« ein Symbolbild katholischer Provenienz in einen Bau preußisch-lutherischer Tradition. Von mir aus. Da sind mir Vermischungen, vor allem Unreinheiten und Unvereinbarkeiten lieber als irgendwas »aus einem Guß«.

Aber mit der Pietà von Kollwitz triumphiert wieder, wie unter Hammer und Sichel, ein Ritual über alle anderen. Nichts mehr von Tessenowscher Leere, sondern hier sitzt eine Mutter-Maria mit Sohn unterm Himmelsloch, das dann gleich den Dritten im Bunde abgibt und mit ihm die ganze heilige Familie stellt: das wachende, alles überblickende Gott-Vaterauge (»Du bist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe!«), und auch die Vertikale zur Auferstehung ist gleich mitgeliefert. Ein mit geringen Mitteln erzeugtes wahres Sonderangebot an Sinn, und allerchristlichstem dazu. – Hier kann man der Shoah nicht gedenken. Und keines ermordeten Atheisten. Und all derer nicht, die es als Hohn empfänden, wenn der Gedanke an ihren Tod Anlaß zur Produktion von Sinnerfülltheit und Besinnlichkeit böte.

Aber auch diese Polemik stimmt nicht ganz, sie ist zu pathetisch, zu ernsthaft für die Wirklichkeit. Denn wahrscheinlich war es gar nicht das Sich-zur-Wehr-Setzen gegen Tessenows Anti-Pantheon in der Tradition des Politbüros der SED, das Kohl zu seiner Idee gebracht hat und das ihn die Möglichkeit, eine deutsche nationale Gedenkstätte zu schaffen und ihr eine Form zu geben, die akzeptiert werden würde, so kraß verfehlen ließ, sondern die Liebe zu einer anderen Art von Kitsch. In der Neuen Wache steht, das ist bekannt, nicht das Original der Kollwitzschen Pietà. Das Original ist viel kleiner. Man hat es, damit es genügend Raum nehme und bemerkt werde, nachgebildet, vergrößert, im Volumen vervierfacht, aufgeblasen sozusagen. Das ist schon für sich so komisch wie schrecklich. Denn wer sagt, daß man irgendein Kunstwerk ohne ästhetischen Schaden größer oder kleiner machen könne, sagt nichts Gutes über das Kunstwerk, und warum will er es dann an solcher Stelle stehen haben?

Dazu kommt, daß man inzwischen weiß, wo das Original herkommt. Es gehört Helmut Kohl. Der Bundeskanzler hat zur Ausschmückung seiner nationalen Gedenkstätte eine Nippfigur aus Privatbesitz zu repräsentativer Größe aufblasen lassen und in Tessenows Anti-Pantheon unter das Himmelsloch stellen lassen. Ich habe lange darüber nachgedacht, daß dieser Gedanke doch eigentlich sogar für Köpfe, die bekanntlich Manches aussinnen, zu bizarr sein müßte. Ich habe versucht, mir das vorzustellen: wie das Bronzeungeheuer dasitzt unterm Loch, frühlings, sommers, herbstens, winters. Als ich mir dann vorgestellt habe, wie es dort schneit, habe ich es verstanden. Man *muß* ja nicht ans Pantheon denken, wenn man sozusagen überzeitlich-klassisch wird, man *kann* ja auch an die Souvenirs denken, die man aus Rom mitnimmt, und da gibt es in den

Vatikanischen Museen die Schneekugel mit Michelangelos Pietà drin, und wenn man sie schüttelt, ist überall viel glitzernder Schnee. Die Luftblase, die solche Schneekugeln immer oben haben, sieht aus wie das Loch in der Decke der Neuen Wache. Ja, die großen Symbole sind beharrlich, auch die Abderiten bleiben dieselben, nur die Zeiten wechseln, wie es scheint, und die Konstellationen.

In dieses Bild also soll es gefaßt sein, das Angedenken der sechs Millionen ermordeter Juden, der ermordeten Sinti und Roma, der Kommunisten, Schwulen, Verrückten, unliebsamen Intellektuellen, Polen, pazifistischen Christen, Russen, Sozialdemokraten, Kriegsgefangenen oderoderoderundundund, der toten Soldaten aus vieler Herren Länder und der ermordeten SA-Leute und der Gefallenen der Waffen-SS undundund – oder eben gleich der fünfzig Millionen Opfer von »Krieg und Gewaltherrschaft«. Das alles also paßt in eine Schneekugel. Es gibt doch Neues unter der Sonne. Stellen Sie sich vor: der nächste 9. November, oder irgendein Datum später im Jahr, und es schneit schon in Berlin, und alle kommen, und die vielen Kranzschleifen, und was da draufsteht, und dann, glitzernd herab auf die Pietà, der viele viele Schnee.

Jan Philipp Reemtsma schrieb in KONKRET 4/93 über eine Erzählung von Robert Gernhardt

Konkret 01/94, S. 14

Ignatz Bubis; Boris Gröndahl; Hermann L. Gremliza

»Ich habe Angst vor 1994«

KONKRET-Gespräch mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, über Helmut Kohl, Bitburg, die Neue Wache und Steffen Heitmann

Herr Bubis, sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?

Ich war noch nie stolz darauf, irgendwas zu sein oder nicht zu sein. Ich bin Jude, bekenne mich dazu, ich bin Deutscher, bekenne mich dazu. Aber ich bin weder auf das eine noch auf das andere stolz. Die gleichen Leute, die sagen, sie seien stolz, Deutsche zu sein, wären, wenn sie als Franzosen geboren wären, stolz, Franzosen zu sein. Auf eine Leistung kann ich stolz sein. Daß ich Deutscher bin, daß ich Jude bin, ist keine Leistung. Ich bin nicht aus eigener Entscheidung Jude und Deutscher geworden.

Aber Sie sind beides aus eigener Entscheidung geblieben.

Ja, aus ganz einfachen Erwägungen. Es gibt für mich keinen Grund, kein Deutscher sein zu wollen. Den hat es bis 1945 sicher gegeben. Damals war ich nicht bereit zu sagen: Ich bin ein Deutscher. Dann habe ich ein neues Deutschland erlebt, ein demokratisches Deutschland mit einem Grundgesetz, zu dem ich mich bekennen konnte.

Sie haben 1945 geschwankt. Es gab gerade in jüngster Zeit immer wieder Anlässe, die Sie schwanken ließen zwischen Verzweiflung, Hilflosigkeit einerseits und einer fast verbissenen Entschlossenheit, an Ihrem Bild vom gutgewordenen Deutschland festzuhalten.

Das ist richtig, ich bin in einem Widerstreit. Wenn ich diese Neonazis sehe und höre, die sagen, sie seien stolz, Deutsche zu sein, sie seien die wahren deutschen Patrioten, dann sage ich: Ihr seid nicht die deutschen Patrioten, wir sind die deutschen Patrioten, wir, das andere Deutschland, die Mehrheit. Und dann gibt es Stunden, wo ich mich frage, warum machst du das alles?

Stunden, in denen Sie sich das nicht mehr glauben, was Sie sich und anderen sonst einreden: daß die große Mehrheit der Deutschen nicht rassistisch oder ausländerfeindlich sei? Die Mehrheit zündet keine Ausländerheime an, aber in Umfragen erklärt die Mehrheit der Deutschen, daß sie Verständnis für die Täter hat.

Das ist die Stelle, wo ich noch nicht weiß: wo geht’s lang? Wenn jemand mir anfängt zu erklären, er verurteile das zwar, aber man müsse doch verstehen ... – dann ist dieses Verständnis der erste, vielleicht noch unbewußte Schritt ins Lager der Täter. Und viele, viele befinden sich auf diesem Trip. Viele.

Es gibt eine Umfrage, nach der nur 43 Prozent der Deutschen Ignatz Bubis für einen Bürger der Bundesrepublik halten.

Es wären vielleicht nur 10 Prozent gewesen, wenn nicht kurz zuvor die Geschichte durch alle Medien gegangen wäre, wo mir dieser Rostocker Stadtrat gesagt hat, daß ich kein Deutscher sei.

Aber Sie sind optimistisch.

Es gibt einen großen Aufklärungsbedarf. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kennt keinen Juden, weiß nichts über das Judentum und sieht in jedem Juden einen Fremden.

Wäre das so schlimm? Das Problem wäre sofort keines mehr, wenn die Deutschen mit den Fremden nicht so umgingen, wie sie es tun.

Manche meiner jüdischen Glaubensgenossen sagen auch, was gehen dich die Türken an, was gehen dich die Afghanen an, was mischt du dich ein. Du hast das Judentum zu vertreten, kümmere dich darum. Ich tue beides.

Die politischen Repräsentanten der Mehrheit haben in diesem November die Neue Wache als die zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik eingeweiht, mit dem zentralen Gedenksatz: »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Der Berliner Kultursenator Roloff-Momien, beileibe kein Linksradikaler, hat gesagt, das sei Heitmann in Stein. Der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde hat an der Veranstaltung nicht teilgenommen, sehr zu Ihrem Unwillen, wie zu lesen war.

Nein, das stimmt nicht. Ich habe Verständnis für seine und er hat Verständnis für meine Haltung.

Es stand so in der »Welt«.

Ich habe mich über etwas anderes geärgert. Ich hatte im Verwaltungsrat gesagt, ich gehe hin. Ich habe im Direktorium gesagt, ich gehe hin. Kein Widerspruch. Nicht einer hat sich gemeldet und gesagt, wir gehen nicht hin, auch der Vorsitzende der Berliner Gemeinde nicht. Am nächsten Tag war die Ratsversammlung des Zentralrats. Nicht einer von den anwesenden 70 Mitgliedern hat gesagt, nee, geh’ da nicht hin.

Was hätten Sie denn gesagt, wenn ein größerer Teil gegen die Teilnahme gewesen wäre?

Dann hätte ich gesagt: Laßt uns abstimmen. Ich hätte vielleicht sogar die Vertrauensfrage gestellt. Die Debatte geht ja schon seit zehn Jahren. Es gab in Bonn auf dem Hauptfriedhof diese Inschrift: »Den Opfern der Weltkriege und der Gewaltherrschaft«. Der Hauptfriedhof schien der Bundesregierung nicht der richtige Platz, und deshalb hat sie 1982 angefangen davon zu reden, es müsse ein nationales Mahnmal her. Damals haben sich die SPD, die FDP und auch der Zentralrat wegen der geplanten Inschrift dagegen gewandt. Als dann 1985 der Bundespräsident seine berühmte Rede zum 8. Mai 1945 gehalten hat, kam zuerst die SPD auf die Idee, Weizsäckers Aufzählung der Opfer als Inschrift für ein nationales Mahnmal zu nehmen. Der Zentralrat hat die gleiche Auffassung vertreten und einen entsprechenden Beschluß gefaßt, zu dem wir heute noch stehen.

Kurz vor der Sitzung des Bundestages hat mich damals der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion angerufen und wollte meine Meinung dazu wissen. Da habe ich ihm sagen lassen, daß der Zentralrat protestieren und auf die Straße gehen wird, wenn es zu einer Vermischung der Opfer mit den Tätern kommt. Wir seien nur einverstanden mit einer Tafel, auf der die einzelnen Opfer aufgezählt werden. Die FDP hat sich dieser Meinung angeschlossen, und die Sache in Bonn war gestorben.

Als die Neue Wache ins Gespräch kam und wieder diese Inschrift mit der Vermischung der Opfer vorgesehen wurde, schienen mir große Teile der FDP umzufallen. Da habe ich dann sowohl mit FDP-Leuten geredet als auch mit den damit befaßten Leuten der SPD wie Conradi und Duve, und habe gesagt: Die Juden finden sich da nicht wieder, das kommt für uns nicht in Frage. Inzwischen aber gab es einen Förderkreis zur Errichtung einer Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum. Und da habe ich gesagt, mir würde es leichter fallen, mich mit der Neuen Wache abzufinden, wenn es eine Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum gäbe. Was die Neue Wache für Deutschland, wäre diese Gedenkstätte für das Judentum. Meine Gedenkstätte wäre die Neue Wache zwar nicht, aber ich würde dann vielleicht nicht auf die Straße gehen.

Ich habe dem Staatsminister Pfeiffer aus dem Bundeskanzleramt gesagt, ich würde mir gerne die Stelle anschauen, wo diese jüdische Gedenkstätte hinkommen soll, weil ich bis dahin den genauen Standort nicht kannte. Am 16. Oktober haben wir uns dann zusammen den Platz für die Gedenkstätte angeschaut. Es ist eine würdige Stelle. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wo es ist.

Keine Ahnung.

Wenn Sie mir ein Blatt Papier geben, zeichne ich es Ihnen auf. Hier ist Unter den Linden, hier ist das Brandenburger Tor, hier der Pariser Platz. Hier, an dieser Stelle, südöstlich vom Brandenburger Tor. Da ist die Französische Botschaft. Hier kommt die Amerikanische Botschaft hin, hier die Britische Botschaft. Hier kommen die Ländervertretungen hin. An dieser Stelle, auf 20.000 Quadratmetern, kommt die Gedenkstätte hin.

Und dann meinte Herr Pfeiffer, er möchte mich noch fünf Minuten alleine sprechen, zieht ein Papier raus, schönen Gruß vom Bundeskanzler, wir beabsichtigen, in der Neuen Wache zwei Tafeln anzubringen. Eine Tafel mit der Geschichte der Neuen Wache, auf der anderen Tafel: »Wir gedenken der Opfer« – mit der Aufzählung aus der Rede des Bundespräsidenten: Millionen ermordeter Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, politisch Verfolgte, aber auch, zusätzlich, die unschuldigen Opfer der Flucht und der Vertreibung. Und unten würde die alte Inschrift bleiben. Das war für mich der Kompromiß. Mehr als diese Tafel haben wir nie verlangt. Ich kann nicht sagen, daß die unschuldigen Opfer der Flucht und der Vertreibung keine Opfer sind. Es heißt ja explizit »unschuldige« Opfer. Und da hab ich gesagt: Ist in Ordnung. Die SPD hat es auch akzeptiert. Es wäre unfair von mir gewesen, nachdem unsere Vorstellungen erfüllt wurden: eine Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum und die Tafel, zu sagen, ich gehe trotzdem nicht. Das habe ich widerspruchslos im Verwaltungsrat, im Direktorium, in der Ratsversammlung berichtet. Unsere Gedenkstätte, habe ich gesagt, ist das noch immer nicht. Aber unsere Gedenkstätte kommt.

In einem Interview zur Einweihung habe ich gesagt, die Juden würden sich in dieser Gedenkstätte nicht wiederfinden, wir warteten auf unsere eigene. Wir wollten sie sowieso, aber gerade weil die Neue Wache kommt, sei uns das besonders wichtig. Und warum ich mit der Inschrift allein meine Probleme hätte, habe ich an einem Beispiel erläutert: Ein SS-Täter aus Auschwitz wurde im Januar 44 an die Front versetzt und ist gefallen. Jetzt wird seiner in der Neuen Wache als eines Opfers gedacht. Er war Opfer. Aber er war zuerst Täter.

Warum konstruieren Sie diesen Fall, anstatt einfach das zu sagen, was unter Antifaschisten ein Gemeinplatz sein müßte: daß die deutschen Soldaten, die im Osten an der Front standen, ob nun als arme Teufel oder nicht, ob unter Zwang oder mit Hurra, die Garanten dafür waren, daß im Rücken dieser Front Auschwitz betrieben werden konnte. Selbst Norbert Blüm hat zu besse-ren Zeiten, die er auch mal gesehen hat, gemeint, daß die Wehrmacht und ihre Soldaten die Voraussetzungen für die Vernichtungdes europäischen Judentums geschaffen haben.

Ohne die hätte es Auschwitz nicht geben können.

Wenn also aller Opfer des Kriegs ehrend gedacht wird, dann wird auch jener ehrend gedacht, die Auschwitz erst möglich gemacht haben.

Das ist auch meine Meinung. Aber mehr als die Tafel haben wir nicht verlangt. Wir wollten die Tafel statt der Inschrift. Bekommen haben wir die Tafel und die Inschrift, und das ist der Kompromiß. Für mich hat die Aufzählung der einzelnen Opfergruppen schon eine große Bedeutung: Daß eine Bundesregierung, eine CDU-geführte Bundesregierung, auf dieser Tafel die Homosexuellen mit aufführt und Andersdenkende – so selbstverständlich ist das alles nicht. Dafür hat sich der Bundeskanzler auch bei anderen verteidigen müssen. Bin ich sicher.

Für Sie ist das ein Erfolg?

Was heißt Erfolg? Ein Kompromiß. Ich bin nicht jubelnd hingegangen.

Der Erfolg der Bundesregierung besteht darin, daß sie ihren zentralen Gedenksatz durchgesetzt hat, auf den sie allergrößten Wert gelegt hat.

Sie hat darum gekämpft.

Und es war für sie von größter Bedeutung, daß sie der Wehrmachtsoffiziere und der SS-Männer gedenken kann, ohne daß der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland oder der Zentralrat oder die deutschen Juden vor aller Welt demonstrieren: nicht mit uns.

Wenn ich Ihren Standpunkt, den ich natürlich respektiere, vertreten wollte, und nicht nur in Bezug auf die Neue Wache, sondern überhaupt – das hätte ich nicht durchstehen können. Wenn ich nicht an das neue, demokratische Deutschland glauben könnte, müßte ich weggehen. Das ist im Grunde genommen meine Stärke und meine Schwäche: daß ich nicht mit der Vergangenheit im Herzen leben kann. Dann müßte ich mir das Leben nehmen. Und da heißt es nun für mich: Geht das Leben weiter, geht es nicht weiter? Wenn es weitergeht in einem Deutschland, das anders ist, das demokratisch ist, dann muß ich jeden Tag Kompromisse schließen.

Mit Rücksicht auf die Interessen der Juden in Deutschland?

Nein, mit mir, mit mir persönlich. Ich nehme in solchen Fällen zunächst einmal mich selbst. Ich würde mich nicht verbiegen lassen, auch nicht im Interesse eines Zentralrats, wenn es um mein Inneres geht. Da bin ich unabhängig. Seit meinem 18. Lebensjahr, als ich befreit wurde, war ich immer unabhängig und nur mir und meinem Gewissen verantwortlich. Ich hätte allenfalls – und da komme ich jetzt zurück auf die Vertrauensfrage – gesagt: Ich sehe das so, das ist für mich ein Essential, und nun müßt ihr entscheiden, ob ich euer Mann bin.

Wenn Sie zurückgetreten wären, weil Sie an der Einweihung der Neuen Wache hätten teilnehmen wollen und der Zentralrat der Juden Sie daran hindern wollte – das hätte den Bundeskanzler vielleicht noch mehr gefreut als Ihre Teilnahme.

Ich weiß nicht, ob Sie den Kanzler nicht doch falsch einschätzen.

Man hört das manchmal: Kohl, der letzte Europäer in der CDU.

Ja. Der Kanzler wird der letzte Europäer sein.

Aber er hat doch eine deutlich andere Spur gezogen, von Bitburg bis zur Neuen Wache.

Daß er sich von Bitburg nicht hat abbringen lassen, verstehe ich bis heute nicht. Ich habe bestimmt kein besonderes Verhältnis zum Kanzler gehabt. Aber seit ich mit ihm in den letzten drei, vier Jahren des öfteren Gespräche hatte, wirkliche Gespräche, schätze ich ihn ganz anders. Der Kanzler kennt die Geschichte und respektiert sie. Er kommt manchmal in Zwänge, wo ich sagen würde, ohne mich. So weit geht er nicht.

Die Leute, die den Kohl nach Bitburg zwingen können – das muß ja eine feine und ziemlich mächtige Bande sein?

Der Kanzler hat auch ein gewisses Maß an Sturheit. Wenn es am Ende nur diese Sturheit war, dann wäre es sehr bedauerlich; wenn es anders wäre, wäre es noch bedauerlicher. Mich stimmen so Nebensächlichkeiten, die natürlich keine Nebensächlichkeiten sind, sehr nachdenklich. Es sind nicht die Antisemiten, von denen hab ich nichts anderes zu erwarten, nicht die Rassisten, nicht die Gewalttäter, da habe ich nichts anderes zu erwarten – aber wenn mir CDU-Politiker in Führungspositionen, denen ich überhaupt keinen schlechten Gedanken unterstelle und die mir auch sagen: Nicht daß Sie meinen, daß ich so denke, Herr Bubis, wenn die mir beispielsweise im Fall Heitmann sagen: Bitte, Herr Bubis, halten Sie sich zurück, weil es sonst heißt, die Juden mischen sich ein – das bringt mich zur Verzweiflung.

Einem dieser Politiker habe ich gesagt: Sie versichern mir, daß Sie nicht so denken, aber welche Meinung haben Sie eigentlich vom deutschen Volk, wenn Sie meinen, daß das eine Rolle spielt? Und welche Meinung haben Sie von den Bundestagsabgeordneten? Und dann, habe ich gesagt, habe ich noch eine Frage: Der Herr Wolffsohn hat sich positiv zu Heitmann geäußert. Er ist Jude, prominenter Jude. Ernst Cramer hat sich positiv zu Heitmann geäußert, prominenter Jude. Gerhard Löwenthal hat sich positiv zu Heitmann geäußert. Wenn sich diese drei Juden einmischen, fördert das auch den Antisemitismus? Das alles macht mich nachdenklicher als Äußerungen von offenen Antisemiten wie einem von der Jungen Union in Frankfurt, der gesagt hat, ein Jude hat sich in dieser Frage nicht zu äußern.

Das Argument, daß man den Antisemitismus weckt, wenn ein Jude sich äußert, ist nicht neu. So haben die nationaldeutschen Juden 1933 argumentiert, die Karl Kraus in der »Dritten Walpurgisnacht« zitiert: Wenn Juden über die Mißhandlung von Juden durch die Nazis berichteten, werde damit den Juden »ein ganz außerordentlich schlechter Dienst erwiesen«. Herr Wolffsohn, der die deutschen Antisemiten nicht dadurch provoziert sehen wollte, daß die Juden einen Immobilienkaufmann zum Vorsitzenden ihres Zentralrats wählen, hatte durchaus Vorgänger. Es gab sogar jüdische Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, die sich bei der SA um Aufnahme bewarben.

Und Philipp Rosenthal bei der HJ. Allerdings war der schon getauft.

Auch Ihre Rolle, Herr Bubis, ist nicht unproblematisch. Sie sind, ob Sie das wollen oder nicht, eine Art TÜV für die demokratische Zuverlässigkeit des neuen Deutschland. Solange Bubis zustimmt oder sein Protest zurückhaltend ist, solange Bubis die Mehrheit der Deutschen von Fremdenhaß freispricht und den Kanzler als Demokraten und Europäer approbiert, kann es, trotz Bitburg, so schlimm nicht sein.

Wobei ich Bitburg nicht verstehe. Natürlich wollte er wiedergewählt werden...

Und dazu muß man SS-Gräber ehren?

Man muß es nicht machen. Und ich war dagegen und habe auch protestiert. Aber wenn ich mir anschaue, was die SPD schon alles mitgemacht hat und wie die Grünen sich gewandelt haben...

Das ist verdammt schnell gegangen.

Es war nicht anders zu erwarten. Sonst hätte es die wahrscheinlich gar nicht mehr gegeben. Sie profitieren im Moment davon, daß die SPD noch weiter gegangen ist in ihrer Anpassung nach rechts. Ich habe Angst vor dem Jahr 1994 mit seinen vielenWahlen. Wie weit werden sich die Parteien nach rechts wenden in dem bösen Glauben, sie müßten es tun.

Müssen sie es nicht? Ist es nicht wahr, daß alle Parteiführungen links von ihren Wählern stehen? Sogar die der Republikaner.

Das stimmt bei den Republikanern ganz sicher, auch Helmut Kohl steht links von seinen Wählern, aber Scharping nicht und Klose nicht und Schröder, wenn es darauf ankommt, auch nicht.

Wenn es darauf ankommt, steht der überall.

Und auch die Grünen stehen nicht mehr links von ihren Wählern.

Sie haben zweimal in den letztenvier Jahren besorgte Stellungnahmen des Jüdischen Weltkongresses zurückgewiesen. Einmal, als es um die deutsche Einheit ging, und zum zweiten Mal im Fall Heitmann. Warum?

Es gab drei Fälle. Der dritte war, daß nach Hoyerswerda und Rostock ein sehr vager Boykott deutscher Waren zur Debatte stand. Ich bin Ende 92 nach New York geflogen zum Weltkongreß, als eine Art Feuerwehr, aber es war kein Brand, es war ein sehr kleines Flämmchen, dieser Boykottaufruf. Die beiden anderen waren ernsthaft und ernst gemeint. Ich will das zweite zuerst nehmen. Ich wollte einen zweiten Fall Waldheim verhindern. Ohne den Jüdischen Weltkongreß wäre Waldheim nie Bundespräsident von Österreich geworden. Die haben ihn zum Bundespräsidenten gemacht. Denn in der Bevölkerung in Österreich hatte er keine Mehrheit. Außerdem hielt ich die Einmischung wirklich für falsch. Heitmann ist kein Waldheim.

Von dem Argument, daß Antisemitismus die Folge dessen ist, daß Juden sich einmischen, kommen wir in diesem Gespräch nicht mehr los.

Hier war es nicht mal so sehr Antisemitismus. Wenn ich als Bürger in Österreich zu wählen habe, und da habe ich sogar ein gewisses Verständnis, will ich mir von Ausländern nicht reinreden lassen. Ich wollte diesen Waldheim-Effekt nicht noch mal haben und habe mir gesagt, meine Glaubwürdigkeit mit meinen Äußerungen gegen Heitmann wird darunter leiden. Und ich werde dann nur noch zum verlängerten Arm von irgend jemand. Ich wollte meine Kritik an Heitmann in erster Linie als deutscher Staatsbürger mit Verantwortung geäußert haben. Ich habe zum Beispiel in einem Gespräch mit Schäuble gesagt: Mir geht es um Deutschland, nicht um Herrn Heitmann.

Sie reden Deutschland nicht nur schön, Sie machen es auch noch schön. Sie wollten die deutsche Exportwirtschaft vor Heitmann schützen. Wir waren ja für Heitmann, weil der so redet, wie diese Republik ist. Heitmann war ungeschickt, sein Nachfolger Herzog ist geschickt, das ist wohl der einzige Unterschied.

Aber es gab auch Urteile von Herzog, die wirklich liberal waren. Daß er seinen Lehrer Theodor Maunz, der die DVU beraten hat, nicht durchschaut hat, das liegt ihm schwer im Magen.

Zweiter Fall: die deutsche Einheit. Ich war für die deutsche Einheit aus Überzeugung, weil dieser DDR-Staat ein unfreier Staat war, stalinistischer als mancher andere, selbst noch mit Herrn Eppelmann als Verteidigungsminister. Als Eppelmann gefragt wurde, warum er nach wie vor die arabischen Terroristen dort ausbilde, hat er geantwortet, erstens sind das alte

Verträge und zweitens bilden wir sie nicht als Terroristen aus. Wir unterrichten sie nur im Häusersprengen. Wörtlich, im Fernsehen.

So reden deutsche Friedenspfarrer nun mal.

Und nach dieser DDR sollte ich Sehnsucht haben?

Nach jeder, Herr Bubis. Sind Sie sich heute noch so sicher, daß ein Deutschland besser ist als zwei? Die Einheit war ja nicht aufzuhalten, weder von Ihnen noch von uns. Dennoch ist Ihnen die Haltung, die Sie damals dazu hatten, sehr wichtig gewesen. Ist das heute auch noch so?

Ja, mit allen Unzulänglichkeiten, mit allem, was gekommen ist. Dies immerhin doch noch demokratische Deutschland, in dem nicht alles passieren kann, was Schönhuber und Frey gerne hätten, ist mir noch lieber als diese Zweistaatlichkeit, die auf Dauer zu einem Krieg in Europa geführt hätte. Die Einheit ist auch eine gewisse Kompensation für die Ostgebiete, die Deutschland verloren hat. Ohne die deutsche Einheit hätte es um die Ostgebiete mehr Aufregung gegeben. Nebenbei gesagt: Diejenigen, die heute noch von Schlesien sprechen, das sind amerikanische Juden, die aus Schlesien stammen und sagen: Was wollen denn die Polacken in Breslau. Das sind die »wahren« Deutschen, die dort sitzen und sagen: Wroclaw, Wroclaw, was ist denn das?

Die Deutschen haben die Zustimmung zur Wiedervereinigung so verstanden, daß damit die Nachkriegszeit endgültig vorbei und die Verantwortung endgültig abgeschüttelt ist, die Naziverbrechen »eingeordnet« und »historisiert« werden können.

Da bin ich anderer Meinung, oh, da bin ich anderer Meinung.

Sie mögen anderer Meinung sein – die Deutschen haben es so verstanden.

Ich widerspreche aufs heftigste, daß Deutschlands Nachkriegsgeschichte damit zu Ende gegangen ist.

Das ist offizielle Politik. Das können Sie bei allen Leitartiklern aller bürgerlichen Zeitungen lesen, ob in der »Frankfurter Allgemeinen« oder in der »Welt« ...

Das mag für die »FAZ« und die »Welt« stimmen. Aber damit hat sich's schon.

Sehen Sie keinen Zusammenhang zwischen deutscher Einheit und den Anschlägen auf Flüchtlingsheime?

Überhaupt nicht. Wirklich nicht.

Ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen?

Diese Organisation, die mittlerweile besteht, diese Vernetzung unter den Rechtsradikalen, die hat schon lange angefangen. Im Europäischen Parlament hat es angefangen. Dort haben sie die ersten Kontakte zueinander geknüpft. Das hat es alles schon gegeben. Heitmann hätte das durch seine Äußerungen indirekt gefördert. Und deshalb war mir die Verhinderung von Heitmann ein ganz wichtiges Moment.

Die Nominierung von Heitmann war schon ein Resultat dieser Entwicklung.

Glaube ich nicht. Jedenfalls konnte man es noch stoppen.

Und jetzt kommt der, den die CDU eigentlich wollte.

Aber warum haben sie ihn dann nicht gleich nominiert, wenn sie ihn wollten?

Der kommt jetzt problemlos. Roman Herzog hätte Schwierigkeiten gehabt ohne Heitmann vorneweg.

Heitmann hat aus meiner Sicht nicht nur dumm geredet, er hätte nachher auch so gehandelt.

Darauf habe ich mich gefreut.

Sie sind ja ein böser Mensch.

Was kann Besseres kommen als ein Bundespräsident, der mindestens einmal im Vierteljahr durch eine Äußerung oder eine Tat das gesamte Mißtrauen der Welt auf dieses Land lenkt?

Also das will ich nicht, das unterscheidet uns.

Sie haben gesagt, die Regierung stelle Ihnen drei Leibwächter, weil sie Angst davor hat, was das Ausland sagen würde, wenn Ihnen etwas passiert.

Unterschätzen Sie nicht den Export, auf den Deutschland angewiesen ist und um den es fürchten würde.

Mit Ignatz Bubis sprachen Hermann L. Gremliza und Boris Gröndahl

Konkret 01/94, S. 18

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XXIII

Dreiundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Sonntag, 3.10.1993 (Nachtrag) –

Im Intercity von Dresden nach Frankfurt/Main überfallen Skinheads einen Marokkaner, mißhandeln und verletzen ihn im Gesicht. Die Fuldaer Polizei verweigert die Entgegennahme einer Anzeige mit dem Hinweis auf Richtlinien, nach denen angeblich erst ein Attest vorgelegt werden müsse, ehe man eine Anzeige erstatten dürfe. Die Täter sind mittlerweile verschwunden. Die Anzeige wird schließlich in Frankfurt/Main entgegengenommen.

Mittwoch, 3.11. –

Seit 1980 hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften rund 150 rechtsextremistische Bücher, Broschüren und Musikerzeugnisse auf den Index gesetzt, teilt die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS mit. 35 Bücher und 61 Broschüren oder Zeitschriften wurden verboten, weil in ihnen Krieg und Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht werden. 53 Platten, CDs oder Musikcassetten, sechs Videofilme und 17 Computerspiele wurden wegen Antisemitismus oder Anregung zum Rassenhaß auf den Index gesetzt. –

Das in Nordrhein-Westfalen für Staatsschutzangelegenheiten zuständige Oberlandesgericht in Düsseldorf entscheidet, daß fremdenfeindliche Schmierereien an Hauswänden und Brücken ein Anschlag auf den öffentlichen Frieden und die innere Sicherheit sind. Mitglieder rechtsextremer Gruppen und Organisationen, die durch Parolen an Gebäuden zum Ausländerhaß aufrufen, können wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht gestellt werden. Auf der Grundlage dieses Beschlusses muß das Landgericht Dortmund nun gegen sieben Kadermitglieder der inzwischen verbotenen »Nationalen Offensive« wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Rädelsführerschaft verhandeln. Das Gericht hatte die Eröffnung des Hauptverfahrens in diesem Punkt zunächst abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Beschwerde eingelegt.

Donnerstag, 4.11. –

Nach Angaben der brandenburgischen Generalstaatsanwaltschaft registrieren die in Ostdeutschland stationierten GUS-Streitkräfte eine wachsende Zahl von Angriffen auf ihre Angehörigen. –

In Wiesbaden bricht in einem von Ausländern bewohnten Haus am Sedanplatz aus ungeklärten Gründen ein Feuer aus. Es kann gelöscht werden. –

Die Münchner Staatsanwaltschaft legt Berufung gegen ein Urteil des Amtsgerichts vom Vortag ein, mit dem der Autor eines ausländerfeindlichen Artikels vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen wurde. Die zuständige Amtsrichterin hatte zunächst bereits die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, die erst durch eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft beim Landgericht durchgesetzt wurde. In dem Artikel hatte der 61jährige Tierarzt Ausländer als »Parasiten« bezeichnet, »die, selbst wenn sie arbeiten, noch Schaden anrichten«. Die Amtsrichterin war der Meinung, nicht jede Kritik sei gleich Volksverhetzung. Zudem habe der Verfasser seine Äußerungen zu einer Zeit getan, in der der Ausländerzustrom kaum zu bewältigen gewesen sei und man sich nur mit scharfen Formulierungen habe Gehör verschaffen können.

Freitag, 5.11. –

In Freital/Sachsen legen unbekannte Täter in einem Mehrfamilienhaus vor der Wohnung eines Türken einen Brand, indem sie einen Schuhschrank im Hausflur anzünden. Es wird niemand verletzt. –

Brand in einem Asylbewerberheim in Bad Waldsee/Baden-Württemberg. Ein zweijähriges Kind einer Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien wird lebensgefährlich verletzt. Vier weitere Kinder im Alter von ein bis sieben Jahren können von den Bewohnern des Mehrfamilienhauses in Sicherheit gebracht werden. Die Brandursache steht noch nicht fest. –

Das Landessozialgericht Essen entzieht dem rechtsextremen »Deutschen Arbeitnehmer-Verband« (DAV) das Recht, Kläger vor den Arbeits- und Sozialgerichten Nordrhein-Westfalens zu vertreten. In dem Urteil bezieht sich das Gericht auf Aussagen des DAV, »die auf Fremdenfeindlichkeit und Herabsetzung von Menschen bestimmter ethnischer Herkunft zielen«. (AZ: L 2 Kn 186/92)

Samstag, 6.11. –

Unbekannte Täter schänden den sowjetischen Ehrenfriedhof in Storkow südlich von Fürstenwalde/Brandenburg. Sie stoßen 23 Grabsteine um und beschädigen sie. Außerdem beschmieren die Täter den Obelisken mit einem Hakenkreuz und SS-Runen. –

In Erfurt überfallen acht Jugendliche ein Obdachlosenheim. Sie treten die Tür des Heims ein, zerstören ein Fenster und schlagen auf einen 53 Jahre alten Bewohner ein, so daß er im Krankenhaus ambulant behandelt werden muß.

Sonntag, 7.11. –

Brandanschlag auf einen Wohncontainer kurdischer Asylbewerber in Küssaberg-Rheinheim bei Waldshut/Baden-Württemberg. Die 14 Bewohner des Containers können sich unverletzt ins Freie retten. Die Unterkunft brennt völlig aus. Es entsteht ein Sachschaden von rund 200.000 Mark.

Montag, 8.11. –

Nach einer Meldung des »Spiegel« bauen deutsche Neonazis einen eigenen Computerverbund auf. Ihr »Thule-Netz« bestehe bereits aus sieben Mailboxen, vor allem in Süddeutschland. Bislang finden sich in den Mailboxenvor allem Tips für die Lektüre einschlägiger brauner Blätter. Geplant sei jedoch, in den Computernetzen einen rechtsfreien Raum zu schaffen, »eine befreite Zone im Mailbox-Bereich«. Vermutet wird, daß auch Anleitungen zum Bombenbau über die Mailboxen verbreitet werden.

Mittwoch, 10.11. –

Der 5. Strafsenat des Bezirksgerichts in Frankfurt/Oder stellt in Frage, ob sich drei Polizeibeamte wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Körperverletzung mit Todesfolge vor Gericht verantworten müssen. Es bestünden Zweifel, ob überhaupt ein »hinreichender Tatverdacht« bestünde. Den Beamten wird vorgeworfen, als Zivilermittler nicht eingegriffen zu haben, als Skinheads Afrikaner mißhandelten und den Angolaner Amadeu Antonio Kiowa zu Tode prügelten.

Donnerstag, 11.11. –

Im September 1993 registrierte das Bundeskriminalamt insgesamt 296 ausländerfeindlich motivierte Straftaten. Es handelt sich dabei um sechs Brandanschläge, einen Sprengstoffanschlag, 52 Angriffe gegen Personen sowie 237 »sonstige Straftaten«. Dies teilt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste mit. –

Auf der Bundesstraße 115 in Brandenburg rauben vier als Polizisten verkleidete Männer einem vietnamesischen Asylbewerber 5.000 Mark.

Montag, 15.11. –

In Hamburg wird bei einem Streit zwischen türkischen Jugendlichen und zwei Deutschen ein 15jähriger Türke lebensgefährlich verletzt.

Mittwoch, 17.11. –

Nach Angaben von Thüringens Innenminister Schuster (CDU) sank die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten 1993 von 80 auf 47.

Donnerstag, 18.11. –

Brandanschlag auf eine von Asylbewerbern bewohnte Baracke in Friedersdorf/Sachsen-Anhalt. Personen werden nicht verletzt, die Unterkunft brennt aus. –

Im Bahnhof von Münster verletzt ein 20jähriger angetrunkener Deutscher einen 17jährigen Libanesen schwer. Der Täter schlägt den Libanesen zu Boden und schleudert ihn dann in eine Schaufensterscheibe. Beim Eintreffen der Polizei skandiert der 20jährige ausländerfeindliche Parolen.

Montag, 22.11. –

In Nordrhein-Westfalen sind in den ersten neun Monaten 1993 deutlich mehr Menschen bei ausländerfeindlichen Straftaten verletzt und getötet worden als im gesamten Jahr 1992. Nach Angaben von Innenminister Herbert Schnoor (SPD) registrierte die Polizei bis Ende Oktober 2.106 fremdenfeindliche Straftaten, 332 mehr als im gesamten Vorjahr. Dabei wurden sechs Menschen getötet und 293 verletzt. Nach dem Brandanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben, sei die Welle der Gewalt eskaliert, so Schnoor. Im Juni wurden 669 Straftaten registriert. Seither sei die Zahl der Übergriffe kontinuierlich gesunken und habe im Oktober mit 93 Straftaten den niedrigsten Stand des Jahres erreicht. –

Der Bundesgerichtshof weist die Revision von drei Angeklagten, die im Prozeß um die Tötung des Angolaners Amadeu Antonio zu je vier Jahren Jugendhaft verurteilt worden waren, als unbegründet zurück. Damit ist das Urteil gegen Marek J., Gordon K. und Steffen H. rechtskräftig.

Dienstag, 23.11. –

Vor dem Landgericht Mannheim beginnt der Prozeß gegen die rechtsextreme Skin-Band »Tonstörung«. Die Staatsanwaltschaft wirft den fünf Musikern Aufstachelung zum Rassenhaß, Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung vor. Die Gruppe hatte u.a. ein altes SA-Kampflied vertont.

Mittwoch, 24.11. –

In Nürnberg »geraten« Mülltonnen im Haus-flur einer Asylbewerberunterkunft »in Brand«. Über hundert Menschen müssen aufgrund des Schwelbrandes in Sicherheit gebracht werden. Zwei Bewohner erleiden Rauchvergiftungen. –

Das Potsdamer Bezirksgericht verurteilt fünf Männer im Alter von 20 bis 23 Jahren wegen des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Zehdenick/Kreis Gransee in Brandenburg zu Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Bei dem Anschlag im Oktober 1992 wurde niemand verletzt.

Donnerstag, 25.11. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Biedenkopf. Ein unbekannter Täter deponiert vor der Zimmertür zweier türkischer Kurden ein Kopfkissen und Bettlaken und zündet sie an. Das Feuer greift auf die Holzverkleidung des Flurs über. Ein Bewohner entdeckt den Brand frühzeitig. Es wird niemand verletzt. –

Der Berliner Innensenator, Dieter Heckelmann, spricht sich für eine rasche Ausweisung straffälliger Ausländer aus. »Wer als Ausländer in Deutschland eine Straftat begeht, hat sein Gastrecht verwirkt.« Er fordert eine entsprechende Gesetzesverschärfung und warnt »vor einer Verharmlosung der Ausländerkriminalität«. –

Die Zahl der ausländerfeindlichen Straftaten in Niedersachsen ist zurückgegangen. In diesem Jahr wurden nach Angaben des Innenministeriums bisher 339 versuchte oder vollendete Delikte gegen Ausländer registriert. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 499 derartige Straftaten registriert. –

Das Amtsgericht Konstanz verurteilt die beiden Führungsmitglieder der verbotenen rechtsextremistischen »Nationalen Offensive« (NO), Gunter Boschütz (23) und Stefan Jahnel (24) wegen Billigung von Straftaten zu jeweils sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Bei einer Demonstration der damals noch nicht verbotenen NO am 5. September 1992 hätten die Angeklagten die Ausschreitungen gegen Asylbewerber in Rostock für gut befunden, heißt es im Urteil. Damit hätten die Angeklagten schwere Brandstiftung und schweren Landfriedensbruch gebilligt.

Freitag, 26.11. –

In Erlangen fahren vier Skinheads in einem Pkw vor einem Asylbewerberheim auf und ab. Aus dem Fenster halten sie eine Reichskriegsflagge. Anschließend pöbeln sie am Bahnhof mehrere Farbige mit dem sogenannten Hitler-Gruß an.

Dienstag, 30.11. –

In Brandenburg wird erneut ein sowjetischer Ehrenfriedhof geschändet. Unbekannte Täter werfen 24 Grabsteine auf dem Soldatenfriedhof in Wittenberge nördlich von Berlin um.

Antisemitische Angriffe

Donnerstag, 28.10.1993 (Nachtrag) –

Im Studio von SAT-1 wird der 51jährige Fred A. Leuchter festgenommen, bevor er in der Sendung »Schreinemakers live« als Hinrichtungsexperte auftreten kann. Leuchter ist als »Fachmann für Gaskammern« bekannt und verbreitet die Behauptung, die Massenvergasungen von Juden in deutschen Konzentrationslagern seien technisch gar nicht möglich gewesen. Seit 1991 ist Leuchter unter anderem wegen eines Auftritts bei einer NPD-Veranstaltung zur Fahndung ausgeschrieben. Moderatorin Schreinemakers spricht von »Zensur« und davon, daß sie »diesem Menschen kein Forum (habe) bieten« wollen. »Ich wollte ihn zerlegen, ihn demaskieren.« Daß nach Leuchter gefahndet wurde, habe sie nicht gewußt.

Mittwoch, 3.11. –

Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof in der pfälzischen Gemeinde Lustadt/Kreis Germersheim. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Landau wurden etwa 90 Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischen Parolen beschmiert. –

Der Präsident der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main leitet »disziplinarische Vorermittlungen« gegen den Frankfurter Sportprofessor Rainer Ballreich ein, weil dieser weiter im Verdacht steht, die nationalsozialistischen »Verbrechen gegen die Juden zu verharmlosen«. Ballreich habe auch mit einer Stellungnahme zu den Vorwürfen »die Unklarheiten über seine Haltung nicht ausräumen können«.

Dienstag, 9.11. –

Der britische Rechtsextremist David Irving kommt nach München, um bei zwei Veranstaltungen rechtsradikaler Gruppierungen zum 55. Jahrestag der Pogromnacht aufzutreten. Die Münchner Ausländerbehörde verfügt die Ausweisung, bevor Irving auftreten kann.

Dienstag, 23.11. –

Die 18. Strafkammer des Landgerichts München I verwirft die Berufung im Fall des 54jährigen Ernst Zündel, der wegen der Verbreitung der sogenannten Auschwitz-Lüge 1991 vom Amtsgericht München zu 170 Tagessätzen von jeweils 70

Mark verurteilt worden war. Der Beschuldigte, der in Toronto lebt, war zu dem Gerichtstermin nicht angereist. In der Amtsgerichtsverhandlung hatte Zündel sich auf den mittlerweile inhaftierten Fred A. Leuchter als »Experten« berufen.

Donnerstag, 25.11. –

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt das Urteil gegen den früheren Generalmajor Remer von einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Mit seinen Behauptungen, die Judenmorde während des Nationalsozialismus seien von den Juden selbst erfunden worden, um das deutsche Volk um riesige Summen zu erpressen, mache er sich der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß schuldig. (AZ: BGH 1 StR 193/93)

Das Archiv für Sozialpolitik, Frankfurt/Main, erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

KONKRET 1/94 19

Konkret 01/94, S. 20

Günter Kolodziej

Entweder es ändert sich nichts, oder die Welt bleibt, wie sie ist

Wer wen wie oft und warum – Mutmaßungen über das Wahljahr 1994

Den intellektuellen Höhepunkt im Superwahljahr ‘94 dürfen wir so um den 19. Oktober herum erwarten. Letzte Fernsehdebatte vor der Bundestagswahl. Kohl gegen Scharping. Der Herausforderer schießt eine volle Breitseite ab: »Herr Bundeskanzler, Sie haben vor den großen Zukunftsfragen unseres Landes kläglich versagt.« Der so Angegriffene kontert, seine ganze Routine ausspielend, mit dem listigen Hinweis, daß einer, wo noch nicht mal seine eigene Partei im Griff hat, besser nicht so eine dicke Lippe riskieren solle. Und so weiter. Weitgehende Einigkeit wird das Protokoll bei den Sachfragen verzeichnen. Anderntags wird die Presse, je nach Standpunkt, das Ereignis aufbereiten. »Kanzler souverän, Scharping nervös.« Vielleicht auch »Bissiger Herausforderer Punktsieger über selbstgerechten Kohl!« Wiederum zwei Tage später wird das Volk zur Tat schreiten und entweder durch Bestätigung der derzeitigen Regierung dafür sorgen, daß alles so bleibt, wie es ist, oder durch Wahl einer großen Koalition, daß sich nichts ändert.

Für »Rot-Grün« wird es höchstens eine rechnerische Mehrheit geben. Die Grünen ahnen das und schicken ihre brillantesten Köpfe in die Schlacht, um zu retten, was zu retten ist. Hubert Kleinert, ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer, plädiert sprachgewaltig »für grüne Regierungsbeteiligungen«. Von dem Einwand, die Grünen würden sich möglicherweise den »notwendigen harten Strukturentscheidungen« verweigern, hält Kleinert nämlich genau »gar nichts. Rot-Grün war doch wohl nicht als Sonnenschein-Veranstaltung von Rückenwindspolitikern gedacht.« Schwere Zeiten bedürfen kühner Bilder. Der Fisch muß mit allen vier Beinen fliegen können. Dem Opportunismus des unbedingten Mitregieren-Wollens eigenhändig eine Tapferkeitsmedaille zu verleihen, ist irgendwie gekonnt. Nutzen wird es nichts. Und wenn sie sich auf den Kopf stellen und mit den Beinen hurra schreien, die SPD wird Koalitionsverhandlungen mit den Grünen, sollten sie überhaupt stattfinden, scheitern lassen. Weil die deutsche Außenpolitik »verläßlich« bleiben muß und die »Investitionsneigung« der Unternehmer noch nicht einmal durch den bloßen Verdacht auf ökologisches Getue gehemmt werden darf.

Bis es soweit ist, darf sich der »Souverän« in zahlreichen »Testwahlen« austoben. Daraus, daß die 14 vorgeschalteten Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen gar nicht als solche, sondern nur im Hinblick auf ihre Aussagekraft für die Bundestagswahl interessant sind, macht ja niemand einen Hehl. Am allerwenigsten die jeweiligen Sieger, die dem für sie günstigen Ergebnis prompt einen deutlichen Wink des Wählers für die Schicksalswahl im Herbst entnehmen werden, worin ihnen die Verlierer mit ihrer demonstrativen Weigerung, da auch nur den Hauch eines Zusammenhangs sehen zu wollen, unfreiwillig recht geben dürften.

Die »Kenner des politischen Bonn« jedenfalls wissen genau, was gespielt wird. Wenn Wahlkampf ist, wird gelogen, daß sich die Balken biegen, was soweit geht, daß manchmal sogar ein wahres Wort zu hören ist, vorausgesetzt, es scheint opportun. Völlig ungeniert untersuchen sie Programmatik und Wahlkampfstrategie sowie Kandidaten der Parteien daraufhin, wie geschickt oder ungeschickt sich die Matadoren beim Stimmenfang anstellen.

Die SPD ist ziemlich zerstritten, wirtschafts- wie außenpolitisch. Also veranstaltet sie einen Parteitag, um das genau gegenteilige Bild von sich zu vermitteln: sagenhafte Geschlossenheit. Ihr Vorsitzender Scharping wird wesentlich daran gemessen, ob er dieses für jeden des Lesens Kundigen durchschaubare Betrugsmanöver erfolgreich inszeniert. Die Presse emanzipiert sich bei solchen Grundfragen souverän von ihren eigenen Kriterien. Sie fordert von Scharping exakt das, was sie seinem christlichen Konkurrenten als dessen größten Fehler vorwirft: die eigene Partei zum puren »Kanzlerwahlverein« zu machen. Schafft er es, Lafontaine zur Rücknahme seiner umstrittenen und sachlich von niemandem bezweifelten Äußerung, die Löhne im Osten müßten langsamer steigen, zu bringen, ist er in den Augen des »Spiegel« ein ernstzunehmender Herausforderer. Wenn nicht, dann nicht. Die Auflösung war genial. Lafontaine relativierte seine Forderung unter tosendem Beifall der Ost-Delegierten dahingehend, daß natürlich auch die West-Löhne langsamer steigen müßten. Ein Triumph der Gerechtigkeit. Die Zustimmung der Delegierten zum »Großen Lauschangriff« bewerkstelligte Scharping mit dem Argument, daß die SPD, würde sie nicht, diesbezüglich am Ende genauso dumm dastünde wie in der Asylfrage – als Partei nämlich, die man zur Vernunft zwingen müsse. Der »Wähler« würde das nicht honorieren. Also diesmal, bitteschön, rechtzeitig auf CDU-Kurs einschwenken und, wenn irgend möglich, noch eins draufsetzen. Der müde Einwand der »Parteilinken«, man sei doch immer noch eine sozialdemokratische Partei, was doch auch die Verpflichtung auf Verteidigung von Bürgerrechten bedeute, fand keine Mehrheit.

Kohl hat dergleichen nicht nötig. Er nutzt die Möglichkeiten seines Amtes. Während die sozialdemokratische Konkurrenz noch über Bedingungen und Möglichkeiten erfolgreicher Standortpolitik schwätzte, reiste er mal kurz nach China und sicherte der deutschen Industrie Aufträge im Wert von über sieben Milliarden Mark. Dafür ließ er in der Menschenrechtsfrage fünfe gerade sein und verkündete mit einem Gesicht, als hätte Weizsäcker gerade die gesamte RAF

begnadigt, der chinesischen Regierung eine Liste mit zwanzig inhaftierten Bürgerrechtlern übergeben zu haben, die diese überprüfen wolle. Mehr ist nicht zu erwarten, China ist schließlich nicht Afghanistan, sondern ein Zukunftsmarkt.

Testwahlen sind aber auch Bewährungsproben der Volkspädagogik. Vor allem dann, wenn die Wähler aus dem Ruder laufen und den »Rattenfängern« von rechts »auf den Leim gehen«. Dabei steht das zutiefst humanistische Menschenbild, das, um die »Fänger« zu denunzieren, ihre Wähler verbal zu »Ratten« mutieren läßt, nicht zur Debatte, obwohl es gerade in seiner entschuldigenden Absicht aufschlußreich ist. Nur wer selber das Volk in seiner Funktion als hirnlo-ses, beliebig manipulierbares Stimmvieh betrachtet, kann nämlich auf so eine Formulierung überhaupt kommen. Entsprechend sind die Anstrengungen, die Republikaner-Wähler ins »demokratische Lager« zurückzuholen.

Am glaubwürdigsten sind in diesem Zusammenhang seit Jahr und Tag die »Liberalen« . Er sei sich völlig sicher, so ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender Mischnik 1990 in der »Wetzlarer Zeitung«, »daß all die Leute, die heute Schönhuber seiner deftigen Worte wegen folgen, die irrtümlich glauben, daß hinter dieser Schale mehr steckt als bloße Polemik, sehr bald schon verstehen werden, daß er nicht mehr anzubieten hat ... und daß ein Parteiprogramm von 10 Seiten, vollgeschrieben mit leeren Parolen und Phrasen, nicht ausreicht, die vielfältigen Aufgaben unserer Zeit zu meistern.« Das ist gelungen. An den deftigen Worten Schönhubers mißfällt diesem Demokraten, daß es nur Worte sind, am Programm, daß es zu kurz ist. Die FDP hat ihre moralische Überlegenheit gegenüber den Nazis mittlerweile hinreichend bewiesen. Sie hat den Worten Schönhubers liberale Taten folgen lassen: Asylgesetzgebung etc. Überspringen die REPs die »Fünf-Prozent-Hürde«, werden sich dann wieder alle fassungslos fragen, wie es nur soweit habe kommen können.

Mit derart viel Verständnis können die Wähler der PDS nicht rechnen. Sie sind in den Augen der anständigen Deutschen genauso schlimm wie ihre Bundestagsabgeordneten, was man schon daran sieht, daß sie mit denen permanent »Seilschaften« bilden. Mit Kommunisten kann man nicht diskutieren. Die richtige Lehre aus der »Geschichte« heißt hier rigorose Ausgrenzung. Wer das nicht kapiert, darf vor den großen schon jetzt mit kleinen Lauschangriffen und Berufsverboten rechnen.

Einerseits also ein ziemliches Affentheater und ein systemstabilisierendes dazu. Andererseits aber eben nicht nur. Die Linken in diesem Lande – jedenfalls viele von ihnen – werden dieses »andererseits« praktizieren, indem sie an den Wahlsonntagen, wenn auch mit enorm kritischem Bewußtsein und möglicherweise verkleidet, dann doch ihr Kreuz bei den Resten der Opposition machen und anschließend, natürlich mit viel Gespött, aber hochkonzentriert, Wahlprognosen und Hochrechnungen im Fernsehen verfolgen, dabei sogar die Berichterstattung über die Spiele der zweiten Bundesliga wegzappen.

Ein sicherlich widersprüchliches Verhalten, das den beiden Elementen der bürgerlichen Verfassung aber angemessen ist. Deren »umfassender Widerspruch«, schrieb Marx in seiner Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich, »besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt die politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen.« Ist der Hinweis, daß eine solche Möglichkeit in der Bundesrepublik 1994 in denkbar weite Ferne gerückt ist, ein ausreichendes Argument dafür, den anderen ganz das Feld zu überlassen? Und das Wissen darum, daß mehr, als die Volksgemeinschaft ein bißchen zu ärgern, zur Zeit nicht drin ist, eines dafür, darauf auch noch zu verzichten? Ob der Einzug der PDS in den nächsten deutschen Bundestag der Bourgeoisie den Schlaf rauben wird, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Daß ein Wahlboykott es nicht tut, steht fest.

Günter Kolodziej schrieb in KONKRET 12/93 über die Statt-Partei

Konkret 01/94, S. 22

Klaus Lang

Die vier letzten Tage der Gewerkschaften
Zurück zum Vollbeschäftigungsziel

In Frankreich hat die konservative Regierung gegen den Widerstand von Kommunisten und Sozialisten die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich durchgesetzt; in der BRD hat ein Automobilkonzern mit der größten Industriegewerkschaft ebenfalls eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht vereinbart. Verkehrte Welt? IG Metall-Abteilungsleiter Klaus Lang beschreibt die Chancen der 4-Tage-Woche;Robert Kurz interpretiert die Arbeitszeitdebatte im Kontext einer allgemeinen Krise der abstrakten Arbeit

Mit der Einführung der 4-Tage-Woche durch Tarifvertrag bei der Volkswagen-Werk AG ist Bewegung in die arbeitszeit- und beschäftigungspolitische Diskussion gekommen. Damit ist ein Signal dafür gesetzt, daß Arbeitslosigkeit vermieden, Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung gesichert werden können. Dies ist in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit und gesellschaftspolitischer Erstarrung ein wichtiger Anstoß, daran zu denken, daß politische Alternativen in Deutschland nicht nur denk-, sondern auch machbar sind. Es muß die Gewerkschaft und alle, die sich mit Massenarbeitslosigkeit als Schicksal nicht abfinden wollen, ermuntern, für diese Alternativen tarif- und gesellschaftspolitisch zu mobilisieren.

In Deutschland werden zur Zeit jeden Tag mehr als 2.000 Arbeitsplätze abgebaut. Erstmals nach 1945 haben wir über 3,5 Millionen erfaßte Arbeitslose, für 1994 werden über 4 Millionen vorausgesagt. Die tatsächliche »Beschäftigungslücke« ist noch größer. Sie wird auf 6 bis 7 Millionen geschätzt. Wir haben jetzt im vereinten Deutschland Arbeitslosigkeit von Weimarer Dimensionen. Die konservativ-liberale Regierungskoalition hat sich programmatisch und praktisch vom Vollbeschäftigungsziel längst verabschiedet. Sie betreibt statt dessen eine Politik der Zementierung und Zivilisierung der Arbeitslosigkeit. Das »Sparpaket 1994« wird, ähnlich den Brüningschen Notverordnungen, die öffentliche Verschuldung keineswegs verringern, die Zahl der Arbeitslosen aber weiter vergrößern. Dieses Sparpaket ist Gift für die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Stabilisierung. Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise aufgrund konjunktureller Einbrüche und struktureller Umbrüche wird somit zur gesellschaftlichen und sozialen Katastrophe. Mit der Arbeitslosigkeit steigen Armut und Ausgrenzung, wird Intoleranz und Ausländerhaß, Rechtsextremismus und Neofaschismus ein fruchtbarer Boden bereitet. In diesem Klima scheint dann der Rechtsruck der Volksparteien notwendig, um dem Rechtsextremismus das Wasser abzugraben, für den erst die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Im Widerspruch zur Realität steigender Arbeitslosigkeit ist die Gesellschaft nach wie vor einer erwerbsgesellschaftlichen Moral verhaftet, ja mehr noch: Ein hohes Niveau einer Erwerbsarbeit ist die praktische Voraussetzung für den Erhalt von sozialen Sicherungssystemen, öffentlicher Infrastruktur auf hohem Niveau und einer funktionierenden politischen Demokratie. Die steigende Arbeitslosigkeit zerstört die finanziellen und politischen Grundlagen des sozialen und demokratischen Rechtsstaats.

Die Konservativen wollen die Lücke zwischen diesem erwerbsgesellschaftlichen Fundament und der steigenden Arbeitslosigkeit, zwischen der Zunahme öffentlicher Armut und dem weiteren Ansteigen der Sozialausgaben nicht durch Verbesserungen bei den Einnahmen zu Lasten der Reichen und durch Verschiebung bei den Ausgaben zugunsten der sozial Schwachen und Armen schließen. Ihr Weg ist, Sozialausgaben z.B. bei den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern weiter zu kappen und damit Armut und Ausgrenzung zu vergrößern, einen Billig- oder Niedriglohnsektor, wenn es sein muß, durch gesetzliche Verordnung zu schaffen und damit die Tarifautonomie auszuhebeln sowie schließlich gegebenenfalls auch die Dienstverpflichtung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger einzuführen. Das wäre ein massiver Schritt vom sozialen und demokratischen zum autoritären Rechtsstaat. Damit würden die sozialstaatlichen Sicherungen und die tarifautonomen Regelungen der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen aus der Verfassungswirklichkeit gestrichen, der sozialen Demokratie würde eine prinzipielle Absage erteilt.

In dieser Situation ist die Einführung der 4-Tage-Woche ein Signal für eine mögliche politische Alternative. Sie kann – wie Anfang der 80er Jahre die 35-Stunden-Woche – Kristallisationspunkt für all jene werden, die der Zementierung und Zivilisierung der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen und Erwerbsarbeit für alle wieder zum wichtigsten Ziel praktischer Politik machen wollen. Die 4-Tage-Woche ist ein Schlag ins Gesicht derer, die mit längeren Arbeitszeiten und Billiglöhnen die Krise überwinden wollen. Die Regelung zeigt: Es ist möglich, Beschäftigung zu sichern, ein »Moratorium gegen Beschäftigungsabbau« zu beschließen, den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen tatsächlich durch Tarifvertrag zu vereinbaren, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Natürlich muß die IG Metall verantworten, daß auch ihre Mitglieder, daß auch die Beschäftigten zu dieser Regelung einen Beitrag leisten. Denn finanziert wird dieses Modell durch drei Elemente:

· Durch die Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf künftige Einkommenserhöhungen, wie es bei jedem Schritt der Arbeitszeitverkürzung auch bislang der Fall war;

· durch die Umwandlung von Bestandteilen des Jahreseinkommens in kürzere Arbeitszeit;

· und durch einen direkten Beitrag der VW AG über die vereinbarte Beschäftigungssicherung für zwei Jahre hinaus.

Die IG Metall hat für die Tarifrunde 1994 von Anfang an – schon vor den Überlegungen bei VW – ihre Forderungen in diese Richtung formuliert. Anfang Oktober wurde ein Moratorium gegen Beschäftigungsabbau gefordert und ein ganzes Bündel von arbeitszeitpolitischen, arbeitszeitgestaltenden und beschäftigungspolitischen Regelungen zur Diskussion gestellt mit dem Ziel, durch tarifliche Vereinbarungen Entlassungen zu vermeiden. Garantierte Beschäftigung und tariflich vereinbarte Beschäftigungssicherung sollen auch bei Lohn- und Gehaltssteigerungen berücksichtigt werden. Für die IG Metall ist die VW-Regelung eine Bestätigung, damit auf dem richtigen Weg zu sein.

Für eine umfassende Mobilisierung in Richtung einer flächendeckenden Lösung auf dieser Grundlage gibt es allerdings auch Grenzen: Da ist zum einen darauf zu verweisen, daß die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen in der Metall- und Stahlindustrie vor Ende 1998 nicht kündbar sind und somit eine radikale Arbeitszeitverkürzung in der gesamten Metallindustrie nur als Ergebnis des guten Willens der Metall-Arbeitgeber, nicht als Ergebnis tarifpolitischer Mobilisierung erreicht werden könnte. Da ist zum anderen nicht zu vergessen, daß in der gesamten Metallverarbeitung das tarifliche Einkommensniveau wesentlich niedriger als bei VW ist und sich damit die Frage der Umwandlung vorhandener Einkommen in kürzere Arbeitszeit auch anders darstellt. Und dabei ist schließlich auch zu bedenken, daß für eine flächendeckende Krisenbewältigung weder die Arbeitslosenversicherung noch der Staat und damit die Allgemeinheit der Steuerzahler aus ihrer Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Rückkehr zu einer Politik der Vollbeschäftigung entlassen werden können. Denn es ist ja überhaupt nicht zu leugnen, daß die VW-Regelung auch die Elemente einer Krisenbewältigung durch »Umverteilung innerhalb der Klasse« in sich trägt. Die, die das Risiko der Arbeitslosigkeit tragen, sollen nun dieses Risiko zu Lasten ihrer Einkommen bei der Umverteilung der Arbeit auch allein bewältigen.

Von daher kann und muß die VW-Regelung auch Anlaß sein, an die beschäftigungspolitische Verantwortung der Gesellschaft zu erinnern und einen grundlegenden wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Kurswechsel zu fordern. Wir brauchen ein Sofortprogramm für Investitionen und Beschäftigung aus mehreren Elementen:

· Ein Element ist ein investitions- und beschäftigungspolitisches Sofortprogramm, z.B. mit Investitionszulagen und Investitionshilfen gegen Beschäftigungsauflagen.

· Die Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung müssen fortgeführt werden. Der Weg zur 32- und zur 30-Stunden-Woche muß dauerhaft beschritten werden. Dazu gehören dann auch Möglichkeiten, Arbeitszeitverkürzung aus Steuer- oder Arbeitsmarktmitteln zu unterstützen.

· Und wir brauchen schließlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um den schon vorhandenen Arbeitslosen die Möglichkeit zur Qualifizierung und Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu geben und ihre Perspektiven für dauerhafte Beschäftigung zu verbessern.

· Durch die Bereitschaft der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, solche Regelungen – wie die bei VW – mitzutragen und mitzugestalten, darf die beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates nicht außenvorbleiben.

Aber trotz aller Grenzen der VW-Regelung gilt: Mit Arbeitslosen kann man schlecht über gewerkschaftliche Organisierung und gesellschaftliche Mobilisierung reden. Alle Erfahrungen zeigen, daß mit der Dauer und der Höhe der Arbeitslosigkeit dumpfe Resignation und offene Reaktion mehr und mehr Chancen bekommen. Darum ist die Lösung bei VW nicht nur ein Beitrag zu einer arbeitszeitpolitischen Innovation, sondern auch zu gesellschaftspolitischer Reform, Aufforderung zu einer gesellschaftspolitischen Initiative mit dem Ziel »Erwerbsarbeit für alle«, und sie ist der Nachweis, daß dies auch tatsächlich machbar ist.

Klaus Lang leitet die Abteilung 1. Vorsitzender der IG Metall

Konkret 01/94, S. 24

Robert Kurz

Die vier letzten Tage der Gewerkschaften
Feierabend

In Frankreich hat die konservative Regierung gegen den Widerstand von Kommunisten und Sozialisten die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich durchgesetzt; in der BRD hat ein Automobilkonzern mit der größten Industriegewerkschaft ebenfalls eine drastische Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht vereinbart. Verkehrte Welt? IG Metall-Abteilungsleiter Klaus Lang beschreibt die Chancen der 4-Tage-Woche;Robert Kurz interpretiert die Arbeitszeitdebatte im Kontext einer allgemeinen Krise der abstrakten Arbeit

Wie die Motte zum Licht, die Fliege auf die Leimrute und die Hummel gegen die Fensterscheibe, so strebt die warenproduzierende Gesellschaft mit insektenhafter Hartnäckigkeit weiter zur »Arbeit«, obwohl dieser blinde Instinkt nicht mehr orientierungsfähig ist. Das System von Erwerbsarbeit, Geldverdienen und Konsum, historisch eigentlich noch sehr jung, hat sich einerseits tief in das allgemeine Bewußtsein als vermeintlich einzig mögliche Existenzweise eingebrannt; andererseits ist dieses System energisch dabei, sich selbst zu überholen und ad absurdum zu führen.

Nicht nur die ökologische »Zerstörung der Welt durch Arbeit« ist weit genug fortgeschritten, um die rastlose Erwerbstätigkeit als gesellschaftlich objektivierten Wahn erscheinen zu lassen. Auch die ökonomischen Reserven der kapitalistischen Arbeitswelt scheinen sich zu erschöpfen. Erst jetzt tritt die technologische Revolution der Mikroelektronik langsam in ihr Reifestadium ein und erweist sich als umfassende Rationalisierungspotenz, die industrielle Massenarbeit nicht nur durch Steuerungstechnik und Robotik ersetzt, sondern auch die organisatorischen Linien computergestützt ausdünnt (»lean production«). Die Hoffnung auf die »neuen Märkte« in Osteuropa und der GUS sind geplatzt wie Seifenblasen; und die südostasiatischen Newcomer sind mit Billiglohnstrukturen und irregulär niedrigen Wechselkursen weniger Absatzmärkte als vielmehr einseitige Exportmaschinen, die den Kostendruck ebenso wie die Arbeitslosigkeit im Westen nur noch weiter steigern.

Der Staat als Deus ex machina hat ebenfalls ausgedient. Die säkular angestiegene Staatsquote bricht sich an der »Finanz-krise des Steuerstaates« (Joseph Schum-peter), die erst jetzt an absolute Grenzen stößt. Der Arbeitsmarkt für Staatsbedienstete fast aller Bereiche droht in den nächsten Jahren zusammenzubrechen, und die von Staatsaufträgen abhängigen Industrien (sogar die Rüstungsindustrie) sind zu Stillegungen im großen Maßstab gezwungen. Damit blamiert sich die Hoffnung auf eine Transformation des Industriekapitalismus in einen Dienstleistungskapitalismus weitgehend. Aber auch die kommerziellen Dienste geraten einerseits wie die Industrie in die Rationalisierungsfalle (Banken und Versicherungen); andererseits werden sie in demselben Maße eingehen, wie sich die industriellen Einkommen drastisch vermindern, die bei ihnen ausge-geben werden können (Tourismus, Lebenshilfe, Fitness- und Hobbymarkt, Animations- und Motivationsmanagement, Gastronomie usw.).

Die schon vor mehr als einem Jahrzehnt ausgerufene »Krise der Arbeitsgesellschaft«, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch den hochverschuldeten Spekulationsboom der »Reaganomics« zeitweise überspielt worden war, kehrt also mit vielfach verstärkter Wucht zurück. Bis in die westlichen Kernländer hinein steht die Massenarbeitslosigkeit in den Dimensionen der Weltwirtschaftskrise wieder auf der Tagesordnung. Diesmal aber handelt es sich um kein bloß konjunkturelles (zyklisches) Phänomen mehr, sondern um einen irreversiblen Strukturzustand. Dieses Problem überfordert offensichtlich nicht nur die politische Klasse und das Management, sondern auch die Gewerkschaften und die bröseligen Reste der ehemaligen Gesellschaftskritik. Der gute alte »Klassenkampf« in seinen radikalsten Formen ebenso wie in seiner größten Verdünnung ging immer bloß um die Moderation und um die Geschäftsbedingungen der abstrakten »Arbeit«, des Geldverdienens und des Konsums; nie aber wurden die arbeitsgesellschaftliche Basis und ihre systemischen Formen selber grundsätzlich in Frage gestellt.

Trotzdem drückt der neuartige Krisendruck auch der systemimmanenten Debatte seinen Stempel auf. Die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, die fast schon eingeschlafen schien, ist mit ziemlich schrillen Tönen wieder auf Touren gekommen. Auch wenn die Konzepte und Vorstellungen scheinbar unübersichtlich durch die Medien schwirren, lassen sich dabei doch eine harte und eine weiche gesellschaftspolitische Option mit diametral entgegengesetzten Inhalten erkennen. Die harte Linie setzt generell auf »Arbeitszeitverlängerung« mitten in Krise und Massenarbeitslosigkeit. Vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus para-dox, geht diese Option jedoch durchaus mit betriebswirtschaftlicher Rationalität konform: Die jeweils verbliebene Beschäftigung soll mit elitärem Arbeitsethos quantitativ wie qualitativ auf Höchstleistung für den Weltmarkt getrimmt werden, während die nicht mehr rentabel vernutzbare Masse abgeschrieben wird.

Für diese bösartige Perspektive sind natürlich flankierende Maßnahmen notwendig. Zum einen ein zweiter, minderwertiger Vollzeit-Arbeitsmarkt, der die abgeschriebene Masse wenigstens teilweise weiter an die Logik der Arbeitsgesellschaft kettet, damit sie nicht auf dumme Gedanken kommt. Dazu gehören vor allem hundserbärmliche Billiglohnjobs im Dienstleistungssektor, für die erst einmal der rechtliche und gesellschaftspolitische Rahmen zu schaffen wäre. Das

Dienstmädchen für die schrumpfende Minderheit der »Besserverdienenden« soll wiederkommen, vielleicht sogar der Schuhputzer. Die USA, immer eine kapitalistische Nasenlänge voraus, haben bereits massenhaft »Beschäftigte« in ihrer Statistik, die gleichzeitig obdachlos sind, weil ihre »Löhne« für eine Wohnung nicht mehr ausreichen. Und wo selbst das nicht mehr geht, ist kommunale Zwangsarbeit für die Empfänger einer unter das Existenzminimum gedrückten Sozialhilfe vorgesehen.

Natürlich programmiert eine solche Gesamtoption den gesellschaftlichen Kriegszustand, in welcher Form auch immer. Zum andern wird deshalb eine militärische Aufrüstung nach innen notwendig. Während die Mittel für die Armee beschnitten werden, schwillt der Etat für die innere Sicherheit an. Private Sicherheitsdienste, die ihr Personal z.T. aus dem kriminellen und rechtsradikalen Milieu rekrutieren, sollen staatliche Hoheitsaufgaben übernehmen. Das staatliche Gewaltmonopol wird systemkonform aufgeweicht. Subproletarische Gewaltkriminalität und moralisch verwahrlosende Sicherheitsapparate ergänzen einander im strukturellen Belagerungszustand. Die Masse der Verarmten wird zum Freiwild, vor allem Frauen

und Kinder. Diese Normalität der ehemaligen Dritten Welt, die binnen weniger Jahre die Gesellschaften des zusammengebrochenen Staatssozialismus überrollt hat, breitet sich ebenso schnell im Westen aus. All dies gehört mit zwingender Logik zu einer harten gesellschaftspolitischen Krisenreaktion, die in der Arbeitszeitdebatte als Option auf Verlängerung der Normalarbeitszeit und Schaffung eines »zweiten Arbeitsmarkts« erscheint.

Die weiche gesellschaftspolitische Option setzt demgegenüber auf eine drastische Verkürzung der Normalarbeitszeit (4-Tage-Woche), um die Krise abzufedern und die verbliebene rentable Arbeitsmasse gleichmäßiger zu verteilen. Freilich mit einem entscheidenden Unterschied zu den bisherigen Schüben der Arbeitszeitverkürzung in den vergangenen Jahrzehnten: Der Lohnausgleich muß diesmal ausbleiben. Proportional zur Verkürzung der Arbeitszeit sollen die Jahreseinkommen der Beschäftigten sinken, d.h. um etwa 20 Prozent. Obwohl ebenfalls völlig systemkonform ausformuliert, ist diese Option eine klare gesellschaftspolitische Alternative zur harten Linie von Arbeitszeitverlängerung, zweitem Arbeitsmarkt und staatsterroristischer Armutsverwaltung, auch wenn der Ausgang ungewiß bleibt.

Die Verwirrung in der laufenden Debatte rührt offenbar daher, daß die beiden entgegengesetzten Optionen keineswegs deckungsgleich mit den altgewohnten Gegensätzen von »Kapital« und »Arbeit« bzw. »rechts« und »links« sind. Schon im marktradikalen Monetarismus der 80er Jahre gab es einen ideologischen Haarriß zwischen »Neoliberalen«, in deren Ideologie die Marktfreiheit mit »privatem Sozialsponsoring« und einer Abwehr autoritärer Polizeistaats-Tendenzen verbunden blieb, und »Neokonservativen« wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher, deren Marktradikalismus gleichzeitig auf den »starken Staat«, autoritäre Armutsbürokratie, Patriotismus und (alles andere als marktwirtschaftliche) Aufrüstung orientiert war. In der laufenden Arbeitszeit-Debatte sind die Fronten völlig durcheinandergekommen. Zwar ist in der BRD eine durchaus eindeutige Fraktion von sozialen Hardlinern aus dem konservativen Spektrum auszumachen, von denen die gemeingefährliche harte Verlängerung der Arbeitsgesellschaft offensiv vertreten wird. Dazu gehören vor allem Leute wie der gegenwärtige Innenminister Kanther und der Deutsche Bank-»Chefökonom« Norbert Walter aus dem Dunstkreis der hessischen »Stahlhelm«-CDU um Alfred Dregger, ebenso der rechte Flügel der CSU mit Stoiber und Gauweiler an der Spitze. Die damit keineswegs völlig identische Position der Kohl-Kamarilla neigt sich abgeschwächt in dieselbe Richtung.

Aber andererseits war es ausgerechnet das VW-Management, das in einer dramatischen Kehrtwende von sich aus die Initiative für eine drastische Verkürzung der Normalarbeitszeit ohne Lohnausgleich ergriff. Die nach langwierigen Verhandlungen gelungene Konzern-Vereinbarung mit dem Betriebsrat wird als Modell gehandelt, aber auch scharf angegriffen. Der unvermeidliche Norbert Walter dozierte, eine Belebung der Wirtschaft sei nur durch mehr und nicht durch weniger Arbeit möglich, und die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung sprach von einer Entscheidung gegen die Marktwirtschaft, während Arbeitgeberpräsident Murmann die Vereinbarung ebenso emphatisch lobte wie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Rainer Haungs. Noch stärker verschoben sind die Fronten in Frankreich. Dort war es ausgerechnet die konservative Regierung, die die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich gegen den heftigsten Widerstand der Linken (KPF und Sozialisten) bereits durchgesetzt hat. Die Gespaltenheit der SPD hierzulande zeigt sich z.B. daran, daß derselbe niedersächsische Ministerpräsident Schröder, der offenbar die VW-Regelung unterstützt, gleichzeitig, wie etliche seiner prominenten Parteigenossen, ein Propagandist des minderwertigen zweiten Arbeitsmarkts ist.

Diese Zwiespältigkeit hat Methode. Denn Gewerkschaften, Sozialdemokratie und traditionelle Linke sind durchaus nicht gemacht für eine Reform gegen die Logik der warenproduzierenden Arbeitsgesellschaft, sondern nur für eine Umverteilung innerhalb dieser Logik. In der endlich erreichten gemeinsamen Krise von »Arbeit« und »Kapital« entwickeln sie klammheimlich eine Tendenz, die von derjenigen der konservativen Hardliner nicht grundsätzlich verschieden ist. Schon die früheren Schübe von Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich beruhten keineswegs allein auf einer Umverteilung innerhalb des »deutschen Klassengegensatzes«, sondern indirekt auf einem gemeinsamen (natürlich nie thematisierten) Problem- und Kostenexport in die kapitalschwächeren Regionen des Weltmarkts. Nicht die »hohe

Produktivität« an sich ermöglichte den vollen Lohnausgleich des verminderten Arbeitsvolumens, sondern die dadurch erreichten Weltmarktgewinne auf Kosten der kapitalistischen Peripherie. Derselbe Mechanismus von Kosten- und Problemabwälzung auf Schwächere setzt sich jetzt fort, aber nicht mehr allein nach außen, sondern auch nach innen. Es wird Kräfte in den Gewerkschaften geben, die selbst zur Arbeitszeitverlängerung für elitäre Kernbelegschaften bei gleichzeitiger Abschiebung großer Bevölkerungsteile in die Armutsverwaltung bereit sind. Nur in der Einfärbung der unverbindlichen Sozialrhetorik würden sie sich dann noch von den Walters und Gauweilers unterscheiden.

Obwohl die harte und die weiche Option der systemimmanenten Krisen- und Arbeitszeitdebatte logisch diametral entgegengesetzt sind, ist durchaus auch ein Mischungsverhältnis zugunsten der harten Linie denkbar: nämlich die 4-Tage-Woche mit reduziertem Lohn punktuell für einige Weltmarktkonzerne plus zweiter Arbeitsmarkt und autoritäre Armutsverwaltung für die Masse der Herausgefallenen. Andererseits sind die Fronten verworren genug, um die Logik des alten Linksradikalismus ad absurdum zu führen, der bei scheinbar klaren Interessenfronten und Freund-Feind-Schemata den »Reformismus« wegen Inkonsequenz und Kollaboration innerhalb des Systemgegensatzes anzuklagen pflegte. Eine systemkritische, emanzipatorische Position müßte also jenseits des bisherigen »Linksseins« und quer zu den alten Fronten energisch für die gesellschaftspolitische Option einer allgemeinen radikalen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich eintreten (wobei die Höhe der Lohnkürzung und notwendige Differenzierungen bei den Lohngruppen natürlich verhandlungsfähig sind).

Freilich kann diese Option nur als »öffnend« für eine viel weiter gehende Auseinandersetzung verstanden werden, die über die systemimmanente Krisenbewältigungsstrategie hinausgeht. Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil sowohl die harte als auch die weiche Linie ökonomisch gleichermaßen illusionär sind. In beiden Fällen wird nämlich im großen Maßstab Binnenkaufkraft weggenommen; in Wolfsburg ist jetzt schon von drastischen Einbrüchen beim Einzelhandel die Rede. Ob er will oder nicht, der Kapitalismus beruht nun einmal längst auf dem fordistischen Massenkonsum. Die 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich wird so zwar einerseits krisenbremsend wirken und wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze sichern, andererseits aber postwendend die Krise wieder verschärfen durch eine Kettenreaktion der verminderten Nachfrage durch das ganze Spektrum von Konsum- und Investitionsgüterindustrien, Dienstleistungen und Staatskonsum. Sowohl die harte als auch die weiche Linie müssen daher auf einseitige Exportoffensiven setzen, und diese Absicht könnte sich unter den veränderten Weltmarktbedingungen gründlich blamieren. Der allgemeine Neo-Merkantilismus (mehr Export als Import bei Verminderung der Binnennachfrage und/oder Abkopplung eigener Bevölkerungsteile) löst überhaupt nichts, sondern transformiert das Krisenproblem bloß auf die globale Ebene, und dort wird der Crash umso härter ausfallen.

Der Kampf um die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich könnte also nur der Einstieg in eine neuartige Systemveränderung sein, die über die Logik von Erwerbsarbeit, Geldverdienen und fordistischem Konsum hinausführen muß. Ein Ansatz dazu wäre die Besetzung der gewonnenen »disponiblen Zeit« (Marx) nicht mit Freizeitkonsum, sondern mit Elementen von Selbstversorgung und Selbstverwaltung in vieler Hinsicht; also sozusagen die Entkoppelung einiger Lebens- und Reproduktionsbereiche von Ware-Geld-Beziehungen. Freiwillig, selbstverwaltet, kommunikativ und jenseits der abstrakten Arbeit wäre dies etwas völlig anderes als z.B. kommunale Zwangsarbeit unter bürokratischer Armutsverwaltung. In dieser Hinsicht ist ein kritischer Rückbezug auf verschüttete Ideen der frühen 80er Jahre (André Gorz z.B.) denkbar, dieim spekulativen Boom der »Reaganomics« und im falschen Siegesrausch der Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus aus der Mode gekommen waren.

Freilich steht jetzt – anders als bei Gorz – nicht mehr quasi ein Luxusmodell für »Aussteiger« zur Debatte, sondern die Existenzfrage in einer globalen Krisengesellschaft. Die früheren Modelle waren eben den Umständen entsprechend noch nicht krisentheoretisch reflektiert und ohne systematischen Bezug auf die Weltmarktvermittlung, sondern eher »soziologistisch« beschränkt. Deswegen ist heute auch die dauerhafte »friedliche Koexistenz« eines möglichen neuen Sektors jenseits von Ware-Geld-Beziehungen mit der kapitalistischen Erwerbsarbeit wenig wahrscheinlich. Unter dem sozialökonomischen und ökologischen Krisendruck steht kein beschränkter »Schrebergarten-Sozialismus« an, sondern vielmehr eine allgemeine Systemtransformation, für deren Entwicklung die »disponible Zeit« ohne monetäre Gratifikation ebenfalls Voraussetzung ist. Schon die Entkoppelung realer Ressourcen von der Logik der warenproduzierenden Arbeitsgesellschaft könnte nur unter Konflikten und Friktionen vor sich gehen, denn die bestehende Ordnung ist bis in das gesamte Rechtssystem und bis in die Poren des Alltags hinein von dieser Systemlogik bestimmt.

Deswegen geht es nicht nur um Reformen der Arbeitszeit und um die Besetzung des von der Marktwirtschaft aufgegebenen Terrains, sondern auch um eine radikale Veränderung der kulturellen Präferenzen. Kritik der Armut und Konsumkritik gehen nämlich durchaus zusammen. Während die konservative Verzichtsrhetorik die Massenarmut bewußt in Kauf nimmt, kann eine systemkritische Konsumkritik darauf verweisen, daß das Herunterdrücken wachsender Bevölkerungsteile an den Rand des Existenzminimums und andererseits das Weiterlaufen des infantilen fordistischen Freizeitkonsums (vom Mountainbike bis zum Ferntourismus) für die verbliebenen Beschäftigten nur die zwei Seiten derselben Medaille sind. Also Partei ergreifen für die alleinerziehenden Frauen oder für die arbeitslosen jungen Hausbesetzer (deren Tage keineswegs gezählt sind), und klar gegen den männlichen jungen Automobilarbeiter, der nicht auf sein schweres Motorrad und seinen Idiotenspaß verzichten will.

Übrigens war ja offenbar die Mehrheit der VW-Arbeiter durchaus dazu bereit, auf Konsum zu verzichten. Freilich mehr im Sinne eines Rückzugsgefechts um Arbeitsplätze als im Sinne einer gesellschaftspolitischen Option auf »disponible Zeit«. Ob diese Option sich entwickeln wird, ist ungewiß. In der natürlichen Fallinie des Systemprozesses liegt sowieso viel eher irgendeine Variante der harten Option auf den gesellschaftlichen Kriegszustand ohne Aufhebungsperspektive.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 11/93 über Boris Jelzins Arbeit an der Asiatisierung der Demokratie

Konkret 01/94, S. 27

Otto Köhler

Die Fünf-Minuten-Terrine

Nach Steffen Heitmanns Kandidatur ist die Republik nun reif für einen Bundespräsidentschaftsbewerber, der nicht nur stramm rechts ist, sondern dies auch verbindlich zu formulieren weiß

Steffen Heitmann mußte gehen, weil er den Eingeborenen des Anschlußgebietes ein ständiges Mahnmal dessen gewesen wäre, was Kohl von ihnen hält – verdientermaßen hält: Schließlich haben sie diesen Kanzler gewollt. Jetzt sind die Wessis dran: Roman Herzog, der kommende Kandidat, ist vollendeter, aber auch cleverer Ausdruck dessen, was die legitimen Bundesrepublikaner ausmacht. Clever – weil der Staatsrechtler und heutige Präsident des Bundesverfassungsgerichts genau weiß, wann esnötig ist, sich mal zu distanzieren. Als jetzt herauskam, daß sein akademischer Lehrer, der frühere bayerische Kultusminister Theodor Maunz (s. KONKRET 12/1993) jahrelang heimlich dem »Nationalzeitungs«-Verleger und Extremistenchef Gerhard Frey juristische Beihilfe insbesondere für seine »Deutsche Volksunion« geleistet hatte, da distanzierte er sich flugs: »Ich bin nicht nur wütend, sondern finde das ganz schlimm, und ich habe allen Grund, mich zu distanzieren.«

Stimmt, als Präsidentschaftskandidat muß er das bis zu seiner Wahl. Dabei weiß Herzog seit über vier Jahrzehnten, daß Maunz damals für Adolf Hitler noch weit mehr tat als später für Gerhard Frey. Herzog nahm keinen Anstoß daran, daß für den Verwaltungsrechtler Maunz der Wille des Führers oberstes Gebot war, daß er für ihn Krieg und Konzentrationslager rechtfertigte. »Im übrigen«, so sprach der akademische Lehrer Maunz zu seinem Schüler Herzog, »gilt in unserem Beruf der Grundsatz: die Meinung des Gegners gering achten.« Der eifrige Schüler: »Ich habe mich danach gerichtet und bin nicht schlecht damit gefahren.« Herzog legte dies Geständnis in der Festschrift zu Maunzens Achtzigstem ab, 1981 – da war er schon Innenminister von Baden-Württemberg und drosch auf den Gegner ein, so fest er nur konnte.

Lehrvater und Grundgesetz-Mitausleger Maunz, vor dem ihm nun öffentlich gruselt, blieb zu Lebzeiten stets der Mann, vor dem er Diener machte: »Solange er Minister war (von 1957 bis 1964, O.K.), war es verständlicherweise nicht einfach, ihn – und sei es auch nur telefonisch – zu erreichen. Aber es gab fast jeden Tag eine Zeitnische, zu der es möglich war, zwischen 7.40 Uhr und 7.45 Uhr – um 7.40 war er mit dem Frühstück fertig und um 7.45 Uhr holte ihn der Cheffahrer Fischer ins Ministerium ab.«

Täglich fünf Minuten – das reichte, den angehenden Juristen Roman Herzog zuzubereiten: »Ich habe mit ihm in dieser täglichen Zeitnische wahrscheinlich Hunderte von Gesprächen geführt, über Institutsangelegenheiten, über Probleme des Kommentars, über Fragen seiner Vorgerücktenübung und seines Seminars, über meine eigenen Probleme.« Wahrscheinlich ist es Maunz zu danken, daß die »Deutsche Nationalzeitung« sich schon vor Herzogs Amtsantritt in Karlsruhe kräftig für diesen engagierte. Das Alt-und-Neonazi-Blatt konnte sich 1982 »an der Spitze des höchsten deutschen Gerichts keinen geeigneteren Fachmann als Prof. Herzog« vorstellen. Der Fachmann revanchierte sich, indem er unverzüglich festlegte, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 juristisch noch immer fortbestehe und deshalb eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze abzulehnen sei.

Und so wird der neue Frey-Günstling – wenn Kohl in der Bundesversammlung siegt – auch der passende Anti-Bürgerpräsident für den – danke, Scharping! – großen Lauschangriff der neunziger Jahre. Für den Datenschutz des Einzelbürgers vor der Allmacht Staat hatte er schon vor zwölf Jahren als Stuttgarter Innenminister ein lediglich begrenztes Verständnis. 1981 klagte die badenwürttembergische Datenschützerin Ruth Leuze, »daß gerade die Stelle der Landesverwaltung, die Kraft ihres Auftrags meine Arbeit am meisten unterstützen müßte, dies am wenigsten tut«. Sie meinte damit die Herzog unterstellte Abteilung »Verfassung und Recht«, der er den Rücken stärkte. »Realitätsfern und nicht praktikabel« seien die Vorstellungen der Datenschützerin, wütete Herzog und drohte, er sei »kein Anhänger des Nachtwächterstaates«.

1981 hat Herzog als noch wenig bekannter Stuttgarter Innenminister die 144 Mitglieder des CDU-Bundesausschusses auf strammen Atomraketenkurs festgelegt. Überhaupt ist er der richtige Mann für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr – gegen jegliche Friedensbewegung, die ihm stets nur eine »sogenannte« war. So fuhr er schon immer die schärfsten Waffen gegen sie auf, nicht einmal vor Hartgummigeschossen gegen Friedensdemonstranten schreckte er zurück. Ihm vor allem haben es die Demonstranten von Mutlangen zu verdanken, daß sie noch ein Jahrzehnt nach ihren Blockaden gegen Raketendepots von Richtern und Gerichtsvollziehern verfolgt wurden.

Herzogs Motto war stets »Polizeieinsatz stärkt den Rechtsstaat« – jedenfalls dann, wenn er nach links knüppelt. Jeder Schlag eines Polizisten sollte, so verlangte er, vom Opfer auch noch bezahlt werden. Und zugleich sorgte er in seinem Herrschaftsgebiet Mutlangen dafür, daß prominenten Raketenblockierern wie Böll, Eppler und Hochhuth nicht angetan wurde, was einfachen Demonstranten geschah. Er wolle jenen, so formulierte er, »nicht den Gefallen tun«, sie vor aller Augen aus dem Fernsehbild zu tragen.

Der Familiensinn des Kandidaten wird insbesondere die Ausländer-Raus-Freunde erfreuen: Als Innenminister ordnete er schon Anfang der achtziger Jahre an, eine verheiratete indonesische Studentin, die ein Kind erwartete, auszuweisen. Grund: unerlaubter Familiennachzug per Uterus.

Am Widerstand eines Bundespräsidenten Herzog wird die sicherlich bald unvermeidliche Wiedereinführung der Todesstrafe nicht scheitern. Schon 1966, im »Evangelischen Staatslexikon«, formulierte er gegen den eindeutigen Wortlaut der Verfassung: »Ein Verbot, die Todesstrafe durch Verfassungsänderung wieder einzuführen, besteht nicht.« Das Grundgesetz, fachsimpelte Herzog, verbiete die Todesstrafe lediglich als Strafe, es verbiete jedoch nicht »die Tötung zum alleinigen Zweck der Sicherung der Gesellschaft vor dem Täter«. Und – noch fachsimpler – über den Grundgesetzartikel 102, der die Todesstrafe abschaffte: »Ob darüber hinaus ganz allgemein die planmäßige Tötung namentlich bestimmbarer Personen mit Artikel 102 unvereinbar ist«, sei »bisher nicht geklärt«. Nazirecht bricht Grundgesetz – von einem Maunz-Schüler ist anderes nicht zu erwarten.

Seinen Ausführungen in dem gemeinsam mit Maunz herausgegebenen Grundgesetz-Kommentar hatten es die Neonazis zu danken, daß sie ziemlich unbehelligt Organisationen zum Wiederaufbau der NSDAP bilden konnten – entgegen Artikel 103 Grundgesetz, der festlegt, daß die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus« erlassenen Rechtsvorschriften nicht abgeschafft werden dürfen. Herzog fand einen besonders eleganten Dreh. Weil das Grundgesetz »allen totalitären Welt- und Staatsauffassungen ablehnend-kämpferisch« gegenüberstehe, gebe es in ihm keinen Platz für eine »Sondervorschrift nach rechts« – und schon lag der Grundgesetz-Artikel 139 im Papierkorb.

Die bundesdeutsche Spielart von Demokratie begann mit Theodor Heuß, der sich zum Bundespräsidenten wählen ließ, nachdem er sechzehn Jahre zuvor als Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz für Hitler ausdrücklich zugestimmt hatte. Wohin wird sie mutieren, wenn jetzt ein Grundgesetzkommentator und oberster Verfassungsrichter Bundespräsident wird, der vorsätzlich und in mutmaßlicher Kenntnis der Folgen das Verbot der NSDAP aus der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland entfernte?

Otto Köhler schrieb in KONKRET 12/93 einen Nachruf auf Theodor Maunz

Konkret 01/94, S. 28

Oliver Tolmein

Ende des Kollektivs

Die Celler RAF-Gefangenen sind mit einem Versuch gescheitert, über den Anwalt Christian Ströbele und Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter Druck für ihre Freilassung zu machen. In dem erbittert geführten Streit zwischen verschiedenen Gruppen der Gefangenen und der RAF um diese Initiative treten die nicht ausgetragenen Differenzen über die Geschichte der RAF, die Strategie des Kampfes für die Freilassung und die Möglichkeiten linker Politik in der BRD zutage

Jahrelang gab es wohl keine politische Gruppe in der Bundesrepublik, die sorgsamer auf eine einheitliche Linie und kollektive Strukturen bedacht war als die Gefangenen aus der RAF bzw. die RAF selber. Das hatte seinen Grund in der politischen Geschichte der Gefangenen und der Militanten draußen: Wer sich in den bewaffneten Kampf begibt, weiß, daß es kaum einen Weg zurück geben wird, weiß auch, daß unbedingtes Vertrauen und ein besonders hohes Maß an Übereinstimmung Voraussetzung für erfolgreiche Aktionen sind. Ein weiterer Grund liegt in den äußerst restriktiven Haftbedingungen, in der rücksichtslos durchgesetzten Isolation: Die Vereinzelung mußte, wo es nur vorstellbar erschien, durchbrochen werden – wenn schon nicht tatsächlich, dann wenigstens politisch, wollte man sich und die eigenen Ziele nicht preisgeben.

Für die Weiterentwicklung der eigenen Positionen, vor allem aber für die politische Auseinandersetzung mit linksradikalen Gruppen und einzelnen Leuten, war dieser unbedingte Kollektiv-Anspruch fatal: Er verstärkte die Abschottung, die durch die materiellen Voraussetzungen ohnedies gegeben war. Dieses Oszillieren von Gefangenen und RAF zwischen Selbsterhalt und Avantgarde-Anspruch machte vielen Gruppen draußen die Distanzierung, an der sie teilweise auch aus ganz anderen Gründen Interesse hatten, leicht; anderen erschwerte es die Solidarisierung (vor allem mit dem Kampf gegen die Haftbedingungen). Eine produktive politische Auseinandersetzung zwischen drinnen und draußen entwickelte sich so nicht (sie war wahrscheinlich auch nur von wenigen gewollt). Aber auch der Staatsapparat erreichte sein Ziel nicht: die Selbstaufgabe der Gefangenen und die Zerstörung der RAF. Diese und die Gefangenengruppe mußten allerdings ebenfalls Niederlagen einstecken: Eine nennenswerte Zahl von Aktiven hat die militante Gruppe vor allem Anfang der achtziger Jahre verlassen, etliche Gefangene sind aus dem Kollektiv ausgeschert, haben mühsam einen anderen linksradikalen Weg gesucht, weitere haben ausgesagt und abgeschworen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die öffentliche Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gefangenen und der RAF an Bedeutung. Es geht in ihr zwar auch, aber nicht »nur« um den Spaltungsprozeß einer weiteren linksradikalen Gruppe. Es geht um eine Phase von Politik und Praxis der gesamten revolutionären und ehemals revolutionären Linken, eine Phase, die von 1977 bis Bad Kleinen reicht.

Die von den Celler Gefangenen initiierten Gespräche zwischen Rechtsanwalt Christian Ströbele und Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter sind zwar Anlaß, aber nicht Ursache des offenen Bruchs. Daß Ströbele zur Vorbereitung seines Treffens mit Reuter auf eigene Faust auch mit dem für »Aussteiger«-Programme verantwortlichen Verfassungsschutzbeamten (Tarnname »Benz«, s. KONKRET 3/93) gesprochen hat, um von ihm zu erfahren, wie seine Behörde den Anschlag auf Weiterstadt beurteilt, hat die Situation zusätzlich zugespitzt. Die Widersprüche, die sich an der Idee und der Umsetzung dieser Initiative entzündet haben, geben jedenfalls Aufschluß über die gesamte angespannte Situation.

Die Celler Gefangenen haben angesichts des Stillstands in den Bemühungen um die Freilassung der politischen Gefangenen versucht, selbst eine Entwicklung anzustoßen, von der sie eigentlich gehofft hatten, daß sie von Gruppen und Leuten draußen aus eigenem Antrieb auf den Weg gebracht werden würde. Sie haben Christian Ströbele, der seit vielen Jahren als Anwalt für verschiedene Gefangene tätig ist und der als Grünen-Politiker einen Namen hat, gebeten, sowohl Kontakt mit Ignatz Bubis aufzunehmen, um weitere gesellschaftliche Kreise in die Bemühungen um die Freilassung der politischen Gefangenen einzubeziehen, als auch – und dies ist wohl bedeutsamer, auf jeden Fall aber folgenreicher gewesen – Gespräche mit Edzard Reuter, dem Konzernchef von Daimler-Benz, zu führen, damit dieser auf die Bundesregierung einwirke, die Gefangenen freizulassen und damit eine erneute Eskalation des bewaffneten Kampfes zu verhindern. Es sei darum gegangen, schreibt Karlheinz Dellwo, »Druck (zu) machen in den Reihen der Gegenseite«. Der Konzernchef sollte die Bundesregierung bewegen, Schritte in Richtung auf Freilassung zu unternehmen. Das Druckmittel der RAF war wohl, auch wenn das niemand offen ausspricht, die Drohung mit neuerlichen Attentaten gegen Personen. Der Anschlag auf den Hochsicherheitsknast Weiterstadt dürfte unterstrichen haben, daß die RAF dazu weiterhin in der Lage ist. Karlheinz Dellwo betont in seinem Brief an Brigitte Mohnhaupt zwar, daß er Ströbele klargemacht habe, »daß er nicht in unserem Namen reden kann, daß er nicht verhandelt, keine Zusagen macht oder sonst etwas« – tatsächlich hatte der Grünen-Politiker aber aufgrund der Vorgeschichte dieses Treffens einen anderen Status, so, als wäre er tatsächlich von sich aus, lediglich als »jemand, der die ganze Geschichte von Anfang an kennt«, zu Reuter gegangen.

Die erbitterten Reaktionen auf diesen, wie sich gezeigt hat, erfolglosen Vorstoß resultieren vor allem daraus, daß die Celler Gefangenen, was sie mittlerweile selbst für einen Fehler halten, ganz bewußt keine Rücksprache mit anderen Gefangenen gehalten haben – offensichtlich nicht einmal mit den in Lübeck gefangenen Frauen, die ihnen, auch aufgrund der

gemeinsamen Geschichte (Hanna Krabbe war, wie Dellwo und Taufer, an der Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm beteiligt), politisch näher stehen als z.B. Brigitte Mohnhaupt oder Christian Klar. Sie wollten so verhindern, daß die Initiative bereits im Vorfeld abgelehnt würde. In einer Situation, in der sich Einschätzungen und Perspektiven ohnedies auseinanderentwickelten, mußte das als Affront erscheinen und nicht nur als Formfehler. Zumal die Initiative nicht von irgendwem kam, sondern von den wenigstens in einer Kleingruppe zusammengelegten Celler Gefangenen, die im Vergleich zu den meisten anderen Gefangenen aus der RAF entspanntere Haftbedingungen und vor allem im Gegensatz zur restlichen Gefangenengruppe (mit Ausnahme der Lübecker Frauen) seit etwa anderthalb Jahren die Möglichkeit haben, mit Journalisten zu reden und Interviews zu geben. Durch dieses Privileg konnten sie die politische Außenwirkung des Kollektivs massiv beeinflussen, was angesichts der existierenden Widersprüche bei ihren Genossinnen und Genossen schon seit einiger Zeit zu Mißtrauen und gereizten Briefwechseln geführt hat. Entsprechend scharf fiel deren Reaktion aus: Der Gesprächsversuch, der nach dem Anschlag von Weiterstadt gestartet worden war und der spätestens mit Bad Kleinen restlos gescheitert ist, wurde von Brigitte Mohnhaupt im Namen der anderen Gefangenen als »Deal« bezeichnet, der beinhalte, »daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen«. Zusammen mit der berechtigten politischen Kritik brach über die Celler Gefangenen ein Gewitter aus Zurechtweisungen, Unterstellungen und polemischen Anmerkungen herein. Birgit Hogefeld und die RAF draußen, die an der Reuter-Initiative nicht beteiligt waren (die RAF hat allerdings im nachhinein erklärt, die Versuche hätten »nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen« gestanden), wurden dabei gleichermaßen unerbittlich angegangen: »Ihr wollt zurück ins System«, attestiert beispielsweise Heidi Schulz in einem Brief an Birgit Hogefeld der RAF; »wir haben gesehen, wohin der Prozeß der politischen Selbstentwaffnung geführt hat«, resümiert Eva Haule in einer Erklärung die Entwicklung der RAF – »ihre einzigen Signale sind Populismus und ›Vergeltung‹«. Die RAF ihrerseits reagiert in ihrer Erklärung vom 2. November – der Jahrestag der Schüsse an der Startbahn kann nichts Erfreuliches bringen – ähnlich gereizt: »Wenn Ihr denkt, daß die Existenz der RAF Eurer Freiheit entgegensteht und Ihr mit der Erklärung vom 28.10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben – dann solltet Ihr das auch so offen sagen.«

Während der Tonfall und die gegenseitigen schweren Vorwürfe den Ein-druck erwecken, es gehe hier um den »Verrat« einer Gruppe an der anderen, steht tatsächlich die Frage nach dem Verhältnis von bewaffnetem Kampf und Freilassung der Gefangenen im Mittelpunkt des Streits. Die RAF selber argumentiert – wie auch die Celler Gefangenen und Birgit Hogefeld – überwiegend pragmatisch und taktisch: In einer Situation wie der augenblicklichen, in der es keine revolutionäre »Zentralperspektive« mehr gebe, sei der bewaffnete Kampf ein legitimes Mittel, auch bestimmte taktische Ziele, z.B. die Freilassung der Gefangenen, durchzusetzen. Im übrigen habe die RAF auch in früheren Phasen, vor allem 1977, versucht, »Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt« (Erklärung vom 2.11.).

Die Gefangenengruppe setzt dagegen: »Die Entscheidung darüber, ob die RAF bewaffnet angreift oder nicht, und noch weitergehend, ob sie als illegale bewaffnete Organisation weiterexistiert oder nicht, wird dem Staat in die Hände gelegt... Unsere Geschichte, die Politik der RAF und unser Widerstand in den Gefängnissen werden zum Gegenstand eines Deals gemacht. Die bewaffnete Aktion ist dann auch nur noch ein Mittel dafür. Da springen wir raus ... Ein taktisches Verhältnis zu Menschenrechten ist für mich nicht akzeptabel! Das spricht aber daraus, wenn die Frage der Behandlung von politischen Gefangenen an die Existenz und Praxis linksradikaler Opposition draußen geknüpft wird. Unausgesprochen wird damit dem Staat das Recht eingeräumt, politische Gefangene als Geiseln in Isolationshaft endlos festzuhalten.« (Eva Haule, Erklärung vom 23.10.)

Die Argumentation Eva Haules weist auf ein Dilemma hin, das von den Gefangenen auch früher schon öffentlich benannt worden ist: Die Verknüpfung zweier grundsätzlicher Probleme – die Situation der Gefangenen aus der RAF und die Frage, ob und wie militanter Widerstand hierzulande geleistet werden kann oder soll – ist falsch und gefährlich. Die aktuelle Situation ist anders als 1977, als es zwar ebenfalls um die Freilassung der Gefangenen ging – damit aber gleichzeitig, zumindest in den Augen der RAF, die Machtfrage gestellt worden war: Die radikale Linke befand sich damals, vor der vollendeten Integration weiter Teile in das System, vor der Restauration des Deutschen Reiches und vor dem Abschluß des Paradigmenwechsels der revolutionären Stimmung zur »5 vor 12«-Paranoia, an einem gänzlich anderen Punkt. Die RAF wollte in dieser Phase die Gefangenen befreien und dann den bewaffneten Kampf weiterführen (auch wenn die Freigelassenen nicht wieder in die Illegalität gegangen wären), die RAF heute will die Freilassung der Gefangenen erreichen, um dann eine neue Perspektive entwickeln zu können, in der es die RAF, wie es sie bis dahin gab, voraussichtlich nicht mehr geben würde.

Dieser Unterschied ist evident – trotzdem ist es etwas überraschend, wenn Eva Haule in ihrer Prozeßerklärung vom 4. November der RAF, die auch aktuell ein klares und wünschenswertes Ziel verfolgt, vorhält, sie betreibe mit dem Anschlag auf Weiterstadt und ihrer Drohung gegen Repräsentanten des Systems einen »von jeder politischen Bestimmung entleerten Aktionismus«. Hier bestimmt eine aggressive Schärfe den Ton der Kritik, die völlig unangemessen ist, solange es nicht zu einer Aufarbeitung der Geschichte der RAF kommt, die in die heutige Situation geführt hat. Den schärferen Bruch mit jeder emanzipatorischen revolutionären Position stellen die auch von der RAF verantwortete Entführung einer

Urlaubermaschine nach Mogadischu und die Ermordung des US-Soldaten Pimental dar. Ähnlich fragwürdig ist auch Brigitte Mohnhaupts These, Gefangene und RAF hätten jetzt »den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen in unserer Politik weggekippt wurden«, die in ihrer für die meisten Gefangenen verfaßten Erklärung von Ende Oktober nachzulesen ist. Das klingt nicht nur eigenartig verschwörungstheoretisch, da schwingt auch eine Heroisierung und Mystifizierung der RAF-Politik bis zu jenem Zeitpunkt mit, die ahistorisch und moralisch nicht zu halten ist.

Ähnlich kurzschlüssig scheint es, den Versuch, die Guerilla-Politik so, wie sie bisher stattfand, mit einer Freilassung der Gefangenen zu beenden, umstandslos als »Abwicklung« zu diffamieren. Zwar erscheint dieser Versuch unrealistisch, es gibt aber Beispiele, die zeigen, daß eine Legalisierung der Guerilla nicht notwendigerweise eine opportunistische Anpassung ans System zur Folge haben muß. Der RAF heute ist auf jeden Fall hoch anzurechnen, daß sie damit begonnen hat, die eigenen Erfahrungen und Perspektiven zu thematisieren und kritisch aufzuarbeiten – mögen die Analysen auch unzureichend sein und die Ergebnisse nicht allen gefallen. An die Stelle empörter Vorwürfe müßte dringend die politische Analyse und Kritik, eine eigene Auseinandersetzung mit der Praxis und Geschichte der RAF, treten.

Die aktuelle Entrüstung der Gefangenengruppe wirkt auch deswegen irritierend, weil sie selber genau diese Verknüpfung von »Zäsur im bewaffneten Kampf« mit dem Ziel der »Freilassung« offensichtlich kurzzeitig für sinnvoll gehalten hat. Das ist sowohl Irmgard Möllers Text vom 15. April 1992 zu entnehmen, der den Schritt der RAF im Namen aller Gefangenen begrüßt, als auch Helmut Pohls Text vom August 1993, in dem es heißt: »Wir wußten, daß wir dafür (gemeint ist die Zäsur und eine Neuzusammensetzung der Linken, O.T.) nur einen engen Zeitraum des Übergangs im Umbruch haben, weil dann die Auswirkungen des Umbruchs voll herausgekommen sein werden und daß dann gesellschaftlich und politisch soviel an neuem Überlebenskampf... aufbricht, daß davon die politische Möglichkeit dafür erdrückt wird und es damit auch für eine Lösung unseres Gefangenenproblems zu spät ist.«

Die RAF-Papiere und Aktionen geben im übrigen auch eine etwas andere als die von Eva Haule und anderen vorgegebene Interpretation her. Die RAF hat im Frühjahr 1993 mit ihren Aktionen und Erklärungen versucht, den Staat dazu zu zwingen, die Gefangenen rauszulassen. Die neuerliche militante Aktion, nicht als Anschlag auf Menschen, sondern auf einen Knast, erschien der Gruppe offensichtlich als vorletzte Chance zur Verbesserung der Situation. Auf das letzte Mittel, ein Attentat, hat sie verzichtet. So gesehen zielte die RAF nicht darauf, einen »Deal« zu machen, sondern darauf, ein ansonsten als problematisch erkanntes Mittel noch einmal für ein eng begrenztes Ziel einzusetzen. Die bittere Ironie ist, daß der Anschlag auf Weiterstadt RAF und Gefangene der Freilassung kein Stück näher brachte, dafür aber erreichte, daß seit langem erstmals wieder auch in Nicht-Sympathisanten-Kreisen eine gar nicht so klammheimliche Freude aufkommen konnte.

Zu kritisieren wäre jedenfalls nicht der »Deal« oder gar, sehr pathetisch, der Verrat an Geschichte und Politik der RAF, die nicht stattgefunden haben, sondern die Grundlage, auf der sie ihre Politik draußen in den letzten Monaten entwickelt hat. Ein schwerer Fehler der RAF war es, die eigene Zäsur im bewaffneten Kampf durch die Wahl des Zeitpunkts und eine wenig präzise Erklärung mit der Kinkel-Initiative zu verknüpfen. Statt Druck zu machen, wurde damit die Situation für den Staatsapparat entspannt, Kinkels Nullösung erfuhr die erhoffte Aufwertung und bestimmte von Stund an die Diskussion. Der grundlegende Schritt der RAF erschien nur noch als taktische Reaktion auf die Vorgabe des Bundesjustizministers. Die außerparlamentarische Mobilisierung wurde damit erheblich erschwert, die richtige Einschätzung der RAF, die eigenen Ziele müßten auch künftig gegen die Herrschenden erkämpft werden, wurde von dem Eindruck verdeckt, die wichtigen Weichen seien bereits gestellt, alles weitere geschehe fast von selbst. Die in der Kinkel-Initiative enthaltene propagandistische Unterstellung, der Staat sei versöhnlich gestimmt und nicht auf Vernichtung aus, dominierte die Debatte und ließ der Forderung von RAF und Gefangenen – »Alle 40 müssen raus!« – keine Chance. Die öffentliche Fixierung auf die Kinkel-Initiative, die es trotz anderslautender Beteuerungen bei der RAF und bei den Gefangenen gegeben hat, liegt außerdem, anders als es in der momentanen Kontroverse erscheint, in der traditionellen Logik der Politik der RAF: Schon zu Gründungszeiten war der Kampf gegen den Staatsapparat und »das Kapital« prägendes Element, der Blick war ziemlich starr auf dessen Repräsentanten gerichtet. Die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und der legal kämpfenden Linken spielte dagegen eine immer geringere Rolle.

An diesem Punkt müßte eine grundsätzliche, die historischen Erfahrungen einbeziehende Kontroverse ansetzen. Schließlich ist nicht nur die RAF mit ihrer militärischen Avantgardepolitik gescheitert. Auch Kommunistinnen und Kommunisten, die bei den Grünen und in Alternativen Listen systemoppositionelle Politik machen wollten, oder Autonome, die in sozialen und weniger sozialen Bewegungen breite und schmalere Bündnisse gesucht haben, haben keine Erfolgsbilanz aufzuweisen. So wenig wie die Frauenbewegung, die zeitweilig wohl die größten Erfolge hatte, sich derzeit auf dem Weg zu einem erreichbaren Ziel befindet.

Bemerkenswert ist immerhin, daß die Überlegungen der Gefangenen aus der RAF zwar einheitlich gegen die Celler, Birgit Hogefeld und die RAF draußen argumentieren, aber was das Verhältnis von revolutionärem Kampf und Gesellschaft angeht, Überlegungen enthalten, die in ganz unterschiedliche Richtungen weisen. Christian Klar z.B. fordert in einer

Erklärung vom 16. Oktober: »Man müßte dagegen (gegen die ›Rückkehr in die Gesellschaft‹) die bewußte Entscheidung für das Konzept einer Politik der bewußten Minderheit und der Verankerung im Emanzipationsprozeß der Weltmassen erneuern.« Damit vollzieht er einen bemerkenswerten Brückenschlag zwischen Positionen der »Radikalen Linken«, die sich als »Kraft der Negation« versteht, und einer internationalistischen Fraktion der Autonomen, die auf die Marginalisierten als revolutionäres Subjekt setzen – ohne etwas über die dem zugrundeliegende Auswertung konkreter Erfahrungen und Analysen zu berichten. Eva Haule dagegen setzt auf eine Zusammenarbeit mit »antifaschistischen und fortschrittlichen Menschen hier, die außerhalb des traditionellen linken Spektrums arbeiten« – und es bleibt unklar, ob damit z.B. neue Konstellationen, wie sie zum Teil in der Anti-»Euthanasie«-Debatte entstehen, gemeint sind, oder ob daraus eher das traditionelle Bündnispolitik-Konzept spricht. Interessant zu wissen wäre auch, worin sie sich von den Celler Gefangenen unterscheidet, die mit dem Kontaktversuch zu Ignatz Bubis ähnliche Überlegungen verbunden haben dürften.

Gerade die jüngste Entwicklung sowie die Erfahrungen der Gefangenengruppe und der RAF bieten auch einigen Stoff für eine Diskussion über das Verhältnis von Individuum, Kollektiv und Klasse in der radikalen Linken: Daß Christian Klar sich zustimmend auf einen Autor wie Heiner Müller bezieht, ist ebenso überraschend wie das abfällige Urteil in einigen der aktuellen Erklärungen, die RAF und auch Birgit Hogefeld betrieben mit ihren öffentlichen Erklärungen und Briefen »Reintegrationsversuche in die Szene« (Rolf Heißler) oder gar die »Anpassung an die Beliebigkeit der Szenestrukturen«. In diesen und anderen Debatten, die, wenngleich ein wenig versteckt, in den aktuellen Briefen und Erklärungen stecken, wird es ein Kollektiv »die Gefangenen aus der RAF« nicht mehr geben. Das mag für die Gruppe selber bitter sein, eine Katastrophe ist es nicht. Wichtig allerdings ist, daß auf die jahrelang offensichtlich nur unter schwersten Restriktionen – der Staatsschutz hört und liest mit – nichtöffentlich geführte Auseinandersetzung jetzt nicht eine Phase öffentlicher Wutausbrüche und Denunziationen folgt. Denn alle Gefangenen aus der RAF haben in den letzten Monaten dadurch, daß sie sich nicht von ihrer Geschichte distanziert und den provokativen Anforderungen an ein Entlassungsverfahren (psychiatrische Begutachtung) unterworfen haben, die Basis dafür gelegt, auch noch weitere Jahre keinen Platz »im Reich«, »im System« oder sonstwo zu haben, sondern im Knast. Unter Bedingungen, die schlagartig – und zwar für alle – lebensbedrohlich werden können: Die Zwangsmaßnahmen, die am 11. November gegen Hanna Krabbe, Christine Kuby und Irmgard Möller in Lübeck ergriffen worden sind, weil, wie die »Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus« (KGT) lancierte, die Gefangenen aus der RAF angeblich für diesen Tag einen »kollektiven Selbstmord« geplant hätten, sprechen eine deutliche, an 1977 erinnernde Sprache. Und auch die Totalisolation von Birgit Hogefeld, die in der JVA Bielefeld-Brackwede nicht einmal Einzel-Hofgang hat, solange sie nicht ein Papier unterschreibt, in dem sie erklärt, keine Kontaktversuche zu anderen Gefangenen aufnehmen zu wollen, dokumentiert unübersehbar, wie der Staat künftig zu verfahren gedenkt.

Eines jedenfalls macht die aktuelle Auseinandersetzung auch deutlich: Eine sinnvolle Kontroverse verlangt auf Dauer andere Haftbedingungen. Eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte von so unterschiedlichen Punkten aus muß zwar begonnen, sie kann aber ohne direkten Kontakt zueinander nicht zu Ende geführt werden. Die Verantwortung, hier Impulse zu geben und die Stagnation der letzten anderthalb Jahre zu beenden, liegt draußen – eine Parteinahme in der jetzt losgebrochenen, über weite Strecken intern anmutenden, mit vielen Verweisen auf draußen unbekannte Briefe und alte Querelen gespickten Debatte ist dagegen sicher von untergeordneter Bedeutung.

Oliver Tolmein hat gerade ein Buch über die »Euthanasie«-Debatte veröffentlicht: »Wann ist der Mensch ein Mensch?« (Hanser)

Konkret 01/94, S. 31

Hermann L. Gremliza

Nichts wie raus!

Der deutschen Bourgeoisie Justiz hat sich – ungern und gewiß nicht unwiderruflich, aber doch – im Laufe ihrer jüngsten Geschichte auf einige Mindeststandards für den Umgang mit ihren Opfern verpflichten lassen: Gefangene werden nicht gefoltert, Todkranke sind zu entlassen, die Gefangenschaft dauert fünfzehn Jahre. Ausnahmen von dieser letzten Regel erlaubt sie sich, wenn sie konkrete Anhaltspunkte für die Prognose hat, der Delinquent werde seine Freilassung zur Verübung weiterer Straftaten nutzen.

In wie vielen Fällen die Justiz diese Standards nicht einhält, ist unbekannt; keiner fragt sie, und ungefragt sagt sie nichts. Im Falle der Gefangenen aus der RAF jedoch gibt sie durch Taten kund, daß sie ältere Umgangsformen nicht verlernt hat. Sie hat Kranke im Gefängnis zu Tode behandelt, ihre Haftbedingungen für die politischen Gefangenen haben der Bundesrepublik einen Stammplatz im Beschwerdekatalog von Amnesty International gesichert, und die Dressurnummern, die sie von denen verlangt, die nach fünfzehn, sechzehn, siebzehn, achtzehn, neunzehn, zwanzig Jahren endlich rauswollen, könnten sich in jedem Psychokrimi sehen lassen. Es heißt nicht, diese Untaten der Justiz zu relativieren, wenn dennoch gesagt wird, womit ihr die Gefangenen und ihre engeren und weiteren Genossen das Geschäft erleichtert haben:

· Das Angebot der RAF vom Frühjahr 1992, ihre »Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat einzustellen«, wenn dafür die kranken und über die Zeit einsitzenden Gefangenen entlassen und die übrigen zu größeren Gruppen zusammengelegt würden, hätte zumindest vorausgesetzt, daß die RAF bereit und fähig gewesen wäre, widrigenfalls eine Serie terroristischer Anschläge durchzuführen, bis die übriggebliebenen führenden Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat es sich anders überlegt hätten. Weil aber die Bedrohten sich auch dann nicht besonnen hätten, wenn die Drohung nicht eine erkennbar leere gewesen wäre, hat das Angebot, wie Eva Haule schreibt, nur »die Frage der Behandlung von politischen Gefangenen an die Existenz und Praxis linksradikaler Opposition draußen geknüpft« und damit dem Staat »unausgesprochen das Recht eingeräumt, politische Gefangene als Geiseln in Isolationshaft endlos festzuhalten«.

· Im quälenden Bemühen, ihren Wunsch nach Entlassung nicht als Verrat und das Angebot der RAF nicht als Kapitulation erscheinen zu lassen, haben sich die in Lübeck und mehr noch die in Celle Gefangengehaltenen zur gleichen Zeit eine »Kontinuität« ihres »Kampfes« vor und nach dem Knast zusammengereimt, die den Bütteln viele Anhaltspunkte für ihre gewollt ungünstigen Prognosen lieferte. Einer der Gefangenen hat auf die Frage: »Würde es die RAF, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weiterhin geben und als was?« damals geantwortet: »Das kann man heute nicht sagen. Das ist ein offener Prozeß.« Es blieb dann beim geschlossenen Vollzug.

· Im offenbar ungebrochenen Glauben, die RAF hätte den Herrschenden doch so etwas wie eine Occasion zu bieten, haben die Celler Gefangenen 1993 einen Boten zum Chef des größten deutschen Konzerns geschickt, um ihn mit einer Zukunft zu locken, in der er und seine Kollegen, wenn sie den Staat doch noch zur Vernunft des RAF-Angebots brächten, einmal wieder ohne Leibwächter durch den Stadtwald joggen könnten – einer Zukunft, die die RAF längst nicht mehr zu verkaufen hat, denn die Gefahren, die den führenden Repräsentanten drohen, gehen nicht so sehr von deutschen Guerilleros aus als von den Rächern derer, die deutsches Kapital weltweit täglich enterbt. Und träte die RAF geschlossen dem Malteser Hilfsdienst bei: Ohne Leibwächter kommen die Herrschaften nie mehr aus.

Was also wäre, nachdem all dies so gründlich gescheitert ist, zu tun?

Die Gefangenen, die raus wollen, sollten ermutigt werden, alle ihnen selber eben noch erträglichen Erklärungen abzugeben, die ihrer Freilassung dienen, und sich allen politischen Schmus zu sparen, der doch nichts bedeutet als die Verbrämung einer – für so viele: im Wortsinn – vernichtenden Niederlage.

Die Mitrevoluzzer von einst aber, die nur malten, was jene taten, müßten nun, da sie etwas geworden sind: Minister, Land- und Stadtrat, Bürgermeister, Präsidentenbegleiter, Literaturpreisträger, Talkshow-Stammgast, endlich ihr auch auf Kosten ihrer Genossen von gestern gewonnenes Renommee nutzen, um ihren Freunden von heute zu sagen: daß endlich Schluß sein muß mit den Mißhandlungen und alle, die den »bewaffneten Kampf« aufgeben, wie andere Delinquenten nach zwei Dritteln der Haftzeit (bei Lebenslänglichen nach fünfzehn Jahren) freizulassen sind. Daß jedoch sie, die einstigen Kulturrevolutionäre, Internationalisten, Streetfighter, Stadtindianer, Maoisten, wenn nicht zum Zeichen staatlicher Besinnung die Lübecker Frauen und die Celler Männer bis spätestens zum 1. Mai 94 heraus sind, bereit seien, dem neuen Deutschland peinlichste Veranstaltungen zu bereiten: ein internationales Tribunal, Klagen vor europäischen Gerichtshöfen, Petitionen an die Vereinten Nationen. Weil der Krieg aus und der Vorwurf des Sympathisantentums nicht mehr zu fürchten ist, könnten sich solchen Taten auch Leute anschließen, deren Gefolgschaft dem Staat in allen anderen Lagen sicher ist.

Konkret 01/94, S. 32

Michael Hahn

Die wahre Revolution

Am 1. Januar tritt das nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) in Kraft. Der Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko soll nicht nur Zollschranken, sondern auch den Einfluß der US-Gewerkschaften und der mexikanischen Linken beseitigen

»Die meisten Unternehmen sind in modernen, lichtdurchfluteten Hallen untergebracht«, berichtete die Korrespondentin der »FAZ« im vergangenen Oktober aus dem südtexanischen Brownsville und dessen mexikanischer Zwillingsstadt Matamoros. »Die zumeist jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Montagewerken wirken zufrieden, sind gut gekleidet und ausgesprochen freundlich.« In den letzten Jahren sei das »von jeher aggressiv zupackende Grenzgebiet von einer Woge kreativer Spannung erfaßt worden ..., allein von dem Gedanken beseelt, so rasch wie möglich die industrielle Basis zu verbreitern und die Vorteile offener Grenzen und einer hochmotivierten, aber billigen mexikanischen Arbeiterschaft zu nutzen.«

Seit 1965 haben sich entlang der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze mehrere tausend Montagebetriebe (»Maquiladoras«) angesiedelt; überwiegend sind es Tochterunternehmen von US-Firmen. In diesen Fabriken werden aus den USA stammende Einzelteile montiert. Dann werden die Endprodukte zum großen Nachbarn zurückexportiert – weitgehend zoll- und steuerfrei. Die Löhne und Arbeitsbedingungen für die über 500.000 Maquiladora-Beschäftigten (zu 80 Prozent Frauen) sind katastrophal, bestehende Umweltschutzbestimmungen werden mißachtet.

Neben den »modernen Industrieparks« in der mexikanischen Grenzstadt Matamoros, räumt die »FAZ« ein, gebe es auch noch »dunkle Flecken der Vergangenheit ..., die, wie offene Abwasserkanäle, Luftverschmutzung, Häuser ohne Wasser- und Stromversorgung, stinkende Fabrikschlote, zum normalen Alltag eines Entwicklungslandes gehören«. Wer sich allerdings nicht wie die »FAZ«-Korrespondentin von Handelskammer-Funktionären herumführen läßt, die McDermott, Wolff oder Blakemore heißen (in einer Region, in der auch auf US-amerikanischer Seite über 90 Prozent der Bevölkerung spanischsprachiger Herkunft sind), wird ein anderes Bild zeichnen. Moderne Industrieparks und haarsträubende Arbeits- und Umweltbedingungen sind keine Gegensätze, sondern Erscheinungen ein und desselben Prozesses: der Integration des Billiglohnlandes Mexiko in die Volkswirtschaft der USA (und in geringerem Maße in die Kanadas).

Mexiko wickelt bereits heute über 70 Prozent seines Außenhandels mit den USA ab (umgekehrt sind es nur 7 Prozent). Zwei Drittel aller ausländischen Investitionen in Mexiko stammen aus den USA; die größten Exportfirmen in Mexiko (abgesehen vom staatlichen Ölkonzern Pemex) heißen Ford und General Motors. Ein großer Teil des mexikanischen »Außenhandels« mit den USA sind grenzüberschreitende Transporte von einer US-Konzernfiliale zur anderen. Der Integrationsprozeß ist längst in vollem Gang und wird durch das neue North American Free Trade Agreement (Nafta) zwischen Mexiko, Kanada und den USA nur vertraglich festgeschrieben.

Der Vertrag, der zum 1. Januar 1994 in Kraft tritt, sieht vor, innerhalb der kommenden fünfzehn Jahre die Einfuhrzölle zwischen den drei beteiligten Staaten schrittweise abzuschaffen (für einige Sektoren, z.B. Energie, Autos, Textilien und Agrarprodukte gelten Sonderregelungen). So soll eine Freihandelszone entstehen mit gegenwärtig 370 Millionen Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von 6,8 Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Der Europäische Wirtschaftsraum EWR, der aus zwölf EU- und sechs EFTA-Staaten besteht, verfügt zur Zeit über 380 Millionen Menschen und ein BIP von 7,7 Billionen US-Dollar. Anders als beim westeuropäischen Binnenmarkt wird es jedoch in Nordamerika weiterhin unterschiedliche Außenzölle und Einfuhrbestimmungen für Importe aus Drittstaaten geben, die jeweiligen nationalen Gesetze werden nicht einander angeglichen, und die beteiligten Staaten geben keine Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen ab. Nafta soll in den kommenden Jahren schrittweise auf die gesamte Hemisphäre ausgedehnt werden; als nächster Beitrittskandidat ist Chile im Gespräch.

Die Nafta-Befürworter von Präsident Clinton bis zu der millionenschweren Lobbyorganisation »USANAFTA« der wichtigsten Konzerne und Kapitalistenverbände betonen, das Freihandelsabkommen verbessere die Exportmöglichkeiten der US-Industrie nach Mexiko und führe so zur Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze in den USA. »Wenn die Zollschranken fallen«, so Clinton in einer Radioansprache wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung im US-Repräsentantenhaus, »werden wir im nächsten Jahr allein an Mexiko weitere 55.000 in Amerika hergestellte Autos verkaufen. Wir werden weitere Hunderttausende Computer verkaufen und in den nächsten beiden Jahren 200.000 neue gutbezahlte Arbeitsplätze schaffen. Nafta ist ein wirklich gutes Geschäft für Amerika. Und wenn wir Mexiko nicht für unsere Produkte öffnen, können Sie davon ausgehen, daß die Europäer oder die Japaner dies für ihre Produkte tun.«

Gegen diese Konkurrenz bleibt das Freihandelsabkommen jedoch ein untaugliches Mittel: Mindestens 30 japanische Firmen (v.a. in der Auto- und Elektronik-Branche) verfügen bereits über Niederlassungen in Mexiko – und exportieren von dort in die USA. Auch die Volkswagen AG läßt billige mexikanische Arbeitskräfte für den US-Markt produzieren. Für den Deutschen Industrie- und Handelstag wird Mexiko durch Nafta zum »wichtigsten Zielland« in Lateinamerika für Exporte

und Direktinvestitionen. Auch wenn die »TAZ« jammert, Westeuropa sei durch Nafta in Gefahr, »vom Weltmarkt abgehängt und zur Wirtschaftsprovinz degradiert« zu werden – die japanische und westeuropäische Konkurrenz hat längst im nordamerikanischen Markt Fuß gefaßt.

Weit wichtiger als die Beseitigung der Zollschranken und anderer Handelshemmnisse zwischen den USA, Kanada und Mexiko ist jedoch die Liberalisierung von Auslandsinvestitionen. Außer in der Erdölindustrie, Mexikos wichtigstem Exportsektor, werden sich kanadische und US-amerikanische Konzerne und Banken künftig unbehindert in Mexiko niederlassen und ihre Gewinne unversteuert repatriieren können. Der südliche Nachbar ist ein ausgesprochen attraktiver Investitionsstandort für US-Unternehmen: Das Lohnniveau in der mexikanischen Industrie beträgt nur etwa ein Achtel des US-Standards.

Durch das Auslagern einzelner Fertigungsschritte und ganzer Produktionszweige nach Mexiko verspricht sich das US-Kapital eine Umstrukturierung der Belegschaften und ein weiteres Senken der Reallöhne in den USA in bisher unbekanntem Ausmaß. Auf eine Umfrage des »Wall Street Journal« antworteten 55 Prozent der befragten Manager, sie planten, Arbeitsplätze nach Mexiko zu verlagern; 25 Prozent gaben an, sie wollten Nafta dazu benutzen, die Löhne in ihren US-Betrieben (in denen zumeist keinerlei tarifvertragliche Regelungen existieren) zu senken. Dabei geht es keineswegs nur um die Auslagerung von arbeitsintensiven Low-Tech-Arbeitsplätzen beispielsweise in der Textilindustrie; so verfügte der Autogigant General Motors 1993 Massenentlassungen in den USA, während der Aufbau von GM-Werken in Mexiko forciert wird. »Es gibt keinen Gewerkschaftsführer in der (US-)Industrie, dem am Verhandlungstisch noch nicht gesagt wurde, daß die Jobs seiner Mitglieder nach Mexiko verlagert werden, wenn er zu viel verlangt«, hieß es in der »International Herald Tribune« – wohl nicht ohne Schadenfreude. Nafta wird solche Erpressungsversuche noch erleichtern: »Der Konkurrenzdruck auf US-Jobs wird nicht so bald nachlassen«, versprach »Foreign Policy«, eine wichtige Strategiezeitschrift des außenpolitischen Establishments in Washington. »Die bereits wachsende Ungleichheit der Einkommen in Amerika wird sich noch weiter vergrößern« – ein enormes Modernisierungspotential, das die Wettbewerbsfähigkeit des »Standorts USA« gegenüber der westeuropäischen und japanischen Konkurrenz verbessern soll.

Das Bestreben, sich den Investitionsstandort Mexiko *dauerhaft* zu sichern, war wohl auch der wichtigste Grund für die Begeisterung der US-Unternehmerverbände für Nafta. In ungewohnter Offenheit bezeichnete die »International Herald Tribune« das Abkommen als »Mexikanisches Investitions-Garantie-Gesetz«, da nun ausländische Investoren sicher sein könnten, daß »ihre Fabriken und finanziellen Institutionen nicht mit einem Federstrich konfisziert werden können«, wenn eine neue Regierung an die Macht kommen sollte. Im Sommer 1994 finden in Mexiko Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der jetzige neoliberale Amtsinhaber Carlos Salinas de Gortari nicht wieder kandidieren kann und dem gemäßigt linken Oppositionskandidaten Cuauhtémoc Cárdenas gute Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

In der Zeitschrift »Foreign Affairs« warnte ein Vertreter des einflußreichen stramm-rechten Center for Strategic and International Studies in Washington, das vom IWF verlangte und vom Harvard-Absolventen Salinas durchgezogene massive Privatisierungs- und Austeritätsprogramm in Mexiko sei in Gefahr, »von einer ungeduldigen Wählerschaft und einer populistischen Opposition ... wieder aufgehoben zu werden. Ein Freihandelsabkommen würde Mexikos Marktwirtschaftspolitik zementieren und Sicherheit bieten gegen politische Abweichungen, wie die Nationalisierung der Banken 1982 unter Präsident José Lopez Portillo.« Mit dem Inkrafttreten von Nafta wäre eine Nationalisierung ausländischer Firmenniederlassungen in Mexiko nicht länger die innere Angelegenheit eines souveränen Landes, sondern bedeutete den Bruch eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrags – und könnte entsprechend geahndet werden.

Auch Mexikos frühere außenpolitische Distanz zum großen Bruder im Norden, die sich z.B. in der Unterstützung für die Sandinisten in Nicaragua äußerte, dürfte mit Nafta endgültig der Vergangenheit angehören. Erleichtert bemerkte »Foreign Affairs«, daß in den vergangenen Jahren »Bilder von mexikanischen Präsidenten, die Fidel Castro umarmen, durch Besuche in Camp David ersetzt worden sind«. Und der US-Botschafter in Mexiko-Stadt kabelte schon im Mai 1991, daß ein Freihandelsabkommen mit Mexiko die »nordamerikanische Orientierung in den mexikanischen Auslandsbeziehungen institutionalisieren« werde.

Die gegenwärtige mexikanische Regierung setzt voll auf eine »Modernisierung« durch den verstärkten Zufluß von ausländischem Kapital, den Nafta mit sich bringen wird. Der Chef des Chemiegiganten DuPont in Mexiko konnte seine Begeisterung über die Nafta-Ratifizierung im US-Kongreß nicht verhehlen: »Dies ist die wahre Revolution für Mexiko, nicht die von 1910«, die u.a. zu einer tiefgreifenden Landreform geführt hatte. Anders als von Präsident Salinas behauptet, wird Nafta aber kaum dazu führen, daß Mexiko zu einem »Teil der Ersten, nicht der Dritten Welt« werden wird. Die Beseitigung der mexikanischen Schutzzölle gegen die Einfuhr billigen US-Getreides wird die einheimische Landwirtschaft ruinieren. Aller Voraussicht nach werden Millionen mexikanische Klein- und Kooperativbauern zur Migration in die Städte und Industriegebiete gezwungen werden und dort als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Im Sprachgebrauch der »Foreign Affairs« heißt das so: »Weil ein Viertel der mexikanischen Bevölkerung auf kleinen landwirtschaftlichen Grundstücken lebt, wo Unterbeschäftigung ein Problem ist, hat Mexiko weit größere unerschlossene menschliche

Ressourcen als Kanada.« Auch die Migration in die USA wird sich verstärken und die Umstrukturierung des dortigen Arbeitsmarkts beschleunigen.

Diese nach unten gerichtete Spirale der Löhne und Arbeitsbedingungen ist auch *innerhalb* der USA schon seit mindestens zwei Jahrzehnten im Gange. Als die Gewerkschaften im Industriegürtel der nördlichen Bundesstaaten zu mächtig geworden waren und die weltweit höchsten Löhne durchsetzen konnten, begann das US-Kapital systematisch, Produktionsstätten in den »Sunbelt« im Süden der USA zu verlagern, wo gewerkschaftsfeindliche Gesetze für ein »freundliches Investitionsklima« sorgen. Auch BMW und Mercedes-Benz wollen sich mit ihren geplanten Zweigwerken in South Carolina und Alabama an den miserablen Arbeitsbedingungen im Süden der USA bereichern. Die Folgen der »Sunbelt«-Strategie: Das USLohnniveau ist rapide gesunken, Sozialleistungen wurden auf ein Minimum zusammengestrichen, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad im US-Privatsektor liegt nur noch bei jämmerlichen zwölf Prozent. Nafta wird diese Aushöhlung der letzten verbliebenen tarifvertraglichen Absicherungen in den USA noch beschleunigen.

Aber nicht nur in den Betrieben, auch im politischen Bereich bedeutet Nafta für die US-Gewerkschaften eine bittere Niederlage. Mit der Warnung, dem Freihandelsabkommen würden in den USA über 200.000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen, mobilisierte der Dachverband AFL-CIO gegen eine Nafta-Ratifizierung im Kongreß. Während manche Trade Unionists ohne allzugroße Bauchschmerzen zu diesem Zweck eng mit dem rechtspopulistischen Multimilliardär und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot (siehe KONKRET 7/92) kooperierten, begannen fortschrittlichere Einzelgewerkschaften Kontakte zu mexikanischen Kollegen und Kolleginnen und zu US-amerikanischen Umweltschutz- und Verbraucherverbänden zu knüpfen, die ihrerseits vor der zu erwartenden Aushöhlung ökologischer Vorschriften und Gesetze in den USA warnen.

Für die Unternehmerverbände und für Präsident Clinton, der den Einfluß der »antagonistischen« Gewerkschaften durch betriebliche Worker-Management-Cooperation ersetzen will (siehe KONKRET 10/93), bot die Werbekampagne für Nafta eine willkommene Gelegenheit, die US-Gewerkschaften politisch zurechtzustutzen. Nach der Ratifizierung im Repräsentantenhaus, der immerhin auch fast die Hälfte aller demokratischen Abgeordneten zustimmte (die Republikanische Partei stand sowieso hinter dem noch von George Bush ausgehandelten Vertrag), kommentierte die »Washington Post« voller Anerkennung, Clinton habe »nicht zugelassen, daß seine Partei von den verschiedenen Lobbies und Interessengruppen als Geisel genommen wurde« – im politischen Sprachgebrauch der USA sind damit nicht Unternehmerverbände gemeint, die ja nur das »Allgemeinwohl« verkörpern, sondern Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen. Auch die »New York Times« beschrieb den Kern der Auseinandersetzung um Nafta als einen Kampf um die »Seele« der Demokratischen Partei: »eine Abwendung von der traditionellen demokratischen Allianz mit den Gewerkschaften... und ein Schritt hin zu einer neuen und breiteren Basis«.

Breiter sind an dieser neuen Basis nur die Brieftaschen: So verlangt Clinton von seiner Partei, sie solle, anstatt weiterhin zumindest verbal die Interessen ihrer traditionellen Basis in den Gewerkschaften, Frauen- und Bürgerrechtsorganisationen zu vertreten, sich eher auf die Aufsteiger in den Speckgürteln der weißen Mittelschichtsvororte orientieren. Die Nafta-Abstimmung, meinte der bekannte Kolumnist David Broder, war ein Markstein in der Auseinandersetzung darum, ob die Demokraten »die Partei der Verlierer oder der Gewinner« sein wollten. Die Gewerkschaften werden – als Sprecherinnen der »Verlierer« – auf absehbare Zeit auch unter einem demokratischen Präsidenten nichts zu melden haben.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 10/93 über Ökonomie und Außenpolitik der USA

Konkret 01/94, S. 35

Stefan Seifert

Sauberer Faschismus

Bei den Kommunalwahlen in Italien erschien ein neuer Fix-Stern am Polit-Himmel: der neofaschistische MSI, die »Italienische Sozialbewegung«. Wie lange der Erfolg dieser Partei anhalten wird, hängt unter anderem davon ab, ob es der Linken gelingt, den antifaschistischen Konsens in der italienischen Bevölkerung wiederherzustellen. Die Aussichten dafür stehen freilich nicht gut

Die »FAZ«, stets bemüht, den Wählern faschistischer Parteien wohlwollend zu erklären, warum sie tun, was sie tun, schrieb: »Die Bürger in Norditalien, aber auch in Rom und Neapel ließen sich wenig durch die bisherige Verketzerung der Lega und der Neofaschisten beeindrucken. Die Erzählungen der Großeltern, unter Mussolini habe es genug Arbeitsplätze gegeben, und das verlorene Portemonnaie sei einem zurückgebracht worden, werden inzwischen kaum noch von einer antifaschistischen Propaganda neutralisiert oder mit besonderer Gefährlichkeit umgeben.« Endlich also dringt auch südlich des Alpenhauptkammes die Wahrheit ans Tageslicht. Was ist geschehen?

Rund ein Viertel der Wahlberechtigten (elf Millionen) war Ende November in Italien aufgerufen, in 428 Gemeinden und Städten den Bürgermeister zu wählen und in der Region Südtirol-Trento und den Provinzen Varese, La Spezia und Genua die »Volksvertreter« zu bestellen. Nach der letzten Kommunalwahl im Juni 1993 hatten sich drei politisch unterschiedlich dominierte Zonen herausgebildet: im Norden die Lega Nord von Umberto Bossi, in der Mitte die zur Sozialdemokratie konvertierten ehemaligen Kommunisten des PDS und im Süden die letzten Trutzburgen christdemokratischer Klientel. Diese Konstellation ist nun insofern aufgebrochen worden, als der neofaschistische MSI vor allem in Neapel und Rom die DC beerbt und in diesen Städten seinen Stimmenanteil mehr als verdreifacht hat. Derweil konnte Umberto Bossi seine Position in Norditalien festigen; sein Ziel aber, den »Durchmarsch ans Meer«, hat er verfehlt, denn die Lega wird weder in Venedig noch in Genua den Bürgermeister stellen. Der PDS hat lokal zwar zugelegt, was jedoch einzig Folge seiner breit gefächerten Wahlbündnisse war. Die »sozialistische Partei« PSI bewegt sich inzwischen knapp über dem absoluten Nullpunkt, dort, wo sich auch die anderen derzeitigen Regierungsparteien befinden.

Überraschend an diesem Ergebnis war, wie weit sich das bisherige Staatsverständnis in Italien, der antifaschistische Grundkonsens in der Bevölkerung, bereits aufgelöst hat. »Nata dalla Resistenza al fascismo«, geboren aus dem Widerstand gegen den Faschismus, war bis dato die offizielle Formel für die »1. Republik«. Obwohl die seit Kriegsende regierenden Christdemokraten immer wieder den MSI als Mehrheitsbeschaffer im Parlament benutzt haben und obwohl die herrschende Klasse in Italien natürlich ebensowenig mit Antifaschismus am Hut hat, wie ihre Bürder und Schwestern in anderen kapitalistischen Ländern, war für die große Mehrheit der Bevölkerung Faschismus kein Thema – was nun nicht unbedingt daran lag, daß die Italiener die besseren Menschen sind, sondern eher daran, daß die Christdemokraten ein Klientel- und Korruptionssystem errichtet hatten, von dem alle – der eine mehr, der andere weniger – profitierten. Solange dies funktionierte,brauchte es keine andere Ordnung.

Seitdem nun aber die von Teilen der »classe politica« losgetretene »Revolution von oben« in Gang gekommen ist, zerbricht dieses Gefüge mehr und mehr. Neues politisches Personal ist jetzt gefragt, eine Autorität, die das entstandene Chaos ordnet. In dieser Situation erklärt die Enkelin Benito Mussolinis, Alessandra, ihr Name stehe für »unsterbliche Werte«, und bekommt dafür auf Anhieb in Neapel 31 Prozent der Stimmen. Ihr Parteichef, der smarte Gianfranco Fini, kann in Rom sogar über 35 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Die beiden Exponenten des MSI haben es geschafft, nicht nur die kleinbürgerliche Sehnsucht nach Ordnung zu bedienen, sondern auch Unternehmer und Mittelständler davon zu überzeugen, daß mit dem Rückgang des Einflusses der Christdemokraten der MSI die Partei ist, die die Bedingungen der Kapitalverwertung wieder verbessern wird, die die Nation zusammenhält, den Einfluß der Linken eindämmen kann und auch sonst in Zeiten äußerer und innerer Bedrohung die Volksgemeinschaft zusammen- und die Fremden draußenzuhalten vermag.

»Ohne Vorurteile und ohne mentale Barrieren haben sie mir zugehört«, beschrieb Gianfranco Fini sein Treffen mit der Führung des römischen Unternehmerverbandes kurz vor der Bürgermeisterwahl Anfang November. Zwar mochten die Herren keine offizielle Wahlempfehlung für Fini aussprechen, an unmißverständlichen Sympathiebekundungen für den Vertreter der italienischen »Neuen Rechten« aber ließen sie es nicht mangeln. Dabei störte sie nicht einmal, daß der MSI direkt oder indirekt in nahezu alle rechten Bombenanschläge der letzten 40 Jahre verwickelt war, daß aus seinen Reihen das Personal für die besonders blutige »Strategie der Spannung« in den 70er Jahren kam, daß bis vor kurzem noch die Hardliner um Pino Rauti in der Partei das Sagen hatten und dementsprechend immer dann, wenn der »Modernisierer« Fini vor einem Reportermikrophon davon spricht, daß der Faschismus Mussolinis inzwischen »überholt« sei, sich einer seiner Parteifreunde findet, der ein »leider« hinzufügt.

Gianfranco Fini hat bei seinen Bemühungen, die Partei auf ein gemäßigtes Äußeres zu trimmen, durchaus Erfolg. An der Basis jedoch wird ihm von vielen strammen Faschisten vorgeworfen, er habe die Grundsätze der Bewegung verraten. So wird unter anderem die Öffnung der Politik für Frauen kritisiert. Außerdem stoßen vielen Finis Einlassungen zur

Umweltpolitik – ein Ersatz für die Blut-und-Boden-Mythologie des Altfaschisten und langjährigen Parteiführers Giorgio Almirante – sauer auf. Insofern sind die Distanzierungen der MSI-Parteispitze von den Anschlägen der in Italien sogenannten »Naziskins« ausschließlich taktischen Überlegungen geschuldet und spiegeln keineswegs das Meinungsbild der »Bewegung« wieder.

Und was macht die Linke? Die kleineren Parteien und Gruppen, wie die »Rifondazione Comunista«, werden wohl kaum alleine in der Lage sein, den stärker werdenden Hang der Bevölkerung zu autoritären Lösungen der »drängenden Probleme« zu stoppen. Der PDS hingegen ist derzeit wieder einmal mit seiner Lieblingsbeschäftigung ausgelastet, der nämlich, andauernd unter Beweis stellen zu wollen, die bessere Regierungspartei zu sein. Um die dafür notwendigenWahlbündnisse zusammenzuhalten, vollführt Parteichef Achille Occhetto einen Spagat nach dem anderen. So hat er etwa in Triest mit den Christdemokraten und in Rom sowohl mit den Grünen als auch mit der industrienahen Republikanischen Partei Allianzen geschlossen. Denn alleine, das hat Occhetto erkannt, hat der PDS keine Aussicht, jemals auf den Regierungsbänken in Rom Platz zu nehmen. Bei derlei pragmatischer Taktiererei scheint es allerdings äußerst fraglich, ob der PDS zu einem entschlossen antifaschistischen Handeln bereit sein wird.

Eher schon steht zu vermuten, daß mit den Erfolgen des MSI der Faschismus in Italien weiter marschieren wird. Auf die Frage, wen er in Rom zum Bürgermeister wählen würde, antwortete der Medienmogul Silvio Berlusconi: »Fini – denn der sammelt um sich jenes gemäßigte Spektrum, das dem Land eine Zukunft garantieren kann.«

Stefan Seifert schrieb in KONKRET 7/93 über die Erfolge der Lega Nord

Konkret 01/94, S. 37

Phillip Lopate; Eike Geisel

Der Holocaust als rhetorische Figur

**Ein Essay des amerikanischen Schriftstellers Phillip Lopate.
Mit einer einleitenden Vorbemerkung von Eike Geisel**

Eike Geisel

Käthe Kruse gegen Walt Disney

Die Errichtung von Holocaust-Museen in den USA war von einer über zehnjährigen Kontroverse begleitet, neben der sich der deutsche »Historikerstreit« ausnahm wie ein dröges Oberseminar. Von jener Debatte ist in Deutschland so gut wie nichts bekannt geworden, allenfalls die aus dem Amerikanischen ins Ressentiment übersetzten Zweifel jüdischer Kritiker. Wenn jüdische Autoren oder Repräsentanten in den USA über die Frage stritten, wie der Opfer des Massenmordes gedacht werden könnte, dann taten sie dies nicht als Seelsorger der Täter, die gelegentlich dann doch aus erster Hand getröstet wurden mit der Auskunft, das Washingtoner Museum sei ein antideutsches Denkmal: »Deutschland sollte nicht der Kollektivbeschuldigung ausgesetzt werden und als ewiger Schurke sozusagen, in Stein gehauen, in Granit gemeißelt und in Holz geschnitzt, für alle Zeiten präsentiert werden«, schrieb Pinchas Lapide in der »Welt« vom 26. Mai 1993. Damit hatte er sich ein Lob der Redaktion verdient, die ihm Besserungsfähigkeit bescheinigte: »Pinchas Lapide (70), jüdischer Religionsphilosoph in Frankfurt/M. ... bemüht sich um einen christlich-jüdischen Dialog.« Wie fortgeschritten diese Bemühungen auf christlicher Seite bereits waren, und in welcher Form die Bedenken jüdischer Autoren in den USA ins Deutsche übertragen wurden, zeigten die Äußerungen des CDU-Hofpredigers Basilius Streithofen, der Anfang des Jahres stellvertretend für seine Herde blökte, »daß einmal Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung sein muß« und »daß die Juden die deutschen Steuerzahler ausbeuten«. Letzteres war die deutsche Übersetzung des in der amerikanisch-jüdischen Debatte heftig umstrittenen Einwandes, die Musealisierung des Massenmordes, die Errichtung von Gedenkstätten und Mahnmalen sei Ausdruck des Bedürfnisses, der eigenen geistigen Obdachlosigkeit durch eine Art spirituellen Vernichtungsgewinn abzuhelfen. Im Land der wirklichen Vernichtungsgewinnler wurde diese Kritik auf die Formel von der finanziellen und moralischen Erpressung eingedeutscht.

Während die amerikanischen Juden in dieser Debatte über ihre eigene Gegenwart diskutierten, waren die Deutschen von einem historischen Selbstzweifel ergriffen. Sie konnten sich trotz der »Einzigartigkeit«, die sie ihrer jüngeren Geschichte schließlich attestierten, immer noch nicht entscheiden, ob sie damals Täter oder Opfer oder ein bißchen beides gewesen waren. Noch in einem überaus wohlwollenden Bericht der »Süddeutschen Zeitung« über die Eröffnung des »Holocaust Memorial Museum« in Washington hieß es: »Natürlich (!) wird der Völkermord als ein Werk der unter die Nazis gefallenen Deutschen gezeichnet – nichts anderes war er«. Ebenso natürlich hatte Lea Rosh gedacht, daß der Massenmord keineswegs das Werk der mit den Nazis zusammengefallenen Deutschen gewesen war, sondern »daß uns die Alliierten von Adolf Hitler und den Nazis befreit haben«. (»Wegen unserer Kriegsschuld« plädierte sie dann für den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien: »Gerade weil wir dort soviel Unheil angerichtet haben, wäre es eine wunderbare Umkehrung der Rollen.« Aber irgendwie ist bei ihr die Befreiung und der Rollentausch mißglückt; sie kam nur vom Gröfaz auf den Grifaz: »Wir Frauen haben gerade den größten internationalen Frauenkongreß aller Zeiten in Zagreb veranstaltet.«) Die Initiatorin eines nationalen Holocaust-Mahnmals mit unterirdischen »Erlebnisräumen« neben dem Führerbunker muß nun zusehen, wie der Kanzler ihre Gedanken ratifiziert und ihr Projekt in der Versenkung verschwinden läßt, indem er die preußische Neue Wache zum nationalen Familiengrab umrüstet. Strittig ist bei dieser symbolischen Zusammenlegung von Tätern und Opfern nur noch das künstlerische Zubehör. Soll es von Käthe Kollwitz oder darf es von Käthe Kruse sein?

Phillip Lopates Essay erschien im Frühsommer 1989 unter dem Titel »Resistance to the Holocaust« in der linksliberalen jüdischen Zweimonatsschrift »Tikkun« (Tikkun, hebr. = Verbesserung, Korrektur). Der Text löste damals heftigen Widerspruch aus, und manche Reaktionen erinnerten an jenen berühmten Brief, mit dem Gershom Scholem 1963 Hannah Arendt und deren »Bericht von der Banalität des Bösen« angegriffen hatte. Jenseits aller sachlichen Differenzen hatte sich die Kritik Scholems hauptsächlich gegen den »herzlosen, ja oft geradezu hämischen Ton« Hannah Arendts gerichtet. Sie habe keinen »Herzenstakt« und ermangele der »Liebe zu den Juden«. Ähnliche Vorwürfe wurden gegen Lopates Bericht von der Trivialisierung des Monströsen und dessen Kehrseite laut, der Mythologisierung des Banalen. Der bekannte israelische Historiker Yehuda Bauer monierte weniger die sachlichen Irrtümer Lopates als dessen »Ton«. Lopate könne, so schrieb er, über alles »aus ironischer Distanz« reden, aber bitte nicht über den nazistischen Massenmord. Von diesem freilich handelt der Text Lopates nicht; er handelt vom Gebrauch der Erinnerung an ihn.

Die amerikanische Historikerin Deborah E. Lipstadt vermißte Beispiele geglückter Unterrichtsentwürfe über die Massenvernichtung und warf Lopate vor allem vor, er besitze kein Zugehörigkeitsgefühl, er habe sich mit diesem Essay

selbst von der jüdischen Gemeinde losgesagt.

Auch die Redaktion von KONKRET hat Bauchschmerzen mit Lopates Essay gehabt, der in ihren Augen einige Passagen enthält, die »political correctness« vermissen lassen. Kann man den Text eines Autors abdrucken, der schreibt, Weizsäcker sei eineintegre Person? Auf diesen Fauxpas hätte der Redakteur natür-lich gerne verzichtet, ohne dabei zu bedenken, daß die nachfol-genden Bemerkungen Lopates über die feierliche Phraseologiedes Bundespräsidenten (»einzigartig, unvergleichbar« usw.) zei-gen, wie nah verwandt ehrbare Exotisierung und böswillige Leugnung des Massenmords sind. Unangenehm berührt hat den KONKRET-Redakteur erst recht, was Lopate zu Reagan und Bitburgeingefallen war. Auch schon in Amerika hatte man dem Autor übelgenommen, daß er sich nicht am kostenlosen »Reagan-bashing« beteiligt hatte.

Die USA, so war neulich im »Spiegel« zu lesen, befänden sich gegenwärtig in einem »Holocaust-Rausch«. Was die deutschen Abstinenzler derweil tun, wurde dabei geflissentlich verschwiegen. Und wie recht amerikanische Kritiker mit der Bemerkung hatten, der Grundfehler des neuen Holocaust-Museums bestehe darin, daß es nicht in Deutschland errichtet worden sei, begreift man erst, wenn man sich vor Augen führt, was die anonymen Melancholiker der-zeit an Suchtprävention betreiben. Die Gegenentwürfe reichenvom Abfackeln jüdischer Erinnerungsorte über die »erforder-liche Neugestaltung« von antifaschistischen Monumenten bis zuGedenkstättenkonzepten, mit denen verglichen noch der disney-landhafteste Holocaust-Erlebnispark sich ausnimmt wie dieverwirklichte Vernunft. Den Ausdenkern des Frankfurter »Rotschock«-Bunkers (vgl. die abgedruckten Auszüge S. 42) kann man nur wünschen, daß sie in ihrem Gedenk-Walhalla eingeschlossen werden und dann jemand den Schlüssel wegwirft. Ganz ohne Baugrund, Architektur und Design kommt ein anderes Holocaust-Projekt aus, das sich dem Aufbau eines Diskurs-Denkmals verschrieben hat, dessen postmoderne Inschrift lautet: »Die Juden als Text« oder »Auschwitz als Chiffre«. Entsprechend kündigt das Frankfurter »Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust« seine »workshops« an: »Das Bild von Auschwitz beherrscht das Bewußtseinder Nachkriegsgeneration, es durchzieht die Literatur wie einenegative Spur, die Kunst als mitgedachtes Dementi jedweden Pathos, die politische Rhetorik und die politische Polarisierung als Synonym für das Böse schlechthin. Das Auschwitz der Gegenwart ist eine vielschichtige und widersprüchliche Phantasie des Schreckens.« Schlimmer ist offenbar nur noch der reale Schrecken dieser Ankündigung oder die Zumutung, daß vom nämlichen Institut Jürgen Fuchs (ja, der mit »Auschwitz in den Seelen«) als Referent zum Thema »Der Mißbrauch der Geschichte im Nachkriegsdeutschland« annonciert wird.

Daß auch der richtige Gebrauch, den man davon machen könnte, seine Tücken hat, weiß der Architekt Daniel Libeskind, der kürzlich einen Vorschlag zur »Neugestaltung des ehemaligen KZ Sachsenhausen« vorlegte. Der Berliner »Tagesspiegel« berichtete am 2. Mai 1993, Libeskind wolle »einen kleinen Teil der Kasernenfundamente unter Wasser setzen und diesen Ort damit neu weihen«. Vermutlich dachte er dabei weniger an einen Weihwasser- als an einen Löschwasserteich.

Phillip Lopate

Einwände gegen eine Sinnstiftung

Als ich klein war, wenige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, schleppte meine Mutter mich immer nach Brooklyn mit, um einige der neu angekommenen Flüchtlinge zu besuchen; die waren ein Novum. Wir saßen dann bei irgend jemandem in der Küche, und sie redete immer stundenlang mit diesen Frauen (normalerweise in Jiddisch, das ich nicht verstand), um herauszufinden, wie das alles gewesen war. Nachdem wir gegangen waren, fragte sie dann mit gedämpfter Stimme: »Hast du die Nummer auf ihrem Arm gesehen? Sie ist im Konzentrationslager gewesen!« Ich habe nicht verstanden, warum meine Mutter so erregt war, ja fast Lust dabei verspürte, wenn sie so redete, doch ihr melodramatisches Verlangen nach meiner Betroffenheit fing an, mir auf die Nerven zu gehen. Es mußte nur die Rede auf diese gräßlichen Armnummern kommen, um unweigerlich dieselbe Reaktion bei mir hervorzurufen: Es ging mich nichts an, und deshalb verbarrikadierte ich mich.

Möglicherweise habe ich etwas von der ambivalenten Haltung meiner Mutter übernommen, denn aus den Seufzern ihres Mitgefühls hörte ich immer auch einen Anflug von Widerwillen gegen diese Opfer heraus. Jahre später gestand sie mir, daß die Überlebenden der Lager damals, als sie anfingen, bei ihr im Süßwarenladen einzukaufen, die am schwersten zufriedenzustellenden Kunden gewesen seien; sie hätten – und da machte sie eine Pause, weil sie angesichts des tragischen Hintergrunds ihrer Kunden wohl merkte, wie gefühllos ihre Beurteilung klingen könnte – »einen Sparren«.

Eigentlich war ich von ihrer Aufrichtigkeit beeindruckt. Nur weil jemand eine Menge mitgemacht hat, braucht man ihn deshalb noch nicht zu mögen – das war schon immer mein Leitspruch. Ich ging öfter in einen Eisenwarenladen in meiner Nachbarschaft, der einem KZ-Überlebenden mit einer dicken Nickelbrille gehörte; ich mochte ihn eigentlich gern, doch seine überhebliche Bitterkeit verlieh jeder Verkaufshandlung einen Hauch von Mißtrauen. Einmal sagte er, nachdem er

einen Kunden hinausgeworfen hatte: »Was kann er denn machen? Mich umbringen? Ich bin schon in Auschwitz gestorben.« Dieser Vorteil, den die lebenden Toten im Gegensatz zum Rest von uns hatten, schien mir unfair zu sein.

Aber ich greife vor. Ich will zu dem Augenblick zurückkehren, als meine Mutter und ich die Küche irgendeiner armen Frau verließen und ich innerlich zusammenzuckte bei der Forderung nach Mitgefühl und Ehrfurcht. Ich will das mit einer Anekdote erklären. Ich habe einmal von einem sehr liberalen jüdischen Ehepaar gehört, dessen Kind immer zu schreien anfing, wenn es eine schwarze Person sah. Die Eltern waren besorgt, ihr kleines Mädchen würde irgendwo anders rassistische Einstellungen aufschnappen, und fragten deshalb einen Kindertherapeuten um Rat. Nachdem dieser das kleine Mädchen alleine befragt und nichts herausgefunden hatte, schlug der Arzt einen Ausflug mit der Familie vor, um sie in einer Alltagsumgebung zu beobachten. Als sie die Straße entlanggingen, bemerkte er, daß die Mutter immer dann, wenn sich eine schwarze Person näherte, unbewußt den Griff um die Hand ihrer Tochter fester schloß und das Mädchen natürlich dann zu heulen begann. In meinem Fall sah das so aus, daß immer dann, wenn meine Mutter jene magischen Worte »Sie war im Konzentrationslager« ausstieß, die Musik auf unserer emotionalen Tonspur so laut zu dröhnen begann, daß ich richtiggehend taub wurde. Vielleicht liegt darin die Wurzel für den eigentümlichen Widerstand, den ich mein ganzes Leben lang gegenüber dem Holocaust verspürt habe.

Ehe ein falscher Eindruck entsteht, möchte ich einwerfen, daß ich keiner dieser revisionistischen Irren bin, die abstreiten, daß die Nazis systematisch Millionen von Juden ausgerottet haben. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß die Nazis etwas ungeheuer Böses verbrochen haben, das man nicht vergeben kann. Ich weiß nicht, was ich mehr darüber sagen kann, als daß mir zutiefst leid tut, daß dies geschehen ist. Es wäre bloß dreist von mir, wenn ich dieser Feststellung ein paar Takte literarischer Trauerarbeit hinzufügte oder vermittels der schriftstellerischen Phantasie mich in eine einfühlsame Empörung hineinbegäbe. Ich war nicht dort; ich bin sicher nicht derjenige, der darüber etwas erzählen kann; ich kann kein Zeugnis davon ablegen. Ich habe nicht die Absicht, überhaupt über die Greuel der Nazizeit zu sprechen, sondern nur über den rhetorischen, kulturellen, politischen und religiösen Gebrauch, welcher von dieser Katastrophe gemacht wird. Damit zumindest habe ich tatsächlich einige Erfahrung.

Als ich aufwuchs, sprachen wir nie von einem Holocaust; wir sagten »Konzentrationslager« oder »Gaskammern«, »sechs Millionen Juden« oder »was die Nazis taten«. Es sieht nach einem Fortschritt aus, daß anstelle dieser unangenehmen Wendungen nun ein einziger, stromlinienförmiger Begriff benutzt wird. Doch damit, daß man dem riesigen Ausmaß des Leids ein Etikett verpaßt, will man es nur eingrenzen, normalisieren und in den Griff bekommen. Kaum war der Begriff »Holocaust« Mitte der 60er Jahre in Umlauf gekommen, da löste er Unbehagen bei mir aus. Er hatte einen wichtigtuerischen Beigeschmack, war gespreizt, ein geschmackloser Neologismus mit einem bewußt archaischen Klang, der sozusagen den heiligen Ernst der Bibel beschwören sollte und damit so reizende Verwandte wie Armageddon, Behemoth und Leviathan ins Gedächtnis rief.

Außerdem sah man sofort, daß der Begriff Bestandteil einer Auseinandersetzung war und daß er im Mund einiger Redner besser klang als bei anderen; die Holocauster benutzten ihn wie eine Keule, um ihre Gegner zurückzuschlagen. Die Historikerin Lucy S. Davidowitz stellt fest: »Holocaust ist der Begriff, den die Juden selbst gewählt haben, um ihr Schicksal während des 2. Weltkriegs zu beschreiben.« Ich würde diese Feststellung um den Zusatz »einige Juden« oder »das offizielle Judentum« ergänzen; jedenfalls handelt es sich dabei um einen jener Ersatzbegriffe der politischen Reklame, vergleichbar dem Begriff »Afroamerikaner«, der an die Stelle der Bezeichnung Schwarze getreten ist, oder vergleichbar dem Wort »Intifada« für den Aufstand der Palästinenser, um einen Begriff also, den eine ethnische Gruppe dem Rest der Welt aufzuzwingen versucht, damit dieser ihn als Zeichen des politischen Respekts benutze. Ich für mich mache weiterhin einen wenn auch noch so kleinen Unterschied zwischen der Katastrophe, die die Juden ereilt hat, und »dem Holocaust«. Manchmal hat es fast den Anschein, als ob »der Holocaust« eine GmbH unter dem Vorsitz von Elie Wiesel wäre, der seine Patente mit Artikeln im Feuilleton der Sonntagsausgabe der »New York Times« verteidigt.

Der hebräische Begriff »Shoa« ist genauso problematisch wie »Holocaust«. Beiden Bezeichnungen, »Shoa« und »Holocaust«, eignet dieselbe theologische Absicht, sich in Szene zu setzen, indem das historische Leiden der Juden während des 2. Weltkriegs als eine Art kosmischer Sturm gezeichnet wird, der die Himmel aufreißt. Was mich schlußendlich stört, ist der exklusive Gebrauch des Singulars, wenn immer von »dem Holocaust« gesprochen wird, wodurch dieses Ereignis von allen anderen Ereignissen getrennt zu sein scheint und wodurch die Massenmorde an anderen Völkern, aber eigentlich auch frühere Tragödien der jüdischen Geschichte, verkleinert, wenn nicht heruntergespielt werden. Doch mehr dazu später.

Zuerst müssen wir uns mit dem Kampf um die Kontrolle über die Holocaust-Analogie befassen. Mein Leben lang wurde fast bei jeder Kontroverse das eigenartige Argument der »reductio ad Hitler« angewandt, was natürlich zum Schaden ernsthafter Diskussion war. Wenn auch nicht immer klar ist, was moralisches Handeln ausmacht, so steht doch fest, daß die Fürsprecher jeder umstrittenen Richtung mit der Anschuldigung rechnen müssen, sie schlügen einen Weg ein, der direkt zu Hitler führt. Euthanasie? Schmeckt nach Drittem Reich. Abtreibung? Mit Regierungsgeldern werden »Völkermordprogramme ermöglicht wie in Nazideutschland«, so Senator Orrin Hatch. Darf der Ku Klux Klan

marschieren? Eine Einladung zum Chaos wie in Weimar. Den Aufmarsch verbieten? Zensur, so schlimm wie bei Goebbels. Wie die Bibel kann man anscheinend auch den Holocaust für alles und gegen jeden verwenden. Man kann heute im Nahen Osten sehen, wie sowohl Israelis als auch Palästinenser die jeweils andere Seite mit den Nazis vergleichen. Der Vergleich mit Hitler oder mit dem Holocaust führt jede intelligente Auseinandersetzung in eine Sackgasse; ein furchtbar schriller Ton stellt sich dann ein, und der Verstand muß weichen. Wenn man dieses mit purer Selbstgerechtigkeit ausgelegte demagogische Minenfeld aus einer ironischen Distanz angreift, dann kann man fast sicher sein, mißverstanden zu werden. Das Image des Holocaust ist derart beherrschend, es handelt sich dabei um ein derart heißes Eisen, daß feine Unterscheidungen nicht ertragen werden. Als rhetorische Figur ist der Holocaust ein Tyrann.

Die Holocaust-Analogie hat eine merkwürdige Doppeleigenschaft: Sie ist einerseits erstaunlich biegsam und kann auf fast jede Frage angewandt werden, andererseits ist sie unwahrscheinlich starr, da man uns ja beständig erklärt, der Holocaust sei unvergleichbar, eine ganz eigene Sache, sozusagen sui generis, und dürfe nicht mit anderen menschlichen Problemen vermischt oder mit fremden Substanzen versetzt werden.

Als Präsident Carter eine Rede zum Gedenken an all jene hielt, die von den Nazis umgebracht worden waren, wobei er eine Zahl von elf Millionen nannte, da griff der angesehene Holocaust-Forscher Yehuda Bauer Carter und dessen Berater Simon Wiesenthal an und sagte, sie versuchten den Holocaust zu »dejudaisieren«. »Die Definition von Wiesenthal und Carter«, warnte Bauer, »scheint einen gewissen paradoxen ›Neid‹ seitens der Nichtjuden widerzuspiegeln, der sich gegen die jüdische Erfahrung des Holocaust richtet. Man könnte sagen, daß es sich dabei um den unbewußten Ausdruck antisemitischer Einstellungen handelt.« Anders gesagt: Man muß den Holocaust als »Judenmord« betrachten, basta. Der Holocaust gehört uns Juden; alle anderen sollen ihre verdammten Finger davon lassen.

»Wie können andere es wagen«, so hört man oft, »unseren Napalmeinsatz in Vietnam oder gar den Atombombenabwurf auf Hiroshima mit dem Holocaust gleichzusetzen?« Dahinter steckt der Gedanke: »Wie können sie sich unterstehen, überhaupt irgend etwas mit dem Holocaust auf eine Stufe zu stellen?« Der Holocaust ist ein eifersüchtiger Gott: Du sollst keine Parallelen zu ihm ziehen.

Das Problem ist allerdings, daß Parallelen ziehen und Vergleiche anstellen ein unverbesserlicher Zug der menschlichen Natur ist. Auch ich halte es für zutiefst beleidigend und geschmacklos, wenn frivole Vergleiche mit dem Völkermord der Nazis angestellt werden; aber andererseits scheint es doch nicht unsinnig zu sein, den Holocaust als den äußersten Punkt auf einem Kontinuum staatlich sanktionierter Verbrechen zu betrachten, als äußersten Punkt eines Kontinuums, auf dem auch noch andere Punkte verzeichnet sein könnten, wie etwa die französischen Folterungen in Algerien, die Verbrechen Idi Amins, My Lai und andere Massaker in Vietnam, das Abschlachten der Armenier, Pol Pot ... Ich weiß, ich gerate gerade hierdurch in den Verdacht, wichtige Unterschiede zwischen einem Völkermord, einem Massaker und anderen Greueltaten zu verwischen; aber ich behaupte dadurch doch nicht, daß irgendeine dieser Scheußlichkeiten genau so *schlimm* gewesen sei wie der Holocaust (egal, was *das* nun wieder heißt), sondern nur, daß die Beteiligten, die Entscheidungen und deren brutale Umsetzung vieles gemein gehabt haben könnten. Ich finde es eigenartig, wenn Leute die Ermordung von sechs Millionen Juden als »Mysterium« bezeichnen, den Mord an mehreren Millionen Kambodschanern aber als eine eher durchschnittliche, glasklare Angelegenheit. Die Wahrheit sieht hingegen leider so aus, daß es kaum Dinge in der Weltgeschichte gibt, die weniger geheimnisvoll und einzigartig sind als Völkermord.

Es stimmt, daß der Holocaust aufgrund seines grauenhaften Antisemitismus einzigartig dasteht, daß die bloße Tatsache, Jude zu sein, ein Todesurteil war. Doch der Historiker Irving Louis Horowitz sagt dazu in seinem Essay »The Exclusivity of Collective Death«: »Man begeht einen schweren Fehler, wenn man Unterschiede zwischen den Völkern dadurch hervorhebt, daß man die Einzigartigkeit des Antisemitismus behauptet; dadurch schränkt man die Möglichkeiten einer gemeinsamen politischen und menschlichen Haltung gegenüber der Bedeutung von Völkermord und Holocaust ein ... Wenn man auf einer säuberlichen Scheidung beharrt und darauf besteht,daß die bloße jüdische Existenz das Verbrechen gewesen sei und deshalb sich die Situation der Juden von jedem anderen Massenmord, ganz gleich, was diesen auslöste, unterscheide, dann birgt diese Einstellung ein gefährliches Element der Mystifikation.«

Ein Gutteil des Argwohns und der Gereiztheit in dieser Frage rührt daher, daß man den privilegierten Status des Holocaust im Pantheon der Völkermorde aufrechterhalten möchte. Es genügt nicht, daß der Holocaust schrecklich war; er muß als *einzigartig* schrecklich gelten. Tatsächlich spricht man gelegentlich davon, daß die Katastrophe der Juden unter Hitler zu einem Bruch in der Geschichte geführt habe. »Der Holocaust steht als eine Abweichung vom Geschichtsverlauf ganz allein in der Zeit da«, sagt Menachem Rosensaft. Und Eli Wiesel schreibt, daß »das Universum der Konzentrationslager schon von der Anlage her außerhalb, wenn nicht gar jenseits der Geschichte liegt. Das Vokabular dieses Universums gilt nur in diesem selbst.« Was mich überrascht, ist das Ausmaß, in welchem eine derart apokalyptische, religiös-mythologische Lesart historischer Ereignisse von der Gesellschaft weitgehend akzeptiert worden ist – es sei denn, die Leute liefern einfach Lippenbekenntnisse ab, weil sie dem Charme einer furchteinflößenden Rhetorik erliegen.

Als beispielsweise Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Versuch unternahm, den jüngsten »Historikerstreit« in Deutschland beizulegen, da erklärte er: »Auschwitz bleibt einzigartig. Dieses Verbrechen wurde von Deutschen in deutschem Namen begangen. Dies ist eine unabänderliche Wahrheit, die nicht vergessen wird.« Der Korrespondent der »New York Times«, Serge Schmemann, berichtete in der Ausgabe vom 28. Oktober 1988 weiter: »Herr von Weizsäcker sprach auf einem Historikerkongreß in Bamberg und wies die Versuche einiger Historiker zurück, die systematische Ermordung der Juden in Nazideutschland mit anderen Massenmorden zu vergleichen – etwa mit denen in Kambodscha unter Pol Pot – oder nach auswärtigen Erklärungen dafür zu suchen. Derlei Ansätze wurden von anderen Historikern mit dem Argument angegriffen, dadurch würde versucht, die deutschen Verbrechen zu ›relativieren‹.«

Herr von Weizsäcker wurde zu Recht für seine Integrität und für sein staatsmännisches Verhalten in dieser Angelegenheit gelobt. Aber meiner Meinung nach hat er sich eben auch in gewissem Umfang magischer Beschwichtigungs- und Beschwörungsformeln bedient: einzigartig, unabänderlich, unvergleichlich, unvergeßlich. Ich hätte gedacht, es sei die Aufgabe fachkundiger Historiker, historische Ereignisse, egal, ob es sich dabei um kriminelle Geschehnisse handelt oder nicht, in eine relative Perspektive zu bringen. Natürlich ist Geschichtsschreibung nie wertfrei oder objektiv; aber der Versuch, den Ort eines geschichtlichen Zeitabschnitts innerhalb einesgrößeren Kontextes zu bestimmen, hat doch wahrscheinlich noch immer mehr mit gängigen historischen Methoden zu tun als die Erwartung, Historiker sollten an so etwas wie ein absolutes historisches Ereignis oder an das absolut Böse glauben. Anscheinend fürchtet man, daß die Deutschen dann in unseren Augen aus dem Schneider sind, wenn wir zugeben, daß es Ähnlichkeiten zwischen dem Krieg der Nazis gegen die Juden und anderen völkermörderischen Greueltaten gibt. Genau das Gegenteil ist der Fall, die Deutschen kommen nicht davon, denn wir ordnen sie in eine Reihe mit anderen gräßlichen Verbrechern ein. Und wir behaupten damit, daß die Kräfte in der Geschichte und in der menschlichen Natur, die zu den Todeslagern geführt haben, keine bloße Laune waren und daß man deshalb auf der Hut sein muß.

Es gibt dazu eine scharfsinnige Anmerkung von Yehuda Bauer: »Wenn das, was den Juden widerfuhr, einzigartig war, dann fand es außerhalb der Geschichte statt, dann wird daraus ein mysteriöses Ereignis, ein verkehrtes Wunder gewissermaßen, ein Ereignis von religiöser Bedeutung in dem Sinne, daß es nicht von Menschen herbeigeführt worden ist, denn so versteht man Wunder ja in der Regel ... Wenn das, was den Juden geschieht, einzigartig ist, dann betrifft uns das jenseits von Mitleid und Anteilnahme mit den Opfern per definitionem nicht. Wenn der Holocaust kein universelles Problem ist, warum sollten dann öffentliche Schulen in Philadelphia, New York oder Timbuktu dieses Thema auf dem Lehrplan haben? Die Antwort ist einfach: Es gibt keine Einzigartigkeit, nicht einmal die Einzigartigkeit eines einmaligen Ereignisses. Alles, was einmal passiert ist, kann wieder geschehen, vielleicht nicht auf die gleiche Weise, aber doch in einer entsprechenden Form.«

Wir wollen einen Blick auf die nackten Zahlen des Völkermords in diesem Jahrhundert werfen. Roger W. Smith schreibt in *Genocide and the Modern Age*: »Die Türkei brachte eine Million oder mehr Armenier um; Nazideutschland vernichtete sechs Millionen Juden, aber es wird oft vergessen, daß die Nazis fortfuhren, auch andere Gruppen umzubringen, so daß sich die Zahl aller Opfer, die Kriegstoten nicht eingerechnet, durchaus auf 16 Millionen schätzen läßt; Pakistan schlachtete 3 Millionen Bengalis ab; Kambodscha verursachte den Tod von 3 Millionen Menschen; und die Sowjetunion vernichtete zuerst in den 30er Jahren 20 Millionen Bauern und machte dann in den 40er Jahren weiter, als Hunderttausende ermordetwurden, die der Illoyalität verdächtigten Nationalitäten angehörten.«

Diese Zahlen scheinen etwas hoch angesetzt zu sein. Barbara Haff, die in dem eben erwähnten Buch sowohl niedrigere als auch höhere Schätzungen präsentiert, rundet das Bild ab mit anderen Völkermorden des 20. Jahrhunderts; sie verweist auf die Ausrottung von zwei bis drei Millionen Ibos durch Nigeria; die Abschlachtung von 200.000 – 500.000 des Kommunismus verdächtigten Menschen in Indonesien; die 60.000 – 100.000 Opfer Indonesiens in Osttimor; die 500.000 Bürger Ugandas, die Idi Amin zum Opfer fielen; das Massaker der Tutsis an den Hutus in Burundi mit 100.000 – 200.000 Toten; die 500.000 Südsudanesen, die im Sudan umgebracht wurden – und so weiter.

Die Position, daß der jüdische Holocaust einzigartig gewesen sei, gründet sich hauptsächlich auf folgende Argumente: erstens, das Ausmaß des Verbrechens – es forderte die größte Anzahl von Toten aus einer einzigen Gruppe; zweitens, die Technik des Verbrechens – die Mechanisierung des Mordes in den Todesfabriken; drittens, der bürokratische Vollzug des Verbrechens – die Beteiligung des Staatsapparates auf einem bislang unbekannten Niveau; viertens, das Ziel des Verbrechens – der ausdrückliche Vorsatz, auch den allerletzten Juden auszurotten. Von daher behauptet man, daß Hitler, auch wenn er viele Polen umbringen ließ, eigentlich immer noch die Absicht hatte, die Mehrheit der Polen als Sklavenarbeiter zu benutzen. Viele Wissenschaftler wenden ein, es sei Hitlers Ziel gewesen, auch die gesamte Zigeunerbevölkerung auszulöschen; andere wiederum bestreiten diese Absicht. Der Umstand, daß eine Gruppe nicht zur totalen Ausrottung vorgesehen war, markiert einen wichtigen Unterschied, tröstet aber kaum die Zigeuner, die Homosexuellen, die Radikalen, die Polen und Slawen, die wirklich von den Nazis umgebracht wurden.

Alan Rosenberg behauptet, die Einzigartigkeit des Holocaust beruhe vor allem auf dem »nazistischen Mißbrauch von Wissenschaft und Technik, auf der Anwendung bürokratischer Methoden, auf den Prinzipien organisatorischer

Leistungsfähigkeit und auf einer konsequenten Kosten-Nutzen-Analyse«. Diese Einschätzung, die offenkundig auch auf die Folgen für die Gegenwart abzielt, stimmt mit Adornos und Horkheimers philosophischem Argument überein, demzufolge es sich bei der systematischen, ordentlichen, sozusagen »deutschen« Art, in der die Morde durchgeführt wurden, um das endgültig zuschanden gewordene Erbe der aufklärerischen Vernunft des Westens gehandelt habe. Sicherlich beruht ein Großteil der anhaltenden Faszination, die der Holocaust auf uns ausübt, auf dessen negativer Utopie, auf dessen wahnhaftem Einsatz rationalisierter und mechanisierter Verfahren. Aber ich frage mich, ob nicht ein Gutteil der Bedeutung, die wir diesen Faktoren beimessen, viel eher die narzißtischen Tendenzen unserer westlichen technologischen Gesellschaft widerspiegelt. Macht es wirklich so viel aus, ob Millionen nach den Vorgaben von Eichmanns Zeitplänen vergast worden sind oder ob sie langsam einem primitiven Hungertod preisgegeben wurden, wie unter Stalins Regime, oder ob sie von heruntergekommenen jugendlichen Khmer Rouge zu Gewaltmärschen gezwungen und dann enthauptet oder erschlagen wurden? Macht sich vielleicht die Familie, die den Tod eines Angehörigen betrauert, der vom Mob indonesischer Bürgerwehren in Stücke gerissen wurde, irgendwelche Gedanken über den Mißbrauch von Wissenschaft und Technik? Zählt Ordentlichkeit eigentlich so verdammt viel?

Man kann sich kaum der Schlußfolgerung entziehen, daß für uns Nordamerikaner jene Mengen anderer Opfer nicht so viel bedeuten wie jüdische Leichen. Ist das einfach deshalb so, weil es sich um Menschen aus der Dritten Welt handelt – um Schwarze, Braune, Gelbe? Und sollten sie weiß sein, dann handelt es sich nicht um Westeuropäer, sondern um Randfiguren, die uns zu fern stehen, um unser Mitgefühl zu erwecken. In welchem Maß ist dabei die pure Klassenzugehörigkeit ein Faktor? In vielen Büchern und Filmen über den Holocaust spüre ich, wie ich animiert werde, ein besonders erhebendes Gefühl zu haben, wenn nette, gebildete Angehörige des Mittelstandes, wenn also *zivilisierte* Leute zusammengetrieben und in Viehwagen verfrachtet werden, ganz so, als ob die Vernichtung unwissender Bauern weniger schmerzlich wäre. Die inzwischen vertrauten Nachrichtenbilder von Menschen in Asien, die mit ihrer spärlichen Habe auf einem Handwagen dem Gemetzel entfliehen, werden von uns noch immer als Katastrophen gelesen, an denen »Massen« beteiligt sind, während die Bilder von Juden, die sich in Mantel und Hut zum Abtransport aufstellten, uns gerade deshalb ans Herz gehen, weil wir auf ihnen eine Reihe von Individuen sehen. Und unser Begriff von Individualität ist historisch verknüpft mit dem Mittelstand; darüber hinaus standen die Juden oft für Individualität in der Moderne, vor allem wegen ihrer Außenseiterrolle und ihres Engagements in geistigen und künstlerischen Dingen. Ich will keineswegs sagen, daß alle Juden, die in den Lagern umkamen, zur Bourgeoisie gehörten; aber ich bin der Auffassung, daß der Mord an den europäischen Juden deshalb, weil der Großteil der Berichte sich auf die bürgerlichen Opfer des Massenmords konzentriert, ein sehr viel tieferes Mitgefühl bei uns hervorruft als die Vernichtung der Bengalis, der Bevölkerung von Osttimor oder das Abschlachten der Ibos.

»Was ist los mit dir?« kann ich gewisse jüdische Leser fragen hören. »Stehen dir die eigenen Toten nicht näher als andere? Man kann ja verstehen, wenn Schwarze sich mehr Gedanken über die Sklaverei als über den Holocaust machen oder wenn Armenier ihre Ermordeten mehr betrauern als unsere. Aber warum bestehst du, ein Jude, darauf, so darüber zu sprechen, als zählten die anderen genau so viel wie unser eigen Fleisch und Blut, das in den Gaskammern ermordet wurde?« Ich weiß es nicht; irgendwie muß mir das Stammesgefühl abgehen. Wenn es um Massenmord geht, kann ich keinen Unterschied zwischen ihren und unseren Toten sehen.

Daß wir fortfahren müssen, irgendwie mit dem Holocaust zurechtzukommen, ist offenkundig. Die Frage ist aber: Welche Form wird dieses Gedenken annehmen? Wer ist der Adressat? Wer darf dabei sprechen? Und was ist zu sagen erlaubt, gibt es Grenzen des Diskurses?

Gegenwärtig wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir dringend immer wieder an den Holocaust erinnern müssen, um dem Gift extremistischer »Revisionisten« unter den Historikern, zu denen etwa Robert Faurisson zählt, entgegenzuwirken. Ehrlich gesagt, ich glaube nicht, daß die Welt dadurch in Gefahr gerät, die Geschichte anders zu sehen, wenn Faurisson und seinesgleichen leugnen, daß die Massenvernichtung der Juden je stattgefunden hat. Sie sind eine irre Randerscheinung, die uns immer begleiten wird. Es ist sicherlich sinnvoll, diesen Leuten gegenüber auf der Hut zu sein, aber man muß deshalb nicht paranoid werden und ihre tatsächliche Überzeugungskraft übertreiben.

Wenden wir uns den eher zurückhaltenden Revisionisten zu, wie etwa dem Historiker Andreas Hillgruber, der den Versuch unternommen hat, den Zusammenbruch der Ostfront mit dem verstärkten Betrieb der Todeslager in Verbindung zu bringen, und der meinte, daß viele deutsche Soldaten heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hätten. Der gefühllose Ton solcher Ansichten mag uns durch Mark und Bein gehen oder unsere Alarmglocken zum Schrillen bringen, weil derlei Auffassungen bis weit nach rechts von Nutzen sein können; die größere Bedrohung indes, die sie für die Lauterkeit unserer Empörung darstellen, liegt darin, daß manches an diesen Äußerungen vielleicht ein Körnchen Wahrheit enthalten könnte.

Läßt sich denn wirklich bestreiten, daß einige deutsche Soldaten im 2. Weltkrieg anständige Menschen gewesen sein mögen, die Opfer der Umstände wurden? Können wir die Schuld nach Kompaniezugehörigkeit einteilen und entscheiden, wie das viele in der Regel tun, daß ein normaler deutscher Infanterist wahrscheinlich nicht durch und durch bösartig, jeder SS-Angehörige aber ein sadistischer Verbrecher war? Ich meinerseits kann mir ganz gut vorstellen, wie ein Jugendlicher,

der es nicht besser wußte, vom Zeitgeist ergriffen wurde und aus Idealismus der SS beitrat. (Man mag wegen des scheinbaren Oxymorons »Naziidealist« die Nase rümpfen, aber noch jede politische Bewegung erzeugte ihre eigenen jugendlichen Idealisten.)

Ich weiß von keinem anderen Ereignis in jüngster Zeit, das gebildete Menschen in einer ungläubigen Empörung derart vereint hat, wie Präsident Reagans Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Glücklich, meinen Hohn über einen Präsidenten ausschütten zu können, den ich verachtete, stimmte ich damals in den Chor mit ein, allerdings mit einem leicht unguten Gefühl, das ich aus Feigheit aber nicht artikulierte. Wenn ich jetzt darüber nachdenke, dann meine ich, es war eigentlich keine so niederträchtige Sache, daß der Präsident einer siegreichen Nation beim Staatsbesuch einen Kranz an den Soldatengräbern seines besiegten Feindes niederlegte. Diese Geste enthält ein Moment altmodischer homerischer Edelmütigkeit. *Aber verstehst du denn nicht? Auf diesem Friedhof waren SS-Soldaten beerdigt! Reagan signalisierte den Neonazis, daß alles vergeben sei.* Schon gut, ich erinnere mich an dieses Argument. Doch um fair gegenüber Reagan zu sein, muß man erwähnen, daß er auch dem Holocaust Tribut zollte. Wogegen sich also alle Einwände in Wirklichkeit richteten, das waren äußere Erscheinungen. Wir durften es nicht zulassen, daß irgendein versöhnliches Element auftauchte, das den Unterschied zwischen radikal gut und radikal böse verwischte, selbst wenn es für uns alle eindeutig klar war, daß Reagan den Nazismus nicht klammheimlich billigte. Der Holocaust ist zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden, bei der wir Juden das Gesicht wahren, den Antisemitismus ausmachen und diesen selbst dann anprangern müssen, wenn wir wissen, daß es sich bei dem, was dahintersteht, um etwas anderes handelt.

Eine ähnliche Reaktion gab es, als der westdeutsche Bundestagspräsident Philipp Jenninger eine Rede hielt, in der er zu zeigen versuchte, wie die Deutschen auf Hitler hereinfielen. Er bemühte sich, die Psychologie des von Hitlers Erfolgsaura faszinierten typischen Deutschen zu rekonstruieren, doch seine Ironie wurde mißverstanden – in manchen Fällen vorsätzlich – , und er wurde zum Rücktritt gezwungen. Jenninger, der übrigens ein langjähriger Unterstützer Israels ist, wurde dafür zur Verantwortung gezogen, daß er richtige Dinge zur falschen Zeit gesagt hat, und insbesondere dafür, daß er aus Nazireden zitierte, ohne jeweils an den entsprechenden Stellen innezuhalten und sich davon zu distanzieren. Aber wie soll es denn möglich sein, diese ganze komplexe historische Erscheinung zu verstehen, wenn man nicht die Sichtweise der Nazis einer erneuten Überprüfung unterzieht? Von welcher Art ist denn das intellektuelle Verständnis einer historischen Situation, wenn diese nur vom Standpunkt der Opfer aus dargestellt wird?

Bei der Beschäftigung mit dem Holocaust spielt der Faktor »Sensibilität« eine Rolle und zwar dergestalt, daß er nach und nach jede öffentliche Auseinandersetzung unmöglich macht, die über den Ausdruck von Trauer und Reue hinausgeht. Und selbst innerhalb dieses eingeschränkten Diskurses halten wir noch ganz eifrig Ausschau nach jedem Anzeichen von Unausgewogenheit. Wird der Papst in seinen Ausführungen über den 2. Weltkrieg die Tragödie der Juden genügend herausstellen? Wenn nicht, dann werden die jüdischen Organisationen sich seiner rasch annehmen. Dieser Hartnäckigkeit, daß wir in allen Trauerritualen immer die Spitzenplätze einnehmen, eignet etwas so Gereiztes, so Eitles und so Divahaftes. Muß denn jede offizielle Verlautbarung, in welcher die Juden nicht an erster Stelle unter den Toten auftauchen, gleich als verhängnisvolles Zeichen des Vergessens betrachtet werden? Selbst wenn es stimmte, daß hinter diesen offiziellen Äußerungen oder Unterlassungen ein gewisser Groll gegen die Juden, eine Vorform des Antisemitismus, lauert, dann hinterlassen unsere Überwachungsarbeit und unsere argwöhnischen Einwände nur den Eindruck einer jüdischen Lobby, die wie ein Puppenspieler die Sprache von Politikern und Päpsten zu kontrollieren sucht.

Immer wenn ich in der Zeitung einen Artikel über die Eröffnung einer weiteren Gedenkstätte und noch eines Holocaustmuseums lese, wenn ich die Fotos mit den vornehmen Sponsoren sehe, wie sie bei der Grundsteinlegung dabei sind oder um ein Modell herumstehen, dann fängt mein Magen an, nervös zu werden. Was ich für mich selbst herausfinden muß, ist die Antwort auf die Frage, welchen Anteil an diesem Unbehagen legitime Zweifel haben und wieviel einfach von der alten Angst herrührt, wir könnten uns selbst zu sichtbar machen, wir könnten zu viel Aufmerksamkeit auf jüdische Dinge in einer Welt lenken, die immer antisemitisch bleiben wird. Ich möchte natürlich gerne denken, daß es weniger mit Feigheit als mit anderen Dingen zu tun hat. Was also könnte eigentlich an einer Holocaust-Gedenkstätte falsch sein?

Ich möchte mit einer vielleicht etwas naiven Antwort beginnen: Es will mir wirklich nicht in den Sinn, warum sowohl New York als auch Washington ein Holocaustmuseum haben sollten. Oder warum jede größere Stadt in den Vereinigten Staaten anscheinend dieser europäischen Tragödie auf die eine oder andere Weise gedenkt.

Ein israelischer Lyriker, der auf Lesereise durch die Vereinigten Staaten war, wurde in den Keller einer Synagoge in Ohio geführt, wo man ihm voller Stolz das Mahnmal der Gemeinde für die sechs Millionen Toten zeigte: eine Fackel, die dort ewig brennen sollte. Der Lyriker murmelte nur vor sich hin: »Shoah flambiert.« In Israel können sie darüber Witze machen. Holocaustdenkmäler scheinen für mich vor allem zum Ausdruck zu bringen, daß hier jemand seine ethnischen Muskeln spielen läßt; sie sind ein Zeichen dafür, daß diese oder jene jüdische Gemeinde, etwa in St. Louis oder in Seattle, über die finanzielle oder politische Schlagkraft verfügt, ein solches Denkmal zu errichten.

In der Vergangenheit erinnerten Denkmäler an Siege und ruhmreiche Taten; damit sollte in den Augen der polis Unsterblichkeit angestrebt werden. Aber angesichts des zweifelhaften Überlebens unseres Planeten und angesichts der Tatsache, daß wir nach Vietnam und Watergate reichlich ernüchtert waren, was den Ruhm als Ideal betrifft, wäre die Errichtung eines patriotischen Reiterdenkmals bloß noch peinlich. Was mich betrifft, so kann ich auch ohne weitere Kanonen und Generäle auf Sockeln gut leben. Andererseits hat die Entthronung des Ruhms zu der Tendenz geführt, Denkmäler für die Schande und die historischen Alpträume zu errichten. Diese Monumente bewirken meist, daß der Besucher sich schlecht fühlt, während sie gleichzeitig eine geziemend ferne und abstrakte Aura bewahren – und dies um so mehr, je weiter sie geographisch vom Ort der Qualen entfernt liegen. Auschwitz ist eine Sache: Die historisch getreue Erhaltung der Todeslager *in situ* ist absolut sinnvoll. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn man den unteren Teil eines neuen Hochhauses mit Luxusappartements in Lower Manhattan für ein Holocaustmuseum verwendet, für welches der Bauherr die übliche Steuererleichterung erhält.

Auch wenn das snobistisch klingen sollte, ich sehe Museen vor allem als Orte, an denen interessante Gegenstände ausgestellt und betrachtet werden können. Einrichtungen wie Yad Vashem (Museum für die Helden und Märtyrer des Holocaust) und das Diasporamuseum in Israel, die wenig auszustellen haben und deshalb hauptsächlich Dias, vergrößerte Fotos und Begleittexte an den Wänden zeigen, sind in meinen Augen hauptsächlich Propagandafabriken mit der manipulativen Aufgabe, den Besucher eine bestimmte emotionale Erfahrung machen zu lassen. Sie sind wie eine Geisterbahn, die dem jüdischen Leiden gewidmet ist, oder wie ein Erlebnispark in Disneyland. Der Erfolg der Ausstellung hängt alleine davon ab, daß man richtig vorprogammiert ist, wenn man das Museum betritt, und davon, daß der Besucher damit einverstanden ist, daß dann die Knöpfe bei ihm gedrückt werden.

Eine Frau, die ich kenne, ein Kind von Überlebenden der Lager, war mit Geschichten über Hitler und Buchenwald aufgewachsen, die sie bei jeder Mahlzeit zu hören bekommen hatte. Schließlich machte sie einen Besuch in Yad Vashem. Sie war so randvoll mit vorgefertigten Emotionen, derart bereit, sich von diesem Erlebnis wegfegen zu lassen, daß sie, kaum hatte sie die Gedenkstätte betreten, einen Lampenschirm entdeckte und dachte: »Oh mein Gott, das könnte mein Onkel Morty sein«, in Tränen ausbrach und aus dem Museum rannte. Ihr Begleiter holte sie ein und versuchte, sie zu beruhigen. »Aber Hilda«, sagte er, »diese Lampenschirme gehören zu dem Teil der Ausstellung, in dem das typische Arbeitszimmer eines jüdischen Gelehrten vor dem Holocaust gezeigt wird.«

Als ich selbst Yad Vashem besuchte, gehörte ich zu einer Gruppe jüdisch-amerikanischer Akademiker, die das alles ganz »stark« fanden, so daß ich mich nicht getraute, den Mund aufzumachen. Einige der Ausstellungsstücke waren zweifellos interessant, aber es war kein überwältigendes Erlebnis für mich. Mich setzte eher etwas anderes in Erregung, nämlich der mit theatralischen Mitteln betriebene parteiliche Mißbrauch historischer Methoden. Es fiel mir außerdem schwer, mir angesichts einer derart hohen moralischen Inanspruchnahme die sechs Millionen Toten ins Gedächtnis zu rufen. Das umgebende Grundstück war eine Art Denkmalpark voller Statuen, die ein Gemisch aus Sentimentalität und Expressionismus verkörperten. Unser Museumsführer erklärte, daß der Stahlpfeiler sowohl einen Schornstein als auch eine transzendentale Leiter symbolisiere. All dies Gerede über Kunst und Symbolismus erinnerte mich an die Bemerkung eines israelischen Freundes: »Wenn man schlechte Skulpturen in Lebensmittel verwandeln könnte, dann könnte Israel die Welt ernähren.«

Der Gedenkhalle in Yad Vashem eignete der trostlose architektonische Charme, wie ihn eben Stein und Beton produzieren; das Feuer (eine weitere »Ewige Flamme«) wurde in diesem Falle allerdings noch überboten von einem schwarzen Natursteinrelief, das vermutlich verkohlte Knochen symbolisieren sollte. Jemand aus meiner Gruppe fertigte ein Gedicht an, das er vervielfältigte und das wir dann laut lasen:

»In Gegenwart der Augen

die das Abschlachten sahen

und die Unterdrückung sahen

welche kein Herz ertragen kann ...

Habe ich den Eid geschworen: all dessen zu gedenken,

mich zu erinnern und niemals zu vergessen!

In Gegenwart der Flamme

einem Symbol des Abschlachtens...

in Gegenwart der Flamme

einem Symbol ewiger Erinnerung...

in Gegenwart der Flamme

die wir in unseren Herzen entzünden

schließen wir uns unseren geheiligten sechs Millionen an.«

Warum mußte das Gedicht so schlecht sein? Bei Kitschpoesie fange ich nämlich an, rebellisch zu werden.

Hört sich das eben Gesagte wie die Spinnerei eines pingeligen Ästheten an? Tut mir leid. Aber ich möchte daran erinnern, daß es sich tatsächlich um ein ästhetisches Problem handelt, worüber wir reden – daß hier der Versuch unternommen wird, ein enormes Ereignis wirkungsvoll zu präsentieren. Die Toten von Auschwitz sind nicht in Yad Vashem begraben; seien Sie versichert, ich beleidige ihr Andenken nicht. Yad Vashem ist das Produkt von uns Lebenden, und als solches ist es unserer leidenschaftslosen Überprüfung und Kritik unterworfen. Es handelt sich um nichts anderes als um Götzendienst, wenn man religiöse Ehrfurcht auf diese jüngst erbaute Touristenattraktion projiziert.

In einem brillanten Essay mit dem Titel »The Kitsch of Israel«, der in der »New York Review of Books« erschien, schrieb Avishai Margalit: »Israels heilige Stätte des Kitsches ist nicht, wie man vermuten könnte, die Klagemauer, sondern ein Ort, der von jeglichem Anflug von Kitsch hätte am weitesten entfernt sein müssen: Yad Vashem, die Gedenkstätte für den Holocaust. Dort wurde neulich ein ›Kinderzimmer‹ eingeweiht, ein stockdunkler Raum, in dem man vom Tonband die weinenden Stimmen von Kindern hört, die auf Yiddisch nach ›Mama‹ und ›Tate‹ rufen ... Die wahre Bedeutung dieses Raums liegt nicht darin, daß damit des allerschrecklichsten Ereignisses in der Geschichte der Menschheit gedacht wird, nämlich der systematischen Ermordung von zwei Millionen Kindern, Kindern von Juden und Zigeunern, die nur für das, was sie waren, und nicht für das, was sie getan hatten, ermordet wurden. Dieses Kinderzimmer soll eher dazu dienen, dem ausländischen Staatsbesucher, der eilends und noch ehe er sein Gepäck im Hotel abstellen konnte, nach Yad Vashem gebracht wird, eine Botschaft zu übermitteln, und zwar die Botschaft, daß wir alle hier in Israel diese Kinder sind und daß Arafat hinter uns her ist. Auch für den internen Gebrauch gilt diese Botschaft. Über die PLO im selben Ton zu reden wie über Auschwitz, ist ein wichtiges Element bei der Verwandlung des Holocaust in Kitsch.«

Eine andere Methode der Erinnerung an den Holocaust ist die Art und Weise, wie er an den Grundschulen unterrichtet wird. Das pädagogische Problem, das ich mit diesen Unterrichtseinheiten über den Holocaust habe, besteht darin, daß dieser Stoff gewöhnlich für die Schüler wie vom Himmel fällt und daß er kaum eine Beziehung zu anderen Gegenständen des Lehrplans aufweist. Als jemand, der zwölf Jahre lang in Grund- und Mittelstufen unterrichtet hat, habe ich viele Gelegenheiten gehabt, zu sehen, wie die jüngsten Zugeständnisse an ethnische Interessengruppen – etwa die Puertorikanische Woche, der Monat für Geschichte der Schwarzen oder die Holocaust-Woche – von den Schülern als bloße Spielereien betrachtet werden, die nicht ernstzunehmen sind. Ich erinnere mich an den Tag, als die örtliche Holocaustspezialistin für den Schulunterricht zu Viertklässlern in der P.S. 75 kam und mit ihrer süßen, feierlichen Stimme anfing, die Schrecken eines Konzentrationslagers zu beschreiben. Die Kinder hörten ihr mit widerwilliger Höflichkeit zu; sie waren nicht so sehr verstört, weil das Thema für ihre Altersgruppe ungeeignet war, sondern weil jedes so künstlich eingeführte Thema, das so wenig mit ihrem übrigen Unterricht zu tun hat, von ihnen als Aufdringlichkeit gewertet werden würde.

Ich weiß, es ist sehr viel verlangt, aber wir sollten versuchen, den Holocaust in einem größeren Zusammenhang zu unterrichten, nämlich als Teil eines erneuerten und allgemein verstärkten Geschichtsunterrichts. Warum soll man Hitler vollständig von Bismarck, Kaiser Wilhelm, Adenauer oder Stalin abtrennen? Warum soll man Kinder etwas über Buchenwald und nicht auch über andere Völkermorde lehren? Der Holocaust ist der erste, manchmal der einzige offizielle Schulunterricht über die Frage des Todes oder das Problem des Bösen. Natürlich sehen Kinder täglich Krieg und Blutvergießen in den Sechs-Uhr-Nachrichten; aber in der Schule wollen wir anscheinend, daß sie die Schrecken der Massenmorde allein aus den Darstellungen über das Schicksal der Juden erfahren. Es ist fast so, als ob wir Juden das Leid monopolisieren und den Tod als unser Eigentum reklamieren wollten. Aber während das Judentum, darauf hat Irving Louis Horowitz hingewiesen, als Lebensführung etwas Besonderes ist, gibt es keine »besondere Art jüdischen Sterbens. Sterben ist ein universelles Eigentum vieler Völker, Kulturen und Nationen.«

Ich kann mir nicht helfen, aber ich sehe in diesem Ausrottungsstolz eine weitere Variante des biblischen Bundes: Dieses Mal wurde das Auserwählte Volk auserwählt, um außerordentlich zu leiden. Damit wird der Holocaust einfach zu einem weiteren Anlaß für jüdischen Chauvinismus. »Die Säkularisierung«, schrieb Hannah Arendt, »erzeugte einen richtigen jüdischen Chauvinismus, wenn wir unter Chauvinismus den pervertierten Nationalismus verstehen, in welchem (den Worten Chestertons zufolge) ›es das Individuum selbst ist, das angebetet wird; das Individuum ist sein eigenes Ideal, ja sogar sein eigenes Idol‹. Von nun an war die alte Vorstellung von der Auserwähltheit nicht mehr der Wesensgehalt des Judentums; sie bildete von nun an die Substanz der Jüdischkeit.«

Es gibt neben dem Chauvinismus noch andere Gründe, warum Juden die Rolle des Hauptopfers ungern preisgeben. Es hebt unsereinen hervor, wir haben dadurch eine Art privilegierten Status als Nation auf der moralischen Ehrentafel, vergleichbar dem Status, den die amerikanischen Indianer eine Weile genießen konnten. Nach Hitlers Niederlage wurde uns Juden in

den Augen der Welt eine kurze Gnadenfrist eingeräumt, wir wurden bedauert, und man schätzteuns als eine bedrohte Art. Wenn man in Rechnung stellt, daß dieWelt in der Vergangenheit dazu neigte, ein verzerrtes und dämo-nisches Bild von den Juden zu haben, dann sieht es fast so aus,als ob es keinen Mittelweg gäbe: Entweder fährt man fort, für den Status des verfolgten, guten Opfers zu kämpfen, oder man wartet, bis das Pendel nach der anderen Seite ausschlägt, wo wir als besonders heimtückisch angesehen werden. Aber meiner Meinung nach muß es einen dritten Weg geben, und es lohnt sich, dafür zu kämpfen. Wäre es uns in der Zwischenzeit nicht möglich, für die anderen Völker, die Opfer geworden sind, etwas mehr Mitgefühl aufzubringen und nicht so sehr darauf zu bestehen, daß unsere Wunden viel heftiger bluten?

Theodor W. Adorno machte einmal die absichtlich provokative Äußerung, daß es nach Auschwitz keine Poesie mehr geben könne. So sehr ich Adornos Schriften schätze, muß ich doch fragen: Warum eigentlich nicht? Soll das angesichts all der großartigen Lyrik, die seit 1945 entstanden ist, heißen, daß alle diese Nachkriegsdichter irgendeinem höheren Taktgefühl gegenüber unempfänglich waren? Der deutsche Filmemacher Alexander Kluge hat einmal erklärt, was Adorno mit seiner Bemerkung wirklich gemeint hat: Jede Kunst, die heute Auschwitz nicht in Rechnung stelle, verdiene die Bezeichnung Kunst nicht. Dies ist eine dieser großspurigen, einschüchternden Äußerungen, denen man in der Öffentlichkeit zustimmt, während man insgeheim denkt: Huh? Kunst ist ein weites Feld; muß sie sich denn in jedem Fall und immer auf die Todeslager einlassen, so wichtig diese auch sind? Wie selbstsüchtig ist doch dieser Holocaust, wenn er darauf besteht, jeder schöpferischen Tätigkeit seinen Stempel aufzudrücken.

Andererseits sind ganze Bände darüber geschrieben worden, daß der Holocaust sich gegen Kunst sperre. Eli Wiesel erklärte einmal: »Kunst und Auschwitz sind unvereinbar.« Viele Leute nicken bei einem solchen Satz ernst mit dem Kopf, aber stimmt er überhaupt? Vielleicht möchten sie glauben, daß es einen Bereich gibt, eine Domäne, die vor dem gierigen Zugriff des Künstlers geschützt werden sollte. Tatsächlich aber ist eine ganze Anzahl vorzüglicher Kunstwerke über die Tragödie der Juden unter den Nazis entstanden. Es fallen einem sofort die Bücher von Primo Levi ein, die Gedichte von Paul Celan und Nelly Sachs, die Theaterstücke von Tadeusz Kantor, Filme wie Resnais' *Nacht und Nebel*, Ophüls' *Le chagrin et la pitié (Das Haus nebenan)* und *Hotel Terminus*, Loseys *Mister Klein*, Cortis *Wohin und zurück* ... Es stimmt, das ist nicht gerade viel, aber schließlich war aus dem Debakel des 1. Weltkriegs auch nicht viel Kunst hervorgegangen. Wir sollten nicht vergessen, daß 99 Prozent aller künstlerischen Versuche Fehlschläge sind, ganz egal, um welches Thema es sich handelt.

Man hat auch das Argument vorgebracht, die Ungeheuerlichkeit der nazistischen Verbrechen gegen die Juden verlange nach einer Ästhetik, die völlig anders sein müsse als der traditionelle mimetische Ansatz. Mir scheint dies nichts anderes als ein polemisches Plädoyer für bestimmte avantgardistische oder antinaturalistische Methoden zu sein, die willkürlich am Holocaust festgemacht werden. Es stimmt, Paul Celans kryptische, abstrakte Gedichte sind eine beeindruckende Auseinandersetzung mit den Konzentrationslagern, aber dies gilt auch für die konkreten, klaren Berichte von Primo Levi. Ich glaube eigentlich nicht, daß jedes Bühnenstück über den Holocaust notwendigerweise sich die kargen, ritualisierten Techniken zu eigen machen muß, die in der Theaterarbeit von Grotowski oder Kantor vorherrschen, so wirksam diese vielleicht auch sind; es ist eine irregeleitete Idee, wenn man glaubt, daß ein klarer naturalistischer Ansatz die sechs Millionen Toten schänden würde.

Kunst hat ihre eigenen Gesetze, und selbst ein so verheerendes Ereignis wie der Holocaust wird sie wahrscheinlich nicht wesentlich verändern. So verdienstvoll Claude Lanzmanns *Shoa* ist, die Längen des Films, seine Wiederholungen und sein Mangel an Mitgefühl werden, egal, was seine Verteidiger vorbringen, nicht dadurch aufgewogen, daß man auf den Ernst des Themas hinweist, so als müßte ein Publikum sich erst einer achtstündigen filmischen Berg- und Talfahrt unterziehen, um davon überzeugt zu werden, daß es den Holocaust wirklich gegeben hat. Ein dichterer Film hätte das gleiche erreicht und wäre ein stärkeres Kunstwerk geworden. Lanzmann könnte entgegnen, daß ihm die von der Kunst gestellten Ansprüche, verglichen mit den Forderungen des Holocaust, egal seien. Unglücklicherweise kann man jedoch nicht zur selben Zeit das Spiel der Kunst mitmachen und nicht mitmachen.

Wenn man sagt, der Holocaust eigne sich nicht für künstlerische Behandlung, dann meint diese Äußerung für gewöhnlich, daß der Massenmord ein unermeßliches und zu schreckliches Ereignis sei, um es bloß als Metapher oder als Staffage zu verwenden. Ich verstehe gewiß den Unwillen, den ernsthafte Leute angesichts der Parade seichter Filmmelodramen und angesichts der Dokudramen im Fernsehen verspüren, wenn das Milieu Nazideutschlands immer in einer Art Schaudergeschichte beschworen wird. Ja, wo wäre eigentlich die gegenwärtige europäische Filmkunst ohne den Holocaust? Als Aufhänger für die Handlung rangiert er gleich hinter Untreue. Für den zersplitterten europäischen Filmmarkt ist das Trauma des 2. Weltkriegs wahrscheinlich die einzige gemeinsame historische Erfahrung, auf welche kommerziell gemachte Geschichten zurückgreifen können. Doch die Mittelmäßigkeit solcher »Prestigefilme« wie bespielsweise Truffauts *Die letzte Metro*, Viscontis *Die Verdammten*, Zanussis *Wege in der Nacht*, Malles *Lacombe Lucien*, De Sicas *Der Garten der Finzi Contini* oder Szabos *Hanussen* illustrieren nur, bis zu welchem Grad selbst bei begabten Regisseuren der Naziterror zu einem abgedroschenen Genre erstarrt ist, zu einer ritualisierten Kostümparade und einer Ansammlung rührseliger Verhaltensweisen, bis zu welchem Grad es all diesen Filmen an der persönlichen Handschrift im

Detail fehlt. Jetzt haben wir das Dritte Reich als Ausstattungsstück: immer rote Hakenkreuzfahnen, immer Kübelwagen und Schaftstiefel, die plötzlich in einer besonders gut ausgeleuchteten Nachtszene aufblitzen, und immer klirrt irgendwo Glas – lauter Zubehör, das sich in Technicolor weit weniger bedrohlich ausnimmt als früher in Schwarzweiß. Endlos wird die Handlung von *Cabaret* variiert, die Darsteller zappeln in einem frivolen, »dekadenten« sexuellen Durcheinander herum, bis die bösen Nazis nach der Hälfte des Films unangemeldet auf den Plan treten und die Ordnung wie die dramaturgische Spannung mit einem Schlag wiederherstellen. Die Gestapo spielt Schicksal, rettet die Geschichte vor ihrer Ziellosigkeit – und ist deshalb des Drehbuchautors bester Freund. Am Anfang werden die jüdischen Protagonisten, ohne daß sie wissen, wie ihnen geschieht, in die Geschichte hineingezogen und merken dann allmählich, daß es noch etwas Größeres gibt als ihre persönlichen Verstimmungen. Inzwischen scheiden sich, und hierbei fungiert der Holocaust als Lackmustest, die christlichen Charaktere in Betrüger und noble, selbstlose Nachbarn, und dann bereitet sich das Publikum auf jene letzte läuternde Szene vor, in der die Opfer sich an der Eisenbahnrampe sammeln ...

Daß man die Klischees aufzählt, bedeutet aber immer noch nicht, daß man den Standpunkt teilt, es könne kein Kunstwerk über den Holocaust geschaffen werden. Ganz im Gegenteil, es heißt nur, vom Künstler zu verlangen, daß er jenseits aller Versuche, das Thema sentimental oder genrehaft zu bearbeiten, einen komplexeren, detaillierteren, persönlicheren und originelleren Weg findet.

Bella ist eine meiner ehemaligen Schülerinnen, und ihr Vater hat immer versucht, sie dazu zu bringen, sich Resnais' *Nacht und Nebel* anzuschauen, einen zugegebenermaßen guten Film über die Todeslager. Ihr Vater glaubte, wir alle müßten uns auf die eine oder andere Weise mit dem Holocaust auseinandersetzen, und er tat dies so, wie es sich für einen gebildeten Menschen ziemt: Er las alle möglichen Bücher zu diesem Thema und schaute sich alle möglichen Filme dazu an. Diese Art der Auseinandersetzung drängte er seiner Tochter auf. Aber Bella wollte *Nacht und Nebel* nicht sehen. Als Kind hatte sie einige krankhafte Ängste gehabt, doch selbst nachdem sie diese überwunden hatte, blieb noch etwas zurück von dem, wie ihr Vater ihr den Film eingeredet hatte, das sie irgendwie mißtrauisch machte. Er versuchte immer wieder, sich mit ihr in einem Kino zu verabreden, wo der Film gerade lief. Er sagte ständig: »Aber du schuldest es *ihnen*, den Film anzusehen.« Ihnen: den Gespenstern, den sechs Millionen. Bella weigerte sich. Inzwischen ist sie nach Israel übergesiedelt, wo sie auf ihre Art ein gutes jüdisches Leben führt.

Wie sehen denn unsere Verpflichtungen *ihnen* gegenüber aus? Welcher Art auch immer sie sein mögen, das kann uns kein Lebender sagen.

Wenn ich Bücher über den Holocaust lese oder mir Filme zu diesem Thema anschaue, dann tue ich das eher aus Neugier und eher mit dem Bedürfnis, etwas über die Geschichte zu erfahren, als mit dem Gefühl, eine religiöse Verpflichtung gegenüber den Opfern zu haben. Ich bin nicht davon überzeugt, daß Geschichte sich anzueignen heißt, sich selbst der vergangenen Erfahrung emotional auszusetzen – oder sich Vorwürfe zu machen, wenn man dabei nicht genug fühlt.

Ich will versuchen, das Problem der Einfühlung zu beleuchten. Ein jüdischer Pädagoge schrieb unlängst, daß wir einen Weg finden müßten, daß unsere Jugend »die Erinnerung an unsere Toten schmerzlicher verspürt«. Doch die Bemühungen, sich in die Vergangenheit des Holocaust hineinzuversetzen, einige Minuten lang das »durchzumachen«, was andere in den Transportzügen und in den Lagern durchlitten haben, um dadurch diese Pein in sich selbst aufzunehmen, diese Bemühungen sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es ist schon schwer genug, in einer Psychoanalyse die *eigene* Vergangenheit gefühlsmäßig zurückzuholen; wenn man nun erwartet, daß ausgedachte Erinnerungen vermittels Emotionen durchlebt werden könnten, dann ist das entweder zu viel verlangt oder bloße Effekthascherei, wie man sie beispielsweise aus jenen Kursen zur Geschichte der Schwarzen kennt, wo man Studenten aneinandergekettet auf dem Boden kriechen ließ, um ihnen ein existentielles Gefühl für die Situation im Laderaum eines Sklavenschiffs zu vermitteln.

Pseudowissenschaft. Geborgter Mystizismus. Wenn wir uns den Gedanken aufzwingen, daß wir selbst eine Prise Auschwitz verspüren müßten, dann ahmen wir unbewußt die christlichen Mystiker nach, die am eigenen Leib die Qualen des Gekreuzigten erfahren wollten. Aber solch unersättliche Gier nach einfühlendem Leiden gehörte nie zur jüdischen Religion. Zwar wurden jüdische Rabbiner und Weise ihres Glaubens wegen getötet, die mündliche und schriftliche Überlieferung erzählt davon, doch das Judentum hat in der Vergangenheit bewußt vermieden, eine Geschichtsschreibung zu etablieren, die auf dem Märtyrertum gründet. Warum tun wir das heute?

In gewisser Weise ist die jüdisch-amerikanische Heiligung des Holocaust eine unbewußte Anleihe bei der christlichen Theologie. Dieses eine tragische Ereignis soll außerhalb und über der Geschichte stehen, und daß dessen Einzigartigkeit verteidigt und verkündet werden muß, macht es der Leidensgeschichte Christi sehr ähnlich. Tatsächlich hat jüngst der christliche Theologe Franklin H. Littell in seinem Buch *The Crucifixion of the Jews* folgendermaßen argumentiert: Die wahre Kreuzigung sei nicht der Tod Jesu, sondern der Holocaust gewesen, und bei der anschließenden Errichtung des Staates Israel habe es sich um die Auferstehung gehandelt. Littell fragt: »War Jesus ein falscher Messias? ... Ist das jüdische Volk nach allem und trotz der zweitausend Jahre christlicher Schmähungen der wahre Gottesknecht, wie er bei Jesajah versprochen wurde?« Und der Kardinal von New York, John O'Connor, schreibt: »Wenn man zu den Juden sagt: ›Vergeßt

den Holocaust‹, ist das, als sagte man zu den Christen: ›Vergeßt die Kreuzigung.‹ Für die Juden in aller Welt ist etwas Geheiligtes am Holocaust. Er stellt ein Mysterium dar, er entzieht sich von vornherein ihrem Verständnis – und unserem.« So schmeichelhaft das auch klingt, es stört mich doch, denn es zeigt, wie leicht das Judentum christianisiert oder zumindest von einem christlichen Vokabular vereinnahmt werden kann, wenn man die Erfahrung des Holocaust mythologisiert.

Die theologischen Verwendungen, die der Holocaust durch eine assimilierte jüdisch-amerikanische Gemeinschaft erfahren hat, sind so vielfältig, daß er inzwischen dabei ist, die Bibel zu ersetzen: Er ist der neue Text, den wir auslegen müssen. Es besteht die Gefahr, daß der »Glamour« des Holocaust das traditionelle religiöse Leben der Juden Amerikas in den Schatten stellt – daß schließlich der Holocaust das Judentum verschlucken wird. Das Vakuum, das früher von Gott behaust war, füllen wir nun mit dem Holocaust aus.

Es war ungefähr 1989, als ich bei einem großen Sederabend in der Gemeinde von Houston zum ersten Mal bemerkte, wie der Holocaust-Gottesdienst das traditionelle Ritual des Passahfestes usurpierte. Daß die Haggadah umgeschrieben wurde, war nichts Neues für mich (in den späten Sechzigern wurde der Vietcong mit den Juden in Ägypten verglichen, die das Joch ihrer Unterdrücker abschütteln wollten), aber die Einführung von Hinweisen auf den Holocaust in jedem zweiten oder dritten Gebet schien eine andere Funktion zu haben. Für viele Leute bei diesem Seder in Texas war der Holocaust sozusagen *das* Herzstück ihres Glaubens; dieser hat sie ihr Judesein am tiefsten fühlen lassen. Die Religion selbst, nämlich die Gebete, die Kommentare, die Rituale, die über Jahrhunderte angesammelte Weisheit und Tradition, all dies war auf eine am Rande noch notwendige Vorbemerkung zu diesem negativen Wunder zusammengeschrumpft. Die Unterhaltung bei Tisch drehte sich um Wallfahrten nach Buchenwald, Bergen-Belsen und Auschwitz, um Pauschalreisen vom United Jewish Appeal. Die alte jüdische Religion war angesichts der Verlockungen, die vom KZ-Universum ausgingen, völlig vergessen.

Die Bedeutung, die der Holocaust für so assimilierte Juden hat, muß in einem größeren Rahmen gesehen werden, nämlich im Kontext der schwindenden Erinnerung der Juden als Gruppe oder als Kollektiv in der Moderne. Wenn ich von Gruppen- oder von Kollektiverinnerung spreche, dann meine ich einfach alle jene Bräuche, Rituale, Zeremonien, alle volkstümlichen Gepflogenheiten, die *Jiddischkeit*, die Küche, historische Ereignisse und so weiter, eben all das, was das normale Erbe eines jeden Juden gewesen war. Das verzweifelte Festhalten am Holocaust ist ein Ausdruck dieses Traditionszerfalls. Was ich aus den besorgten Aufforderungen, niemals zu vergessen, heraushöre, lautet: » Wir dürfen den Holocaust niemals vergessen, weil wir alles andere so schnell vergessen.«

Auf den ersten Blick kam es mir paradox vor, daß Juden, die ja angeblich das geschichtsbewußte Volk par excellence sind, so viele Vorbehalte dagegen haben sollten, den Holocaust in einem vergleichenden historischen Kontext zu betrachten. Aber dann fiel mir ein kleines erhellendes Büchlein des Historikers Yosef Yerushalmi in die Hände. In *Zakhor: Jewish History and Jewish Memory* erläutert er, daß antihistorische Strömungen nichts Neues innerhalb des Judentums seien. Die oft wiederholte Aufforderung »sich zu erinnern« sei nicht identisch mit dem drängenden Wunsch nach einer historischen Sichtweise. »Israel unterliegt keinerlei Verpflichtung, sich der gesamten Vergangenheit zu erinnern«, schreibt Yerushalmi, »sondern die Erinnerung gehorcht einem einzigartigen Auswahlprinzip. Es geht dabei vor allem darum, Gottes Eingriffe in die Geschichte und die positiven oder negativen Reaktionen der Menschen darauf ins Gedächtnis zu rufen.«

Yerushalmi weist darauf hin, daß es nach dem Tod von Josephus nahezu fünfzehn Jahrhunderte lang, also während jener talmudischen Periode, die an Bibelkommentaren und Textinterpretationen so reich war, keine jüdischen Historiker gegeben habe. Die Rabbiner hielten geschichtliche Aufzeichnungen (abgesehen von bruchstückhaften rabbinischen Genealogien) für nicht notwendig und vielleicht gerade deshalb sogar für gottlos, weil die Bibel bereits »geheiligte Geschichte« war. Zu einem kurzen Aufflackern jüdischer Geschichtsschreibung kam es Ende des sechzehnten Jahrhunderts, ausgelöst teilweise von dem Bedürfnis, die katastrophale Austreibung der Juden aus Spanien und Portugal zu verstehen. Aber diese Chroniken waren nicht so wissenschaftlich wie christliche Berichte aus der gleichen Zeit; sie enthielten messianische Elemente und hatten eine apokalyptische Ausrichtung, indem sie die Vergangenheit auf Zeichen und Prophezeiungen einer kommenden Erlösung untersuchten. Doch selbst diese begrenzte Beschäftigung mit der Geschichte wurde gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts von der großen Anziehungskraft der Lurianischen Kabbala verdrängt, die den Juden, mit den Worten Yerushalmis, »eine einzigartige Deutung der Geschichte anbot: die Geschichte jenseits von Geschichte ... ein ehrfurchtgebietender Mythos mit eindeutig gnostischem Charakter. Dieser Mythos besagte, daß alles Übel, das geschichtliche Übel in Form des jüdischen Exils eingeschlossen, seine Wurzeln außerhalb und vor der Geschichte habe, daß diese Wurzeln schon vor dem Garten Eden, ja schon vor der Existenz der Erde, vorhanden gewesen und bei einem tragischen Ursprungsfehler während der eigentlichen Schaffung des Kosmos entstanden seien.«

Die Moderne hat natürlich eine ganze Menge jüdischer Geschichten und eine ganze Reihe jüdischer Historiker hervorgebracht; doch die neuen objektiven Untersuchungsmethoden befanden sich mit der Geschichte, in welcher die Vorsehung waltet, auf Kollisionskurs. »In dem Maße«, schreibt Yerushalmi, »wie diese Geschichtsschreibung wirklich ›modern‹ ist und ernstgenommen werden muß«, wird sie auch zwei zentrale Annahmen des traditionellen Judentums »zumindest methodisch ablehnen müssen: zum einen den Glauben daran, daß göttliche Vorsehung nicht nur die letztlich

entscheidende Kraft in der Geschichte, sondern auch als tätige Ursache ein Faktor in der jüdischen Geschichte ist; zum anderen den damit zusammenhängenden Glauben an die Einzigartigkeit der jüdischen Geschichte selbst«.

Ich bitte für diese Abschweifung um Vergebung; aber an diesen Überlegungen ist tatsächlich etwas dran. Unsere Reaktion auf den Holocaust muß man innerhalb dieses größeren Rahmens sehen, nämlich im Zusammenhang mit der alten jüdischen Ambivalenz gegenüber einer historischen Sichtweise, welche die religiöse Perspektive bedroht. Die Feindseligkeit gegenüber allem, was die Einzigartigkeit des Holocaust in Frage stellt, kann nun als Teil der tieferliegenden Tendenz begriffen werden, die gesamte jüdische Geschichte als einzigartig zu begreifen, diese Geschichte selektiv zu lesen und sie nur insofern zu benutzen, als sie eine Lesart befördert, die Erlösung verspricht. So muß immer wieder behauptet werden, der Holocaust seiein »Mysterium«, genau so wie man vom »Mysterium« des jahrtausendelangen jüdischen Überlebens gesprochen hat, damit die alleinige Erklärung herauskommt, daß Gott »will«, daß das jüdische Volk lebt und daß er es beschützt. Ich bin ein weltlicher, abgefallener Jude und habe Geschmack an Rationalismus und Geschichte; ich kann nicht anders, für mich ist, was sich auf die Vorsehung beruft, Humbug. Gegen derlei Interpretationen möchte ich daher die nüchterne Belehrung halten, die Spinoza seinem eigenen Volk erteilt hat: »Was die Fortexistenz so lange nach Vertreibung und Verlust des Reiches angeht, so ist daran nichts Wundersames.«

Manchmal kommt mir die jüdische Beschäftigung mit dem Holocaust, die auf Kosten aller anderen menschlichen Katastrophen geschieht, unbarmherzig, selbstbezogen, selbstgerecht und sogar auch penetrant vor. Andererseits ist der Rat unsinnig, die Sache eine Weile ruhen zu lassen. Wie kann man denn von uns erwarten, in nur vierzig oder fünfzig Jahren über eine so riesige Tragödie hinwegzukommen? Das braucht Zeit, Jahrhunderte. Über die Zerstörung des Tempels durch Titus hinwegzukommen, haben die Juden als Volk mehr als tausend Jahre gebraucht, und möglicherweise haben wir uns davon noch immer nicht erholt. Mein Problem ist nicht, daß der Kummer zu lange dauert, sondern daß die Begleitmusik dieses Kummers in der Öffentlichkeit manchmal einen nötigenden Ton hat und unangebracht ist.

Die jüdische Geschichte ist voller Katastrophen, denen jede Spur von Erlösung nun endgültig ausgetrieben worden ist. Der Holocaust erweist sich als ein schwerer Brocken; er läßt sich nicht so einfach »erlösbar« machen, und wenn wir eifrig versuchen, diesen Prozeß mit starren Vorschriften und Ersatzritualen zu beschleunigen, indem wir Regierungen und Kirchen veranlassen, engstirnig formulierte Lippenbekenntnisse für unsere Verluste abzuliefern und unsere jungen Leute moralisch unter Druck setzen, sie sollten die Erinnerung an unsere Toten schmerzlicher verspüren, dann kommt ein falscher Ton auf, dann bekommt alles eine sentimentale und aggressive Note. Vielleicht besteht das Problem darin, daß für viele entfremdete, säkularisierte Juden, die sich auf tausend andere Arten als unecht empfinden, der Holocaust nun zum letzten Beweis ihrer eigenen Authentizität geworden ist. Wenn das der Fall ist, dann sollten sie begreifen, daß selbst dieser letzte Beweis ein vergängliches Gut ist; je weiter man davon entfernt ist, jene Ereignisse persönlich erfahren zu haben, desto schwieriger ist es, das vergossene Blut der Geschichte in die eigenen Adern zu leiten.

Aus dem Amerikanischen von Eike Geisel

Der Schriftsteller Phillip Lopate lebt in New York. 1987 erschien sein Roman »The Rug Merchant«, 1989 eine Essaysammlung mit dem Titel »Against Joie de Vivre«

Kasten Seite 42 »Holocaust, germanisiert«

Über die Gestaltung einer Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Frankfurt

Bis 1938 stand die größte Synagoge Frankfurts an der Friedberger Anlage. Die Nationalsozialisten zerstörten sie, entfernten die Überreste und bauten an dieser Stelle einen Bunker. Wir erkennen an diesem Ort die Verflechtung jüdischer und deutscher Geschichte. Er ist daher geeignet, Stätte der Erinnerung, der Auseinandersetzung mit diesem Teil deutscher Geschichte, der Trauer und der Mahnung zu sein. An dieser Stelle begegnen sich das Leid der jüdischen Bevölkerung und die Kriegsfolgen für die deutsche Zivilbevölkerung. Sie bietet sich deshalb an, zum Ort der Bewahrung und Vergegenwärtigung zu werden. ...

Der Grundgedanke für die folgenden Vorschläge ist unsere Überzeugung, daß größtmögliche Akzeptanz nicht mit abstrakter, konturloser Undeutlichkeit erkauft werden darf. ...

Die Absicht, in dem Bunker eine Gedenk- und Mahnstätte zu errichten, braucht die Erinnerung an all jene Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens den Verfolgten des Nazi-Regimes geholfen haben.

Es sollen daher um den Bunker Bäume gepflanzt werden, die dem Gedenken dieser Menschen gewidmet sein sollen. Die Aufgabe, Bäume zu pflanzen und zu pflegen, in Erinnerung an die Menschen, die Verzweifelten geholfen haben, wäre eine sinnvolle Aufgabe für Schulen. In diesem Zusammenhang sollten die Lehrkräfte darum bemüht sein, mit ihren Schülern biographische Einzelheiten über die Helfer von damals herauszufinden. ...

Ein schmaler Bach soll an dem Bunker in unmittelbarer Nähe der Bäume die Lebenskraft symbolisieren, die die Helfer durch ihren mutigen Einsatz kommenden Generationen überliefert haben. Damit soll auch den Kräften entgegengewirkt werden, die die Erinnerung an diese Menschen ebenso wie an die Opfer unterdrücken wollen.

Dieser Wasserlauf soll in den Bunker einmünden und an der Schwelle symbolisch durch rote Farbe zu Blut werden. Es gibt auch Überlegungen, ihn entweder schwarz oder als Sturzbach darzustellen. Danach endet er in einem Teich, an dessen Ufer in verschiedenen Positionen und Abständen vier Mütter mit ihren Kindern das Leid vieler Menschen verkörpern. In unmittelbarer Nähe des blutigen Teichs umarmen mit beiden Händen zwei unbekleidete Frauen, eine Sinti und eine Jüdin, in tief gedemütigter Haltung ihre nackten Kinder. Die dritte Mutter soll die Leiden der slawischen Völker vertreten. ... Die vierte Frau symbolisiert die widersprüchliche Rolle der deutschen Frau. Sie hält den größten Abstand zu dem blutigen Teich und ist vollständig bekleidet. Das Kind dagegen, nur mit einem Arm der Mutter umfaßt, ist ebenfalls nackt. Mit dem anderen Arm vollführt sie den Hitler-Gruß. Die Physiognomie der Frauen und ihrer Kinder sind sich gleich, nicht jedoch der Abstand zu dem blutgefüllten Teich. ...

Die Nähe bzw. Distanz zum blutigen Teich versinnbildlicht das unterschiedliche Ausmaß des erbrachten Opfers an Blut und der damit erlittenen Leiden und Drangsale. – Andererseits ist Blut auch Symbol und Träger des Lebens und der Seele. Der Symbolgehalt des blutigen Teichs ist also mehrschichtig.

Die Symbolik des blutigen Teichs wird aber im Gesamtumfeld der Mahnstätte wohl nahezu ausschließlich im Sinne von Gewalt und Opfer verstanden. Insbesondere wird dadurch auch eine starke emotionale Ansprache erzielt im Sinne dessen, was die Psychodiagnostik als »Rotschock« erkannt hat. Dessen Verknüpfung mit aggressiven Triebkräften (Krieg, Gewalt, etc.) bietet dann auch die Chance, die damit verbundene Schuldverdrängung aufzudecken und zur Ausgangsbasis für eine Läuterung werden zu lassen. ...

Die Darstellung von Mutter und Kind ist seit dem Neolithikum ein in vielen Kulturen gebräuchliches und verstandenes Symbol für Leben, Liebe, Geborgenheit. Die Mutter-Kind-Einheit garantiert den Fortbestand des Lebens. Das Kindschema appelliert an Beschützer- und Versorgerinstinkte. Das muß es tun, denn es ist von den Erwachsenen abhängig. Kaum jemand kann sich diesem Instinkt widersetzen, sich der Hilflosigkeit eines kleinen Kindes entziehen.

Die moralisch verwerfliche und damit schuldhafte Aktivität (Hitler-Gruß) der vierten Mutter und die gleichzeitige Umarmung ihres Kindes zeigt die Verstrickung dieser Frau, die gleichsam ihre Identität aufgibt und damit sich selbst – und ihrem Kinde – Schaden zufügt und gleichzeitig auch Schaden erleidet.

Die vier Mütter verweisen in ihren teilweise unterschiedlichen Stellungen auf eine kaum zu überbietende Art auf den skrupellosen Umgang der damaligen Machthaber mit den Urwerten menschlichen Lebens. Der Angriff ist so umfassend, daß er den Fortbestand der eigenen Volksgruppe in Frage stellt. Die Mißachtung von Menschen machte auch vor Deutschen nicht halt, die sich dem Regime widersetzten, sie überschreitet die ureigenen Schmerzgrenzen. Die deutsche Frau steht für die Bereitschaft zu vieler Deutscher, mitzumachen. Ihre Rolle als Opfer darf weder überbewertet noch vernachlässigt werden. Sie hebt ihre Hand vor Begeisterung und übersieht dabei, wie sehr sich diese Bewegung gegen sie selbst und ihr Kind richtet. ...

Unabhängig vom obigen Konzept könnte überlegt werden, ob der Bunker aufgestockt werden kann mit der Maßgabe, in den neu entstehenden Räumen für Familien aus unterschiedlichen ethnischen Volksgruppen, die in Frankfurt ansässig sind, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. In dem neu erstellten Raum auf dem Bunker würde der Versuch unternommen werden, das zu praktizieren, wofür im Bunker erste theoretische Grundlagen ausprobiert werden.

Auszüge aus: »Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe Gedenkstätte der Initiative 9. November 1938«, Mai 1990, Frankfurt/M.

Konkret 01/94, S. 48

Gunter Blank

Bad Boy als Normalfall

Basketball, 1891 in Massachusetts für bewegungshungrige CVJMler erfunden, hat sich zur rebellischen Sportart schlechthin entwickelt. Es scheint, als könnten weder Werbestrategen von Sportschuhkonzernen noch multikulturelle Lichterketten-Vereinnahmungsversuche daran etwas ändern: Basketball läßt sich nicht instrumentalisieren

Zu Beginn von »Ricochet« kündigt Denzel Washington seinem Homie Ice-T die Freundschaft. Washington macht Karriere als Jura studierender Cop, Ice-T etabliert sich als Crack dealender Highroller. Statt große Worte zu machen, läßt Washington Ice-T einfach unter dem Korb stehen. Kein One-on-One auf dem Basketballfeld mehr. COURTesy's over. Auch am Ende, nachdem Washington, zum Staatsanwalt aufgestiegen, von seinen neuen weißen Establishmentfreunden verlassen, nur mit Hilfe von Ice-T's Dealer-Network seine Haut zu retten und den weißen Killer zur Streckezu bringen vermag, bedarf es keiner me-lodramatischen Gesten, um die Botschaftdes Films stilgerecht zu formulieren. Ice-T wirft Washington den Ball zu, Sprungwurf. Ende. Back to the Basics. Rasse schlägt Klasse.

Jede Epoche hat ihre Sportart, auf die sie ihre jeweiligen existentiellen Konflikte projiziert. Für die Regisseure der »Schwarzen Serie« war es das Boxen, in den Blaxploitation-Filmen der siebziger Jahre waren die Helden und häufig auch die Hauptdarsteller ehemalige Footballstars. In dem, was sich unter dem Begriff »Neues Schwarzes Kino« subsumieren läßt, heißt die Metapher »Basketball«. Wie bei der Jagd nach einem Stipendium in »Boyz 'n the Hood«. Wie in den-Court-als-Drogenumschlagplatz-mißbrau-chen-und-einmal-mehr-Ice-T-gegen-sich-auf-bringen in »New Jack City«. Wie in »White Men Can't Jump«. Die von schwarzen Stars dominierte Sportart ist zur Metapher einer Differenz geworden, die über die überkommene Ordnung triumphiert und weit über den Sport hinaus eine Ästhetik des Underdogs konstituiert.

Früher oder später wird sie im »Tatort« auftauchen. Einer dieser von Wohnsilos umgebenen Streetballkäfige wird zu sehen sein, in dem ein halbes Dutzend Kids multikulturellster Herkunft unbeschwert herumdunkt. Dann wird die Arrested Development-Untermalung jäh von dumpfem Techno-Gedröhn übertönt werden, eine Horde mit Baseballschlägern bestückter Glatzen auftauchen und die Idylle zerstören. Martin Lüttge wird entschlossene Betroffenheit verströmen und die SPD »Just Do It« zu ihrem Wahlkampfslogan machen. Noch ist es nicht soweit, und selbst wenn es dahin kommen sollte, besteht die begründete Hoffnung, daß Basketball auch diesen in der Berichterstattung über den Adidas-Streetball-Wettbewerb bereits durchschimmernden Versuch, ihn für den Geschmack der Lichterkettenkoalition zuzurichten, überstehen wird.

Ebenso wie Basketball auch die Rücktritte von Michael Jordan, Magic Johnson und Larry Bird verkraftet hat. Dabei hat der Rücktritt von Michael Jordan – im Gegensatz zum lediglich bedauerten Abschied von Bird und Magic – eine allamerikanische Betroffenheit ausgelöst wie zuvor nur die Ermordung John F. Kennedys. Das Ausmaß der von den Medien kollektivierten Trauer, die selbst im nicht unmittelbar betroffenen Europa als eine Art Phantomschmerz nachwirkte, verweist auf die soziale Dimension, die Basketball inzwischen angenommen hat. Sowohl der Tod Kennedys als auch der Rücktritt Michael Jordans wurden instinktiv als Ende einer Ära emanzipatorischer Sehnsüchte interpretiert. Der Unterschied zwischen JFK und MJ besteht darin, daß ersterer nicht einmal imTraum daran dachte, die in ihn projizierten Hoffnungen über das für die Aufrechterhaltung weißer, kapitalistischer Vorherrschaft erträgliche Maß hinaus zu erfüllen, während Michael Jordan Abend für Abend 48 Minuten lang eine bessere Welt beschwor.

Die in den vor Anbiederung triefenden Nachrufen der weißen Sportswriter mitschwingenden Befürchtungen, Basketball würde ohne Michael Jordan an Popularität verlieren, sagen denn auch mehr über die Befindlichkeit ihrer Autoren aus als über die Zukunft des Basketball. Ein Jahrzehnt lang waren sich Medien und Werbung sicher gewesen, in Michael Jordan das definitive Rolemodel des integrierten Schwarzen gefunden zu haben, dessen Ästhetik sich konsumieren ließ, während man die ethnischen Wurzeln ignorierte. Gerade deshalb wirkte sein plötzlicher Abschied für die weißen Medien wie ein finaler Slam Dunk. Im Augenblick seines Rücktritts machte Jordan all seinen Apologeten, die ihn als humanistischen Gegenentwurf zum Nigger stilisierten, klar, daß sein Humanismus ein anderer ist als der ihre. Jordans Abschied markiert nicht das Ende der emanzipatorischen Hoffnungen, sondern nur das der weißen Mittelschichts-Illusion, daß Emanzipation eine preiswerte Ware sei. Sein Rücktritt wurde zur großartigen Geste eines Genies, das beschlossen hat, daß die Welt noch nicht reif sei für seine Visionen. In dieser Geste wurde einmal mehr sinnfällig, was Basketball als soziales Phänomen von anderen kulturellen Artikulationen unterscheidet und weshalb man sich um seine Zukunft auch ohne Michael Jordan keine Sorgen zu machen braucht: B-Ball läßt sich nicht instrumentalisieren.

Selbst die Kunst hat sich daran die Zähne ausgebissen, obwohl man Jeff Koons immerhin zugestehen muß, daß er mit seinem Basketball-im-Aquarium-Ensemble schon 1985 den richtigen Riecher hatte. Daß Koons damals überhaupt auf die Idee kommen konnte, einen Basketball zu benutzen, ist nicht nur eine physikalische Frage (ein Baseball hätte in einem Aquarium eher lächerlich gewirkt und wäre vermutlich abgesoffen). 1984/85 war die erste Profisaison von Michael Jordan bei den Chicago Bulls. Gleichzeitig unterschrieb er bei Nike und löste den Boom aus, der Nike allein im ersten Jahr 130 Millionen US-Dollar einbrachte. Koons' Equilibrium-Ausstellung huldigt denn auch weniger der Basketballästhetik als

deren kommerzieller Ausbeutbarkeit. Was Koons allerdings übersehen hatte, war, daß er Basketball nicht widerstandslos seiner Marketingstrategie unterwerfen konnte. Deshalb mußte er sich auch mit dem Spielgerät begnügen und konnte seine Installation nicht wie gewohnt personifizieren. Zumindest sind die Nike-Poster, mit denen er seinerzeit seine Installation schmückte, inzwischen aus dem Ensemble entfernt – auf den diversen Schauen, auf denen Koons' Werk in den letzten Jahren auch hierzulande zu sehen war, wurden nur noch die Aquarien präsentiert. Koons befürchtete wohl zu Recht, daß die papiernen Abbilder der Frühachtziger-Stars Julius Erwing und Moses Malone zu sehr von seiner mühsam ausgetüftelten Konstruktion ablenken würden und hat deshalb die Po-ster lieber gleich für 1000 Dollar pro Stückvertickt. Im Gegensatz zu den ausbeutbaren Symbolen diskriminierter Minderheiten wie Cicciolina und Michael Jackson ist Basketball zu gründlich von den ritualisierten Formen schwarzer Erfahrung geprägt, als daß seine Codes, gar seine Stars problemlos in ein weißes Kunstumfeld verpflanzbar wären.

Gleiches gilt für die Werbung, die weit mehr als das Spiel selbst für die Durchsetzung der Basketballästhetik gesorgt hat. Nikes japanbashender Godzilla-Spot, inklusive am Angolaner erprobten Ellbogenchecks, kann nur mit Charles Barkley funktionieren. An jenem Check wird zudem manifest, wie weit stilisierte Bad-Boy-Attitüden die Phantasien weißer Mittelklasse-Kids beflügeln. Verkehrte Welt. Während das weiße Amerika sich mehr und mehr in seine alarmanlagengeschützten Suburbs zurückzieht, projiziert es seine rebellischen Affekte auf eine Sportart, die wie kein anderes kulturelles Phänomen in den USA von Schwarzen beherrscht wird.

Der »Spiegel« hatte davon wie üblich nichts begriffen, als er ausgerechnet Nike zum Objekt einer ansonsten nicht vorhandenen Kapitalismuskritik machte. Nicht Nike instrumentalisiert die schwarzen Stars zwecks Umsatzsteigerung, sondern die Spots transportieren ein schwarzes Selbstbewußtsein, das sich innerhalb des weißen Mainstreams nicht nur behauptet, sondern Normen setzt. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Aneignung schwarzer Artikulationen im Rahmen eines von Weißen dominierten Diskurses der gleichen Dynamik folgt, der schon die Musik Robert Johnsons unterlag, ist festzuhalten, daß diesmal kein Elvis Presley in Sicht ist, und schon gar kein Mick Jagger.

Zumindest eines haben die Nike-Bosse begriffen: daß sie um den Preis des Untergangs an die Orginale gekettet sind, und deshalb können Jordan und Barkley auch die Bedingungen ihrer Vermarktung selbst bestimmen. Barkleys in die Form eines Werbespots gekleideter, an die weiße Nike-Käuferschaft gerichteter Satz »I am not a Rolemodel« ist eine definitive Absage an alle weißen Hoffnungen, der »Nineties Nigger« (Barkley über Barkley) würde ähnlich wie Bill Cosby weißen und schwarzen Schulkindern die jeweils unterschiedliche Einordnung in die gesellschaftlichen Zwänge mit einem Hauch cooler Widerspenstigkeit versüßen. Diese Funktion dürfte nach Lage der Dinge Shaquille O'Neal zufallen, der in Antizipation des Generationswechsels von Werbung und Medien binnen eines Jahres zum Megastar aufgebaut wurde. Shaqs Attitude, die er neben der systematischen Zerstörung gegnerischer Korbanlagen mit seinen Ausflügen in die HipHop-Szene kultiviert, ist sorgfältig inszeniert und zielt darauf ab, den Bad Boy neben Mickey Mouse und Donald Duck als Teil der nationalen Popfolklore zu etablieren. Puristen, die hier Verrat und Instrumentalisierung wittern, können sich beruhigen: Niemand unternimmt den Versuch, diesen auf den ersten Blick als Domestizierung erscheinenden Prozeß zu verschleiern. Im Gegenteil, er wird bewußt in all seinen Entwicklungsstufen vorgeführt und so zu einem Lehrstück, an dem der alte Sportfan Brecht seine helle Freude hätte. Inwieweit O'Neal auf Dauer in der Lage sein wird, dieses Spiel mit der gleichen Souveränität durchzuhalten wie Michael Jordan, wird sich zeigen. Für alle Fälle stehen mit Larry Johnson und Alonzo Mourning bereits zwei sportlich gleichwertige Konkurrenten bereit, um die von Dennis Rodman und Charles Barkley begründete Tradition des »authentischen« Rebellen weiterzuführen.

Denn letztlich ist es das Image der Rebellensportart, dem Basketball seine subversive Faszination verdankt, ohne die er für die Marketingstrategen nicht interessant wäre. Und die Position des Rebellen ist offensichtlich, seit HipHop, der wiederum seine stilprägenden Accessoires dem Basketball entlehnt, in den Mainstream überschwappte, schwarz codiert und behauptet eine Eigendynamik, die trotz (z.T. pervertierter) weißer Aneignung ihre schwarze Identität unversehrt läßt.

Daß die Symbole dieser Identität mit zunehmender Entfernung in ihr Gegenteil verkehrt werden können, bewies, lange vor den unendlichen Mutationen des X, die Geschichte der Kapuzenjacke. Die Transformation des ursprünglich funktional beim Aufwärmen getragenen Kleidungsstücks via Basketball, HipHop und weißen B-Boys zum Prunkstück neonazistischer Kleiderordnung ist ebenso unglaublich wie nachvollziehbar und konnte sich so nur in Deutschland zutragen. Wie man sich gegen derlei schützen kann, haben Public Enemy bewiesen, als sie ihre Crossover-Attacke auf den weißen Mainstream nicht von ungefähr mit dem Verweis auf zwei Basketballer absicherten, die exemplarisch den jeweils erreichten Stand gewonnener Autonomie markierten. »Timebomb« von der 87er LP »Yo Bum Rush The Show« bezieht sich auf Kareem Abdul Jabbar, antizipierte schwarze Zustimmung und weiße Ablehnung halten sich noch die Waage. »Rebel Without a Pause« zitiert ein Jahr später bereits Charles Barkley, und das indifferente »I never heard the Boos«, das mit Jabbar in Verbindung gebracht wurde, hat dem offensiven »Simple and plain – give me the lane / I'll throw it down your throat like Barkley« Platz gemacht.

Jabbar und Barkley waren die Nemesis weißer Sportswriter. Während Jabbar, der zum Islam konvertierte Star der LA Lakers aus den siebziger Jahren, trotz sechs Championship-Ringen seine Position stets defensiv verteidigen mußte, kann

Barkley seine »Down-Your-Throat«-Attitude on- und off-court ungehindert ausleben. Als er vergangene Saison zu den Phoenix Suns nach Arizona wechselte, wo man hoffte, daß sein rüder Stil dem unter dem Verdacht der Sissyhaftigkeit stehenden Team endlich zum Erfolg verhelfen würde, war seine erste Handlung, die Mitgliedschaft in einem Whites-Only Golf & Country Club zu beantragen.

Die Dissidenz braucht – anders als noch ein Jahrzehnt zuvor – nicht mehr wie bei Magic Johnson, den man als eine ihrer aggressiven Blackness entkleidete Fortsetzung Jabbars verstehen kann, abgemildert zu werden, um populär zu sein. Im Gegenteil. Erst die Zuspitzung garantiert den Erfolg. Es gilt, dem Gegner die Bedingungen aufzuzwingen, unter denen man die eigene Geschichte massenkonsensfähig macht.

Inzwischen hat sich die Lage normalisiert; Barkleys schwarzer Zorn wird, wenn nicht als Voraussetzung seines Erfolges, wenigstens als Teil seiner Persönlichkeit akzeptiert, für Ice Cube ist es ein guter Tag, wenn die Lakers die Supersonics schlagen, und die Yuppie-Marke Reebok macht Nike erfolgreich Konkurrenz, indem sie mit dem Schuhabdruck des neuen Wunderkinds Shaq O'Neal im Gesicht eines weißen Verlierers wirbt.

Der Bad Boy als Normalfall: Unter den gegebenen Verhältnissen funktioniert dies nur im Basketball. Barkleys pointierte Statements finden im Kontext einer Sportart statt, die seit den zwanziger Jahren Stück für Stück von Schwarzen erobert wurde und spätestens seit den sechziger Jahren fast ausschließlich von deren Ästhetik geprägt ist. Als John Naismith das Spiel 1891 als winterlichen Ausgleich für seine CVJMler in Springfield, Massachusetts, erfand, hätte er sich dergleichen nicht träumen lassen. Allerdings dauerte es keine zwanzig Jahre, bis Basketball die Hinterhöfe und Tanzhallen der Ghettos erobert hatte, wo die schwarze Hegemonie ihren Ursprung nahm. In den zwanziger Jahren spielten die Harlem Rens ihre weißen Gegner schwindlig, und bald darauf war die Überlegenheit der ursprünglich von Chicagos Südseite stammenden Globetrotters so erdrückend, daß sie gezwungen waren, ihr Spiel in eine Zirkusnummer zu verwandeln, da das weiße Publikum des Mittelwestens schwarze Genialität nur in ihrer verballhornten Form akzeptierte. In den segregierten, von rassistischer Hysterie geprägten fünfziger Jahren wurde denn auch die University of Kentucky wie ein goldenes Kalb verehrt, erschienen ihre College-Basketballer doch als Inbegriff weißer Überlegenheit.

Adolphe Rupp, eine Art Sepp Herberger des Basketball, hatte eine auf Disziplin und Strategie basierende Dynastie begründet, aus der schwarze Elemente wie Dunking oder blindes Zuspiel, die mehr und mehr in der NBA auftauchten, konsequent eliminiert wurden. Um so größer war der Schock, als Rupps Wildcats im Endspiel um die College-Basketballmeisterschaft 1966 von fünf schwarzen Jungs aus Westtexas zu Sparringspartnern degradiert wurden. Black Power-Basketball hatte über weiße Scholastik triumphiert. Währenddessen perfektionierten Bill Russell, Wilt Chamberlain und später Kareem Abdul Jabbar in der NBA eine schwarze Spielästhetik, in der Weiße, wenn sie nicht Walton oder Bird hießen und die Regeln akzeptierten, fortan nur noch geduldet waren. Ihre mörderische Defense, ihre Slam Dunks und Skyhooks fanden off-court ihre Fortsetzung in der Etablierung eines schwarzen Selbstbewußtseins, das nicht mehr bereit war, die Diskriminierungen klaglos hinzunehmen.

In seinem Buch *Elevating The Game. Black Men and Basketball* (Harper-Collins 1992) rekonstruiert Nelson George die Geschichte des Spiels aus der Perspektive der Schwarzen und definiert jene »Black Athletic Aesthetic«, mit der sich Basketball als einzige hegemoniale Artikulation schwarzer Kultur innerhalb des Mainstreams etabliert hat. Spannend an Georges Sozialgeschichte ist, daß er sich nicht wie zahllose andere Sportautoren auf die Huldigung der diversen Stars beschränkt, sondern sich auf die sozialen Bedingungen konzentriert, die Basketball in einer gegebenen Epoche definierten. Er legt mehr Gewicht auf die Situation an Highschools und Colleges, wobei er besonders letztere als prägend für die Erscheinungen, die sich dann in der NBA niederschlugen, erkennt. Er vermag so zu verdeutlichen, weshalb hier ein über Jahrzehnte gewachsener Kontext entstanden ist, der den passenden Resonanzboden für die aggressive Selbstbehauptung eines Charles Barkley abgibt.

Basketball ist zu einer rein schwarzen Angelegenheit geworden, in der sich unterschiedliche Definitionen schwarzen Selbstverständnisses erstmals relativ ungestört von weißen Interferenzen austragen lassen. Die Zeiten, da die Medien die Finals zwischen Magic Johnsons Lakers und Larry Birds Celtics – ungeachtet der real existierenden Freundschaft der beiden – zu einem Kampf der Rassen hochstilisieren konnten, sind vorbei. Die Medien können allenfalls noch interpretierend intervenieren, Manipulationsversuche dagegen setzen das Einverständnis der Hauptdarsteller voraus. Dadurch unterscheidet sich Basketball entscheidend von den beiden anderen führenden Sportarten der USA, in denen trotz des wachsenden Anteils minoritärer Spieler weiße Wertvorstellungen dominieren.

Derryl Strawberry, der wohl talentierteste Baseballspieler seiner Generation, wurde zum Sündenbock für das schlechte Abschneiden der Mets erklärt und aus dem liberalen New York hinausgejagt, weil er ähnliche Umgangsformen mit den Weißen pflegte wie Barkley. Zugegeben, Strawberry verhält sich zu Barkley wie Schooly D. zu Chuck D. Seine Ausbrüche erschienen stets unkontrolliert, sein von den Medien angestachelter Haß schlug sich auf seine Leistung nieder und führte zu diversen bizarren Exzessen, bei denen Drogen bzw. Alkohol eine möglicherweise nicht unerhebliche Rolle spielten. Die unterschiedlichen Richtungen, die die Karrieren von Barkley und Strawberry nahmen – der eine wurde Mitglied des Dream

Teams, der andere verbringt die meiste Zeit auf der Reservebank der zum Schatten ihrer selbst gewordenen LA Dodgers – , wurden jedoch mindestens genauso von den Eigenarten ihres Sports bestimmt.

Baseball ist und bleibt eine reaktionäre Sportart. Das Maximum an rebellischer Attitude, das Baseball erlaubt, ist die an Johnny Cash erinnernde Karriere eines Dennis Eckersly, der durch die Hölle des Alkoholismus gehen mußte, ehe er, von einer Frau vor der Gosse bewahrt, als Reliefpitcher der Oakland A's seinen Status als weißer Country & Western Outlaw begründete. In der Regel jedoch ist Dissidenz im Baseball zur Redneck-Pose verkommen. Die Philadelphia Phillies haben sich diese Saison in die Herzen der Steve Rhoades dieser Welt gespielt, weil sie einen Kult daraus machen, mit ihren Biker-Tattoos zu protzen und besoffen über den Highway zu rasen. Pech für die Phillies, daß sie in der World Series ausgerechnet auf die Toronto Blue Jays trafen, ein Team von korrekt gekleideten Musterknaben, die Baseball mit der Kühle eines aufstrebenden Wall Street Bankers exekutieren. Die smarten Blue Jays schickten die selbsternannte Outlawtruppe mit 4:2 zurück nach Philadelphia und unterstrichen so einmal mehr die These, daß aus den Südstaaten geborgte White-Trash-Attitüden, an die Ostküste transferiert, eher peinlich wirken.

Auf diesem Rummelplatz der Männerphantasien wird das Vordringen schwarzer und hispanischer Stars, die, wenn schon, ihren Machismo wenigstens mit Stil zelebrieren, bestenfalls zähneknirschend hingenommen. Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen Jackie Robinson, der 1948 als erster Schwarzer das Major-League-Trikot der Brooklyn Dodgers überstreifte, in jedem Spiel durch die Hölle ging und Hank Aaron, als er Babe Ruth's Home-Run-Rekord brach, die Morddrohungen gleich körbeweise zugestellt bekam, dennoch ist auch hier kein Argument zu abgeschmackt, um wenigstens einen Hauch weißer Suprematie zu behaupten. »Eine Menge Mexikaner sind langsam. Das hängt mit den Genen zusammen, sie haben einen anderen Bluttyp. Andererseits haben sie geschickte Hände und eine ausgezeichnete rhythmische Koordination. Deshalb tanzen sie auch so gut«, begründete der Scout der Baltimore Orioles, Fred Uhlmann Sr., seine Abneigung, mexikanische Spieler bei seiner Talentsuche zu berücksichtigen. Marge Schott, die selbstherrliche Präsidentin der Cincinnati Reds, die ihre schwarzen Stars als »My Million Dollar Niggers« bezeichnet, brauchte dagegen nicht einmal die Mendelschen Gesetze zu bemühen. »Lieber stelle ich einen dressierten Affen ein, als einen Nigger«, umriß sie ihre Managementpraxis, und es bedurfte einer landesweiten Protestwelle, um sie wenigstens für ein Jahr von ihrem Job suspendieren zu lassen. Statt aus der Präsidentenloge verfolgte sie die Spiele ihres Clubs von der Vip-Lounge, während eine von Jesse Jackson initiierte Kampagne, die sich für eine angemessene Berücksichtigung von Minderheiten in den Verwaltungen der Millionen bewegenden Vereine einsetzte, im Sande verlief; nicht zuletzt weil sich kein schwarzer oder hispanischer Star fand, der sich für Jacksons Forderung öffentlich stark gemacht hätte. Trotz oder wegen der astronomischen Gagen, die im Baseball bezahlt werden, gilt hier die Devise »Wes Brot ich eß...«

Auch im Football ist Dissidenz nur um den Preis weißen Hasses zu haben. Jim Brown, der legendäre Running Back der Cleveland Browns, der in den Sechzigern zum Idol von Millionen junger Schwarzer wurde, weil er seine Black-Power-Positionen mit der gleichen Vehemenz vertrat, mit der er durch gegnerische Abwehrlinien pflügte, wurde von den weißen Sportswritern zum Bogey Man stilisiert. Und das schwachsinnige Dogma »Black can't quarterback« bestimmt noch heute eine Auffassung von Football, die Schwarze auf die Positionen des Running Back oder Wide Receivers verweist, wo Körperkraft und schnelle Beine gefragt sind, während die Intelligenz fordernde Position des Spielmachers quasi naturgesetzlich Weißen zufällt.

Unter den achtundzwanzig Collegeabsolventen, die in der ersten Runde des diesjährigen Rekrutierungsverfahrens unter den NFL-Clubs aufgeteilt wurden, befanden sich gerade mal drei Weiße. Zwei von ihnen spielen auf der Position des Quarterback. Demgegenüber konnten sich in den letzten Jahren nur zwei Schwarze auf dieser Position etablieren. Wissend um den Druck, der deshalb auf ihnen lastet, sind Randall Cunningham und Warren Moon peinlichst bemüht, Barkleysche Rüpeleien zu vermeiden. »They want us as Uncle Toms«, umriß Charles Barkley in einem Gespräch mit Spike Lee die Erwartungen des weißen Publikums an seine schwarzen Stars. Wer diese Erwartungen nicht erfüllt, hat außerhalb des Basketballs mit Sanktionen zu rechnen.

All das kann dennoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die schwarze Basketballwelt längst nicht in Ordnung ist. An die Stelle offenen Rassismus ist der Verfall der Inner Cities getreten, deren zerstörerische Drogenrealität eher mehr Opfer fordert als vormals die Jim-Crow-Mentalität des weißen Publikums. Bis weit in die siebziger Jahre galten die Ghettos als unerschöpfliches Nachwuchsreservoir. Inzwischen sind die Courts zu Drogenumschlagplätzen verkommen, und immer weniger Ghetto-Kids schaffen überhaupt den Sprung aufs College. Auch wenn derzeit Lloyd Daniels bei den San Antonio Spurs mit einer publicityträchtigen Kugel in der Schulter spielt, die er sich in jungen Jahren eingefangen hat, ist er bestenfalls die die Regel bestätigende Ausnahme. Dagegen haben weder Barkleys noch Jordans Ästhetik dort ihren Ursprung, wo man sie ob der repräsentierten Haltung vermuten würde. Sowohl Barkley als auch Jordan entstammen dem tiefsten Süden und Verhältnissen, die man, ungeachtet der dort herrschenden Armut, eher als behütet bezeichnen könnte.

Von den Mitgliedern des Dream Teams war New York Knicks Patrick Ewing der einzige, auf den die Bezeichnung Ghetto-Kid zutraf. In Jamaica geboren und in New York aufgewachsen, hatte Ewing das Glück, von der Trainerlegende John Thompson an die weiße Eliteuniversität Georgetown geholt zu werden, wo er mit den Hoyas allen rassistischen

Widrigkeiten zum Trotz (Ewing-is-an-Ape-T-Shirts gegnerischer Fans waren einer der harmloseren Pranks) den NCAA-Titel erkämpfte. Wer dagegen an ein College gerät, das sich seine Basketballtruppe nur zur Steigerung von Ansehen und Fernsehgeldern hält, steht, wenn er nicht den Sprung in die NBA schafft, zudem noch häufig ohne Abschluß da. »Solange ich die Rebound-Statistik anführte, brauchte ich mir keine Sorgen um meine Noten zu machen«, kommentiert Charles Barkley zynisch den Umgang der Universitäten mit der Ausbildungsverpflichtung. Die 1990er Klasse der Running Rebels der University of Nevada, Las Vegas, die Ende der Achtziger bei schwarzen Jugendlichen als »cool to the max« galten, weil sie die Outlaw-Attitüden auf die Spitze trieben, gewann am Ende zwar die Collegemeisterschaft, aber keiner aus dem vierzehnköpfigen Kader hatte auch nur das Grundstudium hinter sich gebracht. Und selbst noch so herausragende Leistungen von schwarzen Collegeathleten führen in den seltensten Fällen dazu, daß die Universitäten einen Teil der ihnen zu verdankenden Einnahmen, in Form von Stipendien, an die schwarzen Communities zurückgeben.

So beträgt der Anteil von Schwarzen an der University of Auburn, die außerhalb Alabamas kaum einer kennen würde, hätte sie nicht mit Barkley und dem Multitalent Bo Jackson zwei Superstars hervorgebracht, noch nicht einmal fünf Prozent. Diese Entwicklung ist natürlich auch George nicht entgangen, und deshalb warnt er davor, die Erfolge von Jordan, Barkley & Co. zum Gradmesser schwarzer Emanzipation zu machen. Er erzählt die Geschichte von Earl Manigault, einer New Yorker Highschool-Legende, der in den Sechzigern während eines Trainingscamps Wilt Chamberlain schwindlig spielte, ehe er für immer im Drogensumpf verschwand, und zieht ein bitteres Fazit: »Auf einen Michael Jordan kommen noch immer Millionen von Earl Manigaults.«

Gunter Blank schrieb in KONKRET 8/93 über den Krimiautor James Ellroy

Konkret 01/94, S. 52

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

ZDF Unterhaltung Mainz

An das Dachau-Komitee Holland

Holland

Sehr geehrte ehemalige KZler aus Holland!

Sie wissen ganz genau, daß Sie von den Augen namentlich deutscher, aber auch europäischer Rechtsradikaler als Dorn, also schmerzlich empfunden werden. Trotzdem halten Sie nicht still, sondern reizen das Weiße der Vorgenannten extra. Wir glauben, daß Sie damit nicht nur sich selber, sondern uns allen schaden. Denn ein Blick in die Geschichte zeigt, daß es falsch ist, Rechtsradikale, Nazis etc. sowie die entsprechenden Tendenzen zu beunruhigen oder zu bekämpfen, da dieselben sich erst dadurch massieren und zu einer echten Gefahr werden. So wäre praktisch nicht auszudenken, was passieren würde, wenn wir die Heesters-Gala aufgrund Ihres Dachau-Einwandes abgesetzt hätten. Millionen ufaseliger deutscher Frontveteranen und Kriegerwitwen würden uns nicht nur den Lerchenberg einlaufen oder zu den Privaten wechseln, sondern erst recht noch weiter nach rechts driften. Nicht die übereifrige, wie gut auch gemeinte Bekämpfung der Rechtsradikalen, sondern ihre behutsame Ignorierung ist, was wir brauchen. Wir müssen Ihnen aber auch sagen, daß Herr Heesters, der übrigens mit der »zivilen Trinität« von Frack, Schal und Zylinder das militant uniforme Bild des III. Reiches nachhaltiger konterkarierte als so manche Flugblattverteiler oder Londonhörer, in Dachau lediglich die kulturellen und sanitären Einrichtungen besichtigt hat. Daß er für die Wachmannschaft gesungen hat, ist wissenschaftlich nicht nachzuweisen und wäre dies widrigenfalls die Heesterslüge. Abschließend wünschen wir Ihrem Verband, von dem wir wiederum und mehr ein Wirken in der Stille wünschen, alles Gute.

Ihre ZDF-Unterhaltung Mainz.

Woher wir kommen? Natürlich aus dem Mustopf. Und wer wir sind, nämlich Namhafte und Unverzichtbare, wissen wir auch. Aber die Zukunft ist uns ein farbloses Loch ohne Ränder und wir kennen sie nicht. Hier umarmen sich zwei Menschenkinder bierpappbecherseelig bei einem Freiluftstimmenauftrieb der Hamburger SPD auf dem Heinrich-Barth-Platz. Es ist 16 Uhr an diesem 4. September 1993, und kein Menetekellüftchen fährt in den Spalierknöterich der benachbarten Promi-Kneipe KöPi-Dieze, um ein Omen-Blättchen warnend erzittern zu lassen. Und so sind sie arglos wie die in Glücksbutter rausgebacknen Kinder, die beiden, und sie ahnen nicht, was sich da crossweis zusammenbraut über ihnen. Horstl, der lustige Endreimer, hat noch siebenundzwanzig Tage und achtzehn Stunden auf zwei gesunden Beinen vor sich, dann, beim Altherrentennisturnier in Breselenz im Landkreis Lüchowdannenberg, wird er, im zweiten Durchgang, den Ball auf Vorhand erwarten, aber der Ball wird ihn linken, und beim Versuch, ihn zu retournieren, wird er ausknicken, und den schauerlich trocknen Knall beim Zerreißen der Kapsel des Sprunggelenx linx wird man bis ins Festzelt hören. Als Senatorin hat diepatente Müllers Trautl noch elf Wochen, zwei Tage und sieben Stunden zu leben, dann werden weder Milch- noch Postmann klingeln, sondern die Kripo wird es sein, und sie wird ihren Lebensgefährten Kurt W. fortführen zum Verhöre, denn Kurt, so schrillt der Verdacht, soll dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR sämtliche Straßennamen Hamburgs sowie das jährliche Datum der Überführung der Binnen- und Außenalsterschwäne in eisfreie Gewässer verraten haben, und also wird Trautl geschlagen vom Schatten dieses Verbrechens, und es wird aus sein mit der Senatorin, und sie wird sich dunkle Beletagevorhänge kaufen müssen gegen die Gaffer von der Straße. Horstl wird aber noch Wochen nach Drucklegung Dieses orthopädischer Zuwendungen wie Reizstrom und Ultraschall bedürfen, und es hat sich fürs erste mit Tennis. Sind sie nicht glücklich, die beiden auf der Fotografie? Gewiß. Jedoch: Vom Standpunkt der Zukunft alias Kapselriß bzw. Landesverratsschande aus ist dies Verhalten leichtsinnig, ja – unverantwortlich zu nennen!

Mein Schönstes in 1993?

Die Nacht vom 13. auf 14. November in der von den sympathischen Antifa-Autoren Wiglaf Droste und Michael Stein eingerichteten »Benno-Ohnesorg-Lesebühne« am Ostberliner Luxemburgplatz, als vierhundert Besucher den größten je existierenden **Heitmann? Nein!-Chor** bildeten und mit enormem Pathos die Zeilen »Eher freß ich eine Frikadelle aus Granit / Als daß du rumfurzt in der Villa Hammerschmidt« aus den Kehlen donnerten beziehungsweise zum Schürboden aufsteigen hießen.

Konkret 01/94, S. 54

Ernst Köhler

Buch des Monats: Versuch, die Wirklichkeit zu retten

Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: das Konzentrationslager. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1993, 390 Seiten, 49,80 Mark

1. »Diejenigen, die diese Erfahrung nicht durchgemacht haben, haben keine Ahnung; und diejenigen, die sie durchgemacht haben, werden nichts verlauten lassen, nichts oder fast nichts, was vollständig wäre ...« (Elie Wiesel). Wie also kann jemand von uns darüber schreiben? Denn die Vermeidung dieses Themas und das Ausweichen in Faschismusanalyse und Gesellschaftstheorie muß ja nicht, wie der Autor eingangs behauptet, eine Verdrängungsstrategie sein. Wir lesen die Berichte der Überlebenden, warum sollten wir es dabei nicht belassen? Warum sollten wir selbst das Wort ergreifen? Was hätten wir denn zu sagen?

Das vorliegende Buch über den Alltag in den Konzentrationslagern ist kein Desiderat. Es ist ein erstaunliches Wagnis, um nicht zu sagen: eine Grenzüberschreitung, und wir werden sehen, wohin sie uns führt. Daß wir auf der Hut sein sollten, mag ein erster Eindruck verdeutlichen. Es handelt sich um den Abschnitt über den »Muselmann«, zweifellos einen der Höhepunkte der gesamten Darstellung. Die Passage präsentiert in verdichteter Form einen der Grundgedanken des Buches: Die »absolute Macht« in diesen Lagern war nicht eigentlich eine – wie die gedankenlose Phrase es will – über Leben und Tod. Ihr Triumph war es vielmehr, ihre Opfer in einen Zustand zwischen Leben und Tod zu bringen und langsam zugrunde gehen zu lassen. »Man zögert, sie als Lebende zu bezeichnen; man zögert, ihren Tod, vor dem sie nicht erschrecken, als Tod zu bezeichnen, weil sie zu müde sind, ihn zu fassen« (Primo Levi).

Der Text versucht, diesen Zerfall zu vergegenwärtigen. Er stützt sich dabei auf eine kritische Lektüre des Zeugnisses ehemaliger Häftlinge – kritisch, denn der »Muselmann« selber hat nichts hinterlassen. Wiederum in den Worten Primo Levis: »Ich wiederhole: Nicht wir, die Überlebenden, sind die wirklichen Zeugen ... Wir Überlebenden sind nicht nur eine verschwindend kleine, sondern auch eine anomale Minderheit: Wir sind die, die aufgrund von Pflichtverletzung, aufgrund ihrer Geschicklichkeit oder ihres Glücks den tiefsten Punkt des Abgrunds nicht berührt haben.« Gelegentlich ist man versucht, Wolfgang Sofsky zu fragen: *Woher weißt du das?* »Die Gefühle verödeten, der Geist entleerte sich zu einer inneren Wüste. Wie die Gesten und Handlungen ihre intentionale Zielrichtung einbüßten, so verkümmerte auch die Intentionalität des Bewußtseins ... Der Geist verdämmerte ... Bewußtsein war nicht mehr Bewußtsein von etwas. Der Häftling war ohnmächtig, noch etwas zu tun, zu denken und etwas zu fühlen. Die Seele zerstörte sich selbst, um den Körper durchzuretten...« Kann man so *affirmativ* darüber schreiben? Müßte nicht jede dieser weitgehenden Aussagen als tastende Hypothese kenntlich gemacht und mit peinlicher Vorsicht aus den ebenso dürftigen wie fragwürdigen Quellen hergeleitet werden?

Aber das ist gar nicht der Punkt. Mitten im Text über den »Muselmann« tauchen unvermittelt folgende Sätze auf: »Wenn das Handeln erlischt, verkümmert das Leben zum puren Dasein. In seinem Handeln *setzt der Mensch einen Anfang,* er zeigt, wer er ist, drückt sich aus, teilt sich anderen mit« (Hervorhebung von mir, E.K.). Das ist, mit Verlaub, leeres Stroh. Der Autor beschwört hier, wie man unschwer erkennt, die politische Philosophie Hannah Arendts. Aber wer »handelt« denn schon in diesem hehren oder emphatischen Sinne? Außer John Adams natürlich und vielleicht noch den ungarischen Aufständischen von 1956? Ist es nicht absurd, diese utopisch glänzende vita activa ausgerechnet an das Konzentrationslager heranzutragen – als Maßstab oder Kriterium oder, wie der Autor sagen würde, als »analytische Folie«? Der Text, der sich schon an sich übernimmt und überfordert, bricht hier gewissermaßen ab, und in die Lücke, die besser offen geblieben wäre, ist ein falsches, taubes Stück »Diskurs« eingesetzt. Glücklicherweise nur ein kleines.

2. Aber wie Primo Levi nimmt Wolfgang Sofsky die Erfahrung des Konzentrationslagers gegen den Zugriff der Psychologie oder der Medizin gleichsam in Schutz. »Es steht generell in Frage, ob der Muselmann in Kategorien einer Nosologie angemessen zu verstehen ist. Zwar ist Hunger der Nährboden für zahlreiche Krankheiten, doch Verelendung ist keine Krankheit, ebensowenig wie die Auslöschung des Bewußtseinsfeldes und die soziale Isolierung und Verfolgung.« Das ist eine sehr charakteristische Abgrenzung. Man kann sagen: Dieses Buch ist in der Substanz eine Zurückweisung trivialisierender und verharmlosender Einordnung. Auch eine Zurückweisung übrigens des sentimentalen Bedürfnisses nach irgendeinem unzerstörbaren Kern oder Rest im Menschen.

Die grundlegende Abgrenzung oder Zurückweisung, die das Buch erst ermöglicht hat und uns überhaupt eine Möglichkeit jenseits des achtungsvollen oder auch nur bleiernen Schweigens eröffnet, gilt den gängigen Begriffen von Macht – einschließlich des bösen, schwarzen und verzweifelten von Michel Foucault. Denn auch die allgegenwärtige Disziplinarmacht des »Überwachens und Strafens« will noch den Gehorsam, nicht den Ruin, das Elend, den Tod der ihr unterworfenen Menschen. Auch diese Form der Macht zielt noch auf die Herstellung und Fortdauer reibungslos funktionierender Apparate, auf die Kontinuität von Herrschaft. Sie zielt überhaupt noch auf etwas *außerhalb, jenseits ihrer*

selbst. Und das allein schon macht sie zur Spielart – wie modern, raffiniert und unwiderstehlich auch immer – der historisch vertrauten Unterdrückungspraxis und Herrschaftssicherung. Die Macht in den Konzentrationslagern hingegen, so die These des Buches, ist keine Variante, keine Radikalisierung, kein Auswuchs jener vielgestaltigen Macht von Menschen über Menschen, wie wir sie kennen. In den ersten Lagern nach 1933 mag sie noch eine Art Tyrannis gewesen sein, die den politischen Gegner brechen und den Widerstand gegen das neue Regime einschüchtern wollte. Und gegen Ende des Krieges kamen jedenfalls von den höheren politischen Instanzen Anweisungen an die Lagerverwaltungen, die Häftlinge nicht verhungern zu lassen, sondern als Arbeitskräfte einzusetzen oder bereitzustellen. Aber als der politische Gegner gebrochen war, benahm sich diese Tyrannis nicht wie eine Tyrannis nach dem Sieg. Und als sogar die SS-Spitzen unter dem Druck des allgemeinen Arbeitskräftemangels seit 1943 die Vernichtungder Häftlinge abzubremsen versuchten, konnten sie sich nicht mehr durchsetzen. Die Vernichtung ging weiter. Die »Vernichtung durch Arbeit« ging weiter. Der inzwischen ins Riesenhafte gewachsene Lagerkomplex war von oben und von außen offenbar gar nicht mehr zu kontrollieren und zu steuern. Aber wenn sie keine Despotie war, die sichim Moment der Allmacht zurücknimmt und – bis auf weiteres – auf offene Gewalt im großen und ganzen verzichtet; und wenn sie ihre Opfer auch nicht eigentlich zu Sklaven oder Arbeitstieren gemacht hat, die ja doch immerhin einen Preis und einen Wert besessen hätten – was war und was wollte diese Macht dann?

Man sieht, es ist die alte Frage vieler Überlebender des Nazi-Regimes. Es ist auch die Frage Hannah Arendts. Wolfgang Sofsky legt sie nur wieder frei – denn inzwischen haben sich mindestens zwei Scheinerklärungen darüber gelegt: eine »funktionalistische«, die – als wolle sie die Anfänge von Dachau verallgemeinern – in den Konzentrationslagern letztlich nur ein Instrument zur Terrorisierung der deutschen Bevölkerung sieht; und eine »ökonomistische«, die auf den – in der BRD freilich lange Zeit vertuschten – Großeinsatz von KZ-Häftlingen in praktisch allen Zweigen der deutschen Industrie abhebt; in einer anderen Variante verschwinden die eigentlichen Konzentrationslager hinter den Vernichtungslagern in Polen, die wiederum als ein Bestandteil einer ganz Osteuropa umfassenden Modernisierungspolitik interpretiert werden.

Jene alte Irritation über die Lager und die »sinnlose« oder »irrationale« Gewalt, die sich in ihnen ausgetobt hatte, entstammte noch der persönlichen Erfahrung und Erinnerung ehemaliger Gefangener oder doch der Konfrontation mit der soeben erst vor der Weltöffentlichkeit enthüllten Alltagsrealität in diesen hermetisch abgeschlossenen Räumen der Menschenquälerei und des Massenmords. Wolfgang Sofsky geht, wenn man so will, den umgekehrten Weg und arbeitet sich über seine ausnahmslos negativ ausfallenden Vergleiche mit anderen Formen von Macht und Gewalt schrittweise zu den spezifischen Verhältnissen in den Lagern vor. Das macht die Strenge und die Integrität dieses Buches aus. Es gibt in diesem Text so gut wie keine Paraphrase fremder Erfahrungen, die ja immer mehr oder weniger abgeschmackt oder vulgär geraten muß. Es gibt nur dieses ex-negativo-Verfahren. Methodik und Arbeitsprozeß bleiben immer sichtbar.

3. Wenn Macht Menschen vereinzeln will, dann ersinnt sie seit jeher mehr oder minder ingeniöse Arrangements der räumlichen Isolierung. Man braucht dafür gar nicht auf Foucault und seine berühmte Rekonstruktion frühbürgerlicher Gefängnistypen zurückzugreifen. Auch die Justizbehörden der Bundesrepublik Deutschland haben sich ja in dieser Hinsicht einiges einfallen lassen. Anders die SS in ihren Lagern: Sie wirft und preßt ihre Gefangenen ganz im Gegenteil auf engstem Raum zusammen. Das ist die Funktion des »Blocks«, der Häftlingsbaracke – Grundeinheit im »Wohnviertel« des als Afterstadt angelegten Lagers. Der Gefangene, jedenfalls der Gefangene ohne irgendwelche Privilegien, das heißt: ohne Beziehungen zur SS oder doch zur »Aristokratie« der Häftlinge, sieht sich hier nicht in eine menschenleere, stumme Einsamkeit versetzt, sondern in eine unentrinnbare Distanzlosigkeit oder Übernähe zu den anderen. Über erstere Methode, Menschen in ihrer Personalität anzutasten, ist öffentlich bei uns mehr nachgedacht worden als über letztere. Die Zerstörung von Menschen in der »Zwangsmasse« (nicht »Zwangsgemeinschaft«, dieses Wort wäre – wie Wolfgang Sofsky zu Recht unterstreicht – eine Mystifikation) ist in den Berichten der ehemaligen Häftlinge verborgen geblieben. Diese Erfahrung dort herauszuholen und sie als eine der radikalen Unterdrückungserfahrungen des 20. Jahrhunderts zu vergegenwärtigen, gehört zu den großen Verdiensten dieses Buches. Dabei orientiert sich Wolfgang Sofsky vor allem an Jean Améry. Es sind Jean Améry und – über Améry – Jean Paul Sartre, von denen er sich zu den leidvollen und tödlichen Folgen jenes Zwangszustandes hinführen läßt: »Die Opfer wurden nicht nur vom Unterdrücker zur ›Serie‹ gemacht, sie wurden physisch, da sie einander ständig sahen, rochen, berührten, entindividualisiert und zur opaken fleischlichen Masse gemacht ... Wir waren einander ... nichts als Überdruß. Der Selbstüberdruß stellte dabei notwendigerweise sich ein, da jeder spürte, wie er für den Leidgenossen nur einer war, der ihm das Brot wegaß, die Luft zum Atmen nahm, den Raum sich zu bewegen« (Jean Améry).

Aber das Konzentrationslager nimmt seinen Gefangenen nicht nur den physischen Raum, den ein Mensch, jeder Mensch braucht, um sich als Mensch fühlen und behaupten zu können. Es nimmt ihm auch die *Zeit* – das andere elementare oder existentielle Orientierungssystem der menschlichen Gattung. Es ist hier also offenbar eine Macht am Werke, die den Menschen, die conditio humana nicht etwa erforscht, um eine möglichst große Menge von Individuen als Kraft zu gewinnen und einzuspannen, sondern um sie zu schädigen und schrittweise und manchmal auch mit einem Schlag zu zerstören. Man darf sich das Lager freilich nicht im Ernst als eine Art Labor vorstellen, in dem Experimente am Menschen

durchgeführt worden wären – obwohl es bekanntlich, vor allem in den Krankenrevieren und medizinischen Abteilungen, ja auch richtiggehende Menschenexperimente gegeben hat. Wolfgang Sofsky zeichnet eher das Bild eines aus der deutschen Gesamtgesellschaft herausgelösten und ihr gegenüber abgeschirmten und autonomisierten Subsystems, in dem sich nun nicht nur die auch sonst in Deutschland virulenten Haltungen der Menschenverachtung, des Rassismus und der Gewaltbereitschaft ausleben dürfen – das wäre wieder eine glatte Trivialisierung – , sondern in dem ein *organisierter* Bewachungs- und Unterdrückungs*betrieb* alle diese destruktiven Tendenzen verstärkt, potenziert und zugleich in *Normalität,* das heißt: in *Routine* umsetzt.

Was nun die »Zeit der Häftlinge« angeht, so ist es eine gleichsam verstümmelte, nämlich um die Dimension der Vergangenheit, der Erinnerung, und um die Dimension der Zukunft, der Lebensperspektiven, beraubte Zeit. Diese Zeit ist nur noch Gegenwart, man könnte auch sagen: Geistesgegenwart, Alarmiertheit – die permanente, alles Interesse absorbierende Wachsamkeit des um sein Überleben kämpfenden Gefangenen. Es sei denn, der Häftling ist etwa ein überzeugter Kommunist, der auch in dieser Situation absoluter Ohnmacht und Bedrohtheit an der weltgeschichtlichen Perspektive seiner Ideologie festzuhalten vermag; oder ein Gläubiger, über den Jean Améry einmal geschrieben hat, er sei »zugleich wirklichkeitsfremder und wirklichkeitsnäher als der Glaubenslose« gewesen: »Wirklichkeitsfremder, da er doch in seiner finalistischen Grundhaltung die gegebenen Realitätsinhalte links liegen läßt und seine Augen auf eine nähere oder fernere Zukunft fixiert; wirklichkeitsnäher aber, weil er sich aus eben diesem Grunde von den ihn umgebenden Tatbeständen nicht überwältigen läßt und darum seinerseits kraftvoll auf sie einwirken kann.« Für die meisten aber ist »das Dasein nur noch ein befristetes Dasein auf Abruf«. Die Zukunft ist entwertet, aber auch die Vergangenheit. In der – freilich leicht zu hart und lebensgefährdend starr geratenden – Verhärtung oder, um das Moment von Abwehr und Selbstschutz darin zu berücksichtigen, Selbstverhärtung dieses nahezu aussichtslosen Existenzkampfes kann die Erinnerung an das Leben vor dem Lager als gefährliche Sentimentalität empfunden werden: »Häftlinge, die nach Erhalt eines Briefes von ihren Familien zu erzählen begannen, trafen ... nicht selten auf den barschen Widerspruch anderer, die nichts hören wollten, was an die eigene Vergangenheit rührte. Es gehörte zu den ungeschriebenen Gesetzen der Kameradschaft, solche Gesprächsthemen zu vermeiden, die Trauer, Schmerz oder Verzweiflung hervorrufen konnten.«

4. In den Lagern herrscht und wütet eine Macht ohne Vorbild und ohne Vorläufer. Es ist eine Terrormacht, die sich selbst genügt, oder besser: die an der Eskalation ihrer selbst ihr Genüge findet. Keine der Ressourcen, Techniken und Darstellungsformen politischer Macht in der modernen europäischen Geschichte läßt sie einfach unbeachtet oder ungenutzt. Aber sie greift dieses reiche Erbe nur auf, um noch terroristischer werden zu können. Es gab in diesen Lagern ja auch die Einzelzelle. Aber das war keine Zelle, und es war keine Isolationshaft. In Natzweiler waren es Heizungsnischen von 131 cm Höhe und 30 cm Breite. In Dachau hießen sie »Hundezellen«, und der Eingesperrte konnte in ihnen nur zusammengekauert liegen.

Auch die innere Geographie des Lagers mit ihren leicht voneinander isolierbaren Zonen, stereotypen Blockreihen, schnurgraden Straßen, Grenzposten auf dem großen Platz für die ewigen Appelle zielte auf die Sichtbarkeit noch der kleinsten Bewegung. Das hat an sich Tradition in der Geschichte des modernen Staates. Aber wenn es etwa bei diesen Appellen tatsächlich nur um die Kontrolle der im Moment verfügbaren Arbeitskräfte gegangen wäre, hätten die Häftlinge nicht immer wieder bis zur Erschöpfung, oft bis zum Zusammenbrechen da stehen müssen. Und wenn sich alles bloß um eine flächendeckende Überwachung der Insassen gedreht hätte, hätte nicht jeder zur Unzeit auf der Lagerstraße erscheinende Häftling sein Leben riskiert.

Oder, um der Untersuchung zu den »sozialen Strukturen« des Lagers zu folgen: Auch die Lagerverwaltungen waren insofern moderne Bürokratien, als sie nach Regeln und mit standardisierten Verfahren arbeiteten und möglichst jeden Vorgang schriftlich fixierten. Ohne einen solchen Unterbau von System und Kontinuität wäre es auch kaum möglich gewesen, ein Konzentrationslager mit Hinz und Kunz zu meistern – man darf sich das SS-Personal ja nicht etwa als eine Auslese ideologisch und politisch besonders geschulter oder gar überzeugter Leute vorstellen.

Aber dem Idealtypus von der Funktionsweise der modernen Bürokratie, wie ihn Max Weber entworfen hat, haben diese Apparate dennoch wenig entsprochen. Dafür waren sie zu vielen und durchaus miteinander konkurrierenden Instanzen verantwortlich. Und dafür delegierten sie andererseits zuviel Macht nach unten. Jeder kleine Blockführer konnte, wann immer ihm danach war, einen Menschen ermorden. Jeder Wachtposten auch, jeder Kapo sogar. Kein Major der deutschen Armee konnte einfach durch die Unterkünfte der Leute gehen und einen Menschen ermorden. Gewiß, es gab Regeln, sogar einen ganzen Wust davon; es gab eine minutiös ausgearbeitete Lagerordnung, es gab detaillierte, alles und jedes scheinbar pedantisch reglementierende Verhaltensanweisungen für die Wachmannschaften – aber nichts davon war dazu da, die unteren Chargen von eigenmächtigen Gewalttaten abzuhalten. Oder es war vielleicht doch dazu da, aber es *funktionierte* nicht so. Die vielen Regeln bewirkten ganz im Gegenteil so etwas wie eine »Deregulierung«. Sie grenzten die Handlungsmöglichkeiten der Akteure nicht nur nicht ein, sie schufen sogar neue – etwa indem sie eine Unzahl von *Strafanlässen* produzierten. Die Regeln verschärften so nur die Willkür.

Das Bild von einer Macht, die von älteren Machtformen zehrt – aber nur um sie auf den Kopf zu stellen – , ist im ganzen Buch präsent, und seine nach und nach freigelegten Aspekte beleuchten sich gegenseitig. Auch im Konzentrationslager gab es eine »Klassengesellschaft«, und auch in diesem Fall trug und stabilisierte sie das Machtsystem im engeren Sinn. Freilich war es hier die Macht, die die Klassen hervorbrachte, und nicht umgekehrt. Oder es war die fundamentale Klassifikation der Menschen in »Menschen« und »Untermenschen«, die die Klassen der Häftlingsgesellschaft erzeugte und festschrieb, und nicht etwa die realen sozialen Klassen, aus denen die Gefangenen stammten. Man kann einwenden, daß diese monströse Einteilung selber wiederum aus der großen Gesellschaft stammte, und in der Tat scheint Wolfgang Sofsky den *parasitären* oder, wie man auch sagen könnte, den *konformistischen* Charakter der NS-Herrschaft nicht richtig zu erfassen. Das ist vielleicht der Preis, den er für die an sich überzeugende forschungsstrategische Entscheidung zahlt, die Lager zunächst einmal zu isolieren und in ihrer Eigengesetzlichkeit zu untersuchen. Ganz unten waren dort immer die Juden, gleichgültig wo jemand vorher im Leben gewesen war. Ganz unten waren auch die Zigeuner, die Russen, die Slawen überhaupt – und von den Deutschen die Homosexuellen. Ganz oben waren die deutschen Kriminellen, die zweifelsfrei zu den Menschen zählten und in den meisten Fällen auch die »Selbstverwaltung« der Häftlinge in ihrer Hand hatten. Oben bedeutete in dieser Welt immer: nahe bei der Macht und fern vom Tod. Oben in diesem Sinne waren in einigen Fällen auch die »Politischen«: die deutschen Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, die sich in der Regel nach unten abgrenzten – um sich noch oben behaupten zu können.

5. Die Reihe dieser Perversionen ließe sich fortsetzen; auch die Hinrichtungen vor der bewegungslosen Masse der Häftlinge waren etwas anderes als jenes Staatsritual, das sie scheinbar kopierten. Es war keine Sanktion; denn es gab im Lager keine Normen, die hätten bekräftigt werden können. Und es war auch keine Wiederherstellung von Legitimität; denn dessen bedarf nur eine Macht, die mit den Menschen immerhin noch rechnet.

Aber was ist nun der Beitrag, die Leistung dieses Buches im Rahmen der Erforschung des »Dritten Reiches«? Vielleicht kann man in Abwandlung eines Wortes aus der Filmtheorie Siegfried Kracauers sagen: Es ist ein Versuch, die geschichtliche Wirklichkeit zu retten. Der ganze Text, besonders aber der letzte Teil über »Gewalt und Tod«, entzieht sich, widersetzt sich jener Sorte von Paradigmenbildung, wie sie heute im Schwange zu sein scheint. Ich übertreibe ein bißchen: Man vulgarisiere zunächst Raul Hilberg. Anschließend vulgarisiere man Zygmunt Bauman. Dann werfe man beides zusammen. Wenn man dann noch eine Spur ebenfalls vulgarisierten Stanley Milgram dazugibt – dann verschwindet das NS-Regime garantiert *hinter seiner eigenen Modernität;* dann verflüchtigt es sich mitsamt seiner SS und seinen Lagern in einem allgemeinen Bild von hochentwickelter gesellschaftlicher Differenzierung und organisierter Verantwortungslosigkeit. Man muß den Abschnitt über die »Exzesse der Gewalt« selber lesen. Er ist vielleicht nicht ganz kohärent: Der Leser weiß nicht so recht, wie er den Typus von SS-Mann, der in der Kameraderie seiner Truppe versinkt, und den Typus von SS-Mann, der beim Schlagen, Foltern und Morden *triumphiert und seine Freiheit genießt,* zusammenbringen soll. Nach Wolfgang Sofsky ist es nämlich ein und derselbe Typus. Ist der erstere nicht doch zu klein oder zu banal für den letzteren? Oder anders gefragt: Darf ich die Vision Elias Canettis vom Herrscher, der vor Leichenbergen seine Unsterblichkeit erlebt und feiert, auf die »ganz normalen Männer« im Lagerbetrieb übertragen?

Trotzdem dürfte es zumindest in der neueren wissenschaftlichen Literatur über den NS-Staat wenig Texte von vergleichbarer Qualität geben. Die Modernität der Vorgänge im Lager verdeckt in dieser Darstellung nicht das besondere historische Profil der Täter, die ja etwas von den Freikorps der 20er Jahre an sich haben. Und die Grausamkeit der Täter verdeckt andererseits nicht ihre Gleichgültigkeit und ihre Distanz den Opfern gegenüber. »Dem Exzeß ging oftmals die systematische Degradierung und Verelendung voraus. Zum Zeitpunkt der tödlichen Gewalt waren viele nur mehr Schatten ihrer selbst, ausgehungerte Elendsgestalten, verlaust, verdreckt, eingehüllt in Lumpen. Das Lager hatte sie bereits auf das vegetative Minimum der Kreatur herabgedrückt, so daß der Exzeß am Ende nur noch die physische Tötung vollzog. Die Menschen waren schon ihrer menschlichen Attribute beraubt und zu Kreaturen verfremdet. So brauchte der Täter die Personalität seiner Opfer gar nicht mehr zu verleugnen. Der Muselmann löste allenfalls noch Affekte der Abwehr oder des Ekels aus. Eine wesentliche Schranke der Gewalt mußte daher schon gar nicht mehr niedergerissen werden. Das Töten vollendete nur noch den Prozeß der Zerstörung ... Distanz war nicht nur eine Vorbedingung der Grausamkeit, sie wurde durch die Methoden des Exzesses auch selbst hergestellt. Die Gewalt absoluter Macht ist eine stumme, physische Aktion, die die soziale Wechselwirkung von Handlung und Reaktion außer Kraft setzt. Das Opfer hatte keine Chance zur Gegenwehr. Ein Kampf fand nicht statt.«

Ernst Köhler schrieb in LITERATUR KONKRET Nr. 18 über Gerhard Armanski: »Maschinen des Terrors«

Konkret 01/94, S. 58

Ingrid Strobl

Beruf Neonazi

Ein anderthalbstündiger Videoclip des Regisseurs Winfried Bonengel bringt den Nazi Bela Ewald Althans in die Kinos und bald in die Wohnzimmer

Nein, ein Propagandafilm sei »Beruf Neonazi« nicht, ist allenthalben zu lesen und zu hören, wer das behaupte, unterscheide unlauter zwischen sich und einem nicht ausgewiesenen dummen Publikum, wer dies behaupte, trage linke Scheuklappen, wer behaupte, dieser Film könne die Falschen faszinieren, müsse sich fragen, ob nicht in ihm selbst etwas auf die unterstellte Faszination anspreche. »Beruf Neonazi«, das 83-minütige Portrait des Münchner Nazis Ewald Althans, gedreht von dem mit dem Genre inzwischen vertrauten Dokumentarfilmer Winfried Bonengel, zeige, daß die Szene der Neonazis nicht nur aus dummdusseligen, der deutschen Sprache nicht mächtigen Glatzen bestehe, sondern auch über intelligente und sogar Englisch sprechende Führer verfüge, und daß sie nicht nur gut organisiert, sondern auch international vernetzt sei. Es gibt Leute, die nicht auf diesen Film warten mußten, um zu derlei Erkenntnissen zu gelangen, auch keine anderthalbstündige Selbstdarstellung der Herren Althans und Zündel brauchen, um zu wissen, daß diese Leute gefährlich sind.

Gerade, daß der Regisseur sich jeden Kommentars enthalte, gerade, daß er sich auf seine Figur einlasse, mache den Wert des Filmes aus, heißt es in den Rezensionen vom »Tagesspiegel« bis zur »Woche« weiter. Fast nur der »Spiegel« (der ja auch einmal recht haben kann) schert aus dem Chor der Premierenhymniker/innen aus und nennt den Film einen »braunen Werbespot«. Die anderen tun so, als gäbe es Objektivität im Film. Die gibt es hier aber ebensowenig wie in der Wissenschaft; hinter Kamera und Mikrophon stehen Menschen mit bestimmten Haltungen, Erwartungen, Sympathien und Antipathien. Hinter allem stehen Interessen, und ein Interesse kann in ein anderes übergehen: So kommt das Bemühen des Kameramannes um gute Bilder, wird es nicht im Kontext reflektiert, direkt dem Dargestellten zugute. Althans und Zündel dürfen sich in »Beruf Neonazi« nach Belieben darstellen, ihre Ansichten in aller Ruhe ausbreiten, ihre Ideologie gelassen und freundlich verkünden. Und sie werden dabei von Regie und Technik nach Kräften unterstützt.

Immer wieder wird gesagt, der Regisseur folge Althans hierhin und dorthin, nach Kanada und Auschwitz und München. Das ist, auch wo es kritisch gemeint ist, erstaunlich naiv. Beim Drehen eines Filmes ist alles durchdacht und inszeniert. Nur innerhalb des Vorbereiteten, Geplanten ist Spontaneität, ist Überraschendes möglich. Da geht nicht einer, wohin er will, sondern der Regisseur sagt ihm: Du gehst jetzt bitte von da nach dort, und zwar so und so schnell oder langsam. Und das wird nicht einmal, sondern mehrmals gedreht. Da redet einer nicht einfach drauflos, sondern er wird an einen bestimmten Platz gesetzt oder gestellt, ausgeleuchtet (und das kann Stunden dauern), neu plaziert, der Ton wird eingestellt. Nicht der Dargestellte, sondern Regie und Kamera bestimmen, was wie gedreht wird. So ist Bonengel Althans auch nicht nach Auschwitz »gefolgt«, sondern er hat ihn – egal auf wessen Vorschlag hin – nach Auschwitz gefahren, um dort einen Dreh mit ihm zu machen.

Diese Arbeitsweise schafft notgedrungen Komplizität – die Komplizität mit Leuten, die zusammen arbeiten, die ein gemeinsames Interesse daran haben, daß das, was sie machen, gut wird – was auch immer der einzelne unter »gut« versteht. Ist die Stimmung bei den Dreharbeiten schlecht, kann das der Arbeit schaden. Dennoch ist es möglich, diese Komplizität zu begrenzen, Distanz herzustellen. Wenn Lanzmann oder Ophüls NS-Täter interviewen, kommt nicht der Schatten einer Kameraderie auf, obwohl auch sie das Gesagte nicht kommentieren, mit dem Gesprächspartner nicht kontrovers diskutieren. Beim Ansehen von »Beruf Neonazi« aber gewinnt man nicht den Eindruck, daß Bonengel sich allzusehr um Distanz bemüht hat. Schon daß er Althans, einen Mann, der ein zweiter Heydrich sein möchte, duzt, ist irritierend (um es höflich auszudrücken).

Die Szene in der Gaskammer von Auschwitz wird in der Regel als Höhepunkt des Filmes wahrgenommen. Sie ist jedoch nicht der Höhepunkt einer Selbstentlarvung, sondern der einer ebenso perfiden wie gelungenen PR-Inszenierung. Hier kehrt Althans, der sonst den charmanten, reflektierten Jungmanager mimt, den SS-General hervor, der er auch gern wäre. »Das ist eine riesengroße Verarschung, was hier stattfindet«, erklärt er auf der Lagerstraße des Stammlagers Auschwitz. Er kauft eine Broschüre, um dann dem Regisseur zuzuzwinkern: »Da gibt es auf der Heimfahrt was zu lachen.« Schließlich erklärt Althans in der Gaskammer, warum »das alles« eine Lüge und technisch unmöglich gewesen sei, bis ein junger Amerikaner ihn wütend und zugleich fassungslos zur Rede stellt. Althans antwortet ihm kühl und überlegen, ganz Herrenmensch. Als der Amerikaner ihn anschreit, er wage es ja nicht, ihm in die Augen zu sehen, er solle, wenn er sich traue, endlich die Brille abnehmen, da nimmt Althans die Brille ab: Er traut sich. Er kann das, was er zu sagen hat, jedem kalt lächelnd ins Gesicht sagen. In Großaufnahme sagt er leise mit einem leichten Nicken in Richtung des Amerikaners: »Diese Fliegen« (man hört das Summen von Fliegen) – Kunstpause – »sollte man vergasen« – Kunstpause (er grinst) – »diese Flugläuse« – Kunstpause (er grinst noch breiter) – »ausrotten sollte man die.« Die Kamera verweilt auf seinem Gesicht, präsentiert nicht einen, der entlarvt werden soll, sondern einen, der es gerade einem Angreifer tüchtig gegeben hat.

Jungstar Althans darf in diesem Film seine Fähigkeiten und seine Vielseitigkeit vorführen, den netten Jungen von nebenan genauso wie den eiskalten Heydrich-Verschnitt, den Charmeur wie den kompromißlosen Kämpfer. Die Kompromißler verachtet er, sagt er, er selbst mache keine Kompromisse, er sei durch und durch radikal, ein »orthodoxer Nationalsozialist«. Ob die Hoffnungen, die er selbst offensichtlich in diesen Film gesetzt hat, aufgehen, ob er neue Anhänger gewinnt durch diese Art Selbstdarstellung, wird sich zeigen. Eines ist ihm jedenfalls gelungen: Er hat einen Regisseur gefunden, der ihm, vermutlich ohne das beabsichtigt zu haben, einen anderthalbstündigen Werbefilm gedreht hat. »Meine große Waffe sind Video- und Tonbandkassetten«, sagt Althans-Mentor Zündel zu Beginn des Filmes. Und sein Zögling stimmt ihm begeistert zu: So gelange er in jedes Wohnzimmer. Zündels und Althans' neueste Waffe haben Leute geschmiedet, die sich als links oder zumindest alternativ verstehen, angefangen beim Regisseur über den Kameramann bis zum Verleih, der Berliner Unidoc. Finanziert wurde das Ganze mit staatlichen Geldern, aus Mitteln der Filmförderung. Der Film läuft seit Wochen in den Kinos, laut »Spiegel« soll es Verkaufsverhandlungen mit privaten Fernsehsendern geben, Althans wird also tatsächlich auch in die Wohnzimmer gelangen. »Ich habe noch nie versucht, konspirativ zu sein«, sagt Althans, überlegen lächelnd. Das ist zum Teil sicher richtig, denn manchmal hat er es, das beweist auch dieser Film, gar nicht nötig, sich konspirativ zu verhalten.

Beruf Neonazi. Ein Film von Winfried Bonengel, BRD 1993, 16 mm, Farbe, 83 Minuten

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 9/93 über die »Enzyklopädie des Holocaust«

Konkret 01/94, S. 60

Ka□ Sokolo□ sk□

Ein gan□ mieser Abgang

□ The Death of S□ perman□ erreichte in den USA die h□ chste A□ flage, die je ein Comicbook er□ ielte. Jet□ t hat der Carlsen die □ f□ rchterliche Verarsche□ a□ f de□ tsch hera□ sgebracht

Da hat sich der Carlsen-Verlag so viel Mühe gegeben, so viel in die Werbung gesteckt, so viele Freiexemplare spendiert! Und doch liegt *Der Tag, an dem Superman starb* nun wie Blei in den Läden und harrt der Remission. Dabei müßte Andreas Knigge, der Cheflektor, ein durchaus intelligenter Mann, eigentlich gewußt haben, daß seine Firma hier mit Ramsch handelt. Und hätte er KONKRET 5/90 gelesen, in dem ich lang und bündig erklärte, warum Superhelden das deutsche Publikum bestenfalls am Rande zu interessieren vermögen – er hätte die Finger vielleicht von der Sache gelassen. Aber der Verteilungskampf, der seit einiger Zeit auf dem deutschen Comicmarkt wütet, hat zumal bei Carlsen dazu geführt, sich vor lauter Verzweiflung wie besinnungslos auf Projekte zu werfen, die eventuell die magische Grenze der fünfstelligen Auflage berühren könnten. Die durchs Duale System triumphal bestätigte PR-Weisheit, daß Dreck sich am besten verkauft, muß Knigge und seinem Verlag auch die letzten Bedenken ausgetrieben haben.

Und, immerhin, die Bürgerpresse, die auf ihren Rückzugsgefechten gegen RTL und TV-Movie längst jeden Stolz hat fahren lassen, machte ohne Zaudern ihre Spalten frei für unbezahlte Annoncen des Werks; sogar »Petra«, »Brigittes« lästigste Schwester, zierte sich nicht und schrieb brav aus der Werbemappe ab. Woran das genau liegt, will ich später erklären; geholfen hat die kostenlose Reklame jedenfalls gar nicht. Denn die dümmeren Fans lesen eh nichts als Comics; und die klügeren wissen schon seit einem Jahr, um was für einen Krampf es sich bei *The Death Of Superman* handelt. Auch diesen Starrsinn der Gemeinde hätte Knigge im voraus kalkulieren müssen; aber in Zeiten der Krise verlieren die Verlierer immer den Kopf und nehmen Stroh für Holz.

Und die Sache war, aus der Ferne, ja wirklich verlockend: die größte Auflage, die je ein Comicbook erzielt hat! Aber es muß schon ein halbaufgeklärter Trottel oder ein »Spiegel«-Redakteur oder sehr verzweifelt sein, wer glaubt, daß erfolgreiche Moden der USA sich automatisch profitabel importieren lassen. Nicht aus Amerikahörigkeit besuchen Deutsche McDonald's, sondern weil noch der fadeste Cheeseburger leckerer schmeckt als die Thüringer Bratwurst; und nicht irgendeine kulturimperialistische Verschwörung läßt das Hollywoodkino an jedem Wim Wenders- oder Josef Vilsmaier-Film locker vorbeiziehen, sondern die schiere Langeweile der deutschen Konkurrenzprodukte (selbst Joseph Goebbels, der eine Privatkopie von »Gone With The Wind« im Schrank stehen hatte, wußte darum). Überhaupt ist der chauvinistische Widerstand gegen die amerikanische Popkultur nirgendwo tiefer verwurzelt als hier; und die Zugeständnisse, die er ihr schließlich gemacht hat – nämlich Ted Herold, Samson und Tiffy, Glücksrad oder Fix und Foxi – , zeigen nur an, daß die »Kulturwärter im Lodenkostüm« (Ror Wolf) nicht ruhen, ehe der anarchische Witz der Originale aufs hiesige Niveau geplättet worden ist. Wenige Wörter sind deutscher als »blödeln« und »Blödler«.

Entsprechend schlecht ergeht es hier den Superhelden; denn etwas Amerikanischeres als sie läßt sich, vom Western abgesehen, nicht ausdenken. Anders jedoch als der Mythos vom Wilden Westen wirkt außerhalb der USA die Superheldenmythologie nur mehr auf Knaben und überhaupt sehr befremdlich. Wohl finden die Sehnsüchte, aus denen sie entstand, sich überall wieder, wo Maschinenlaufzeiten das Leben regeln und die Ohnmacht vor den Verhältnissen jeden befällt, der seinen Marktwert nicht selber festsetzen kann. Doch der starke Mann, den Jerry Siegel und Joe Shuster 1933 erfanden, und der, dem zur selben Zeit die Deutschen sich unterwarfen, haben nichts gemeinsam.

Superman ist all das, was seine Schöpfer gern gewesen wären: groß, gutaussehend, selbstbewußt und mit Fähigkeiten ausgestattet, um die nur Gott ihn nicht beneiden muß. Ganz naiv=plakativ bildet *The Man Of Steel* die Omnipotenzphantasien frustrierter Pubertierender ab. Die Faszination, die er und die Legion von Imitationen, die ihm nachfolgte, ausstrahlen, besteht in ihrer wunderbaren Unabhängigkeit von den Naturgesetzen, in ihrer ungeheuren physischen Präsenz. Macht über Menschen aber kommt für den Superhelden, der sie doch mühelos haben könnte, gar nicht in Frage; der Superschurke ist genau deshalb einer, weil er nach Herrschaft über die Welt oder, wenigstens, nach ihrer Vernichtung giert. Obschon ein Außerirdischer und jenseits allen Zwangs, respektiert Superman die demokratischen Institutionen der USA ohne Frage. Und gleich nach Pearl Harbor ziehen er und seine minderen Geschwister los, den selbsternannten Herrenrassen zu zeigen, was echte Übermenschen draufhaben.

Der zweite Weltkrieg, in dem die Super-G.I.s »U-Boote zu Brezeln« kneten, befördert sie endgültig zu Inkarnationen ihrer Nation. Entsetzt melden Militärpfarrer von der Front, daß Superman-Comics in den Tornistern über der Bibel liegen. Da einzig die numerische Überlegenheit der Mittel noch Schlachten entscheidet, da wichtig nur die Waffen, nicht ihre Bediener mehr sein können, schlägt das Gefühl der eigenen Nichtigkeit um in Anbetung jener gezeichneten Wesen, die stärker sind als Panzer, unverwundbarer als Schlachtschiffe und schneller als Gewehrkugeln. Superman verkörpert die geballte industrielle Macht seines Landes. Auf dem Zenit des amerikanischen Imperiums, Mitte der 50er Jahre, verleihen

seine Zeichner ihm sogar die Kraft, mit Planeten zu kegeln; und das war keine Großkotzigkeit angesichts eines Globus, dessen kapitalistischer Teil die USA zum Zentrum hatte.

Das Image des Superhelden hat sich, wie oberflächlich auch immer, stets am Zustand seiner Heimat ausgerichtet. Als im Krieg gegen Nordvietnam gewisse Selbstzweifel und ein Hauch von Unsicherheit das amerikanische Gemüt ankratzten, tauchten erstmals Überwesen auf, die die Pausen zwischen ihren Kämpfen nicht mehr bloß mit der Pflege ihrer geheimen Identität füllten. Die Figuren des Marvel-Verlags tragen Ranzen voller Sorgen auf den austrainierten Schultern; aber das sind Nöte, die geradenwegs aus der Seifenoper stammen. Daß der Sinn seiner Existenz sich in ständiger Aktion und dauernder Leistungsschau erschöpft, macht Spider-Man so wenig zu schaffen wie dem Stammvater Superman. Das Maschinenhafte ihres Lebens kann beide auch gar nicht stören, denn neben ihren wunderbaren Kräften ist wenig Raum für eine Seele.

The Dark Knight Returns (1987), das Meisterwerk nicht nur des Autoren Frank Miller, sondern des ganzen Genres, schenkt den Superhelden eine Seele – und bringt sie damit um. Aus ihrer Fluchtwelt in die verfluchte Welt der Donald Trumps geworfen, müssen sie innewerden, daß die heruntergekommene Nation sie, die Verkörperungen einstiger Herrlichkeit, nicht mehr erträgt und ihnen bloß die Wahl zwischen der Verbeamtung und einem guten Tod läßt. Nach Millers *Dark Knight* sind die Superhelden erledigt; aber in der trivialen Literatur sagt man niemals nie. Der gewaltige Erfolg des *Dunklen Ritters* führte nicht zur Selbstauflösung des Genres, sondern zum Boom. Zombies halten seither die Welt in Atem. Den ihr angemessenen Triumph feierte die Restaurierung im widerwärtigsten Film der 80er Jahre, in *Batman*. So spiegelten zumindest die Verlogenheit und Selbstüberschätzung der Reagan-USA sich im Superheldencomic wider.

Und an Verlogenheit mangelte es DC, dem Verlag der Supermangeschichten, auch vor gut einem Jahr nicht. Über eine Strecke von sieben Heften wurde Supermans – angeblich – letzter Kampf präsentiert; und die Nummer, in der das Blaue Wunder abtritt, brachte es auf sagenhafte fünf Millionen Leser. Das war vor allem Journalisten zu verdanken, die offenbar unbedingt die Scharte auswetzen wollten, auf Golgatha nicht dabeigewesen zu sein. Das virtuelle Ereignis entfesselte einen Media hype, der wiederum für ein echtes Ereignis sorgte, für die höchste Auflage, die je ein Comicbook erzielt hat. Man darf das erbärmlich finden. Übrigens besteht der einzige clevere Einfall in *The Death of Superman* darin, den Stählernen vor einem Zeitungshaus sterben zu lassen.

Natürlich ist *Der Tag, an dem Superman starb* Schrott, ein Fließbandprodukt der miesesten Sorte, hastig zusammengebastelt von fünfzehn DC-Angestellten, die völlig witzlos und nicht einmal handwerklich sauber ihren Stiefel heruntererzählen. Daß Doomsday, der letzte Gegner Supermans, böse wie nur was ist, alles haßt, was lebt, soll eine Szene beweisen, in der er einen freundlichen Kanarienvogel zerquetscht. Woher Doomsday stammt, bleibt ebenso im Dunkel wie seine Motive. Und eigentlich hat er es immer viel zu eilig, mit seinen Opfern fertigzuwerden, um mehr als einen halbgaren Sadisten darstellen zu können, geschweige das Böse an sich. Unermüdlich erinnern die Bildtexte daran, daß er ein Monster und Killer ist, weil die Bilder selbst keinen Deut seiner Bedrohlichkeit zu vermitteln vermögen und weil die Autoren irgendwie verantworten müssen, warum Superman, der nie ein Lebewesen getötet hat, an Doomsday zum Mörder wird. Denn daran stirbt »The Last Son Of Krypton«: daß er wie sein Gegner handelt. Seine letzten Worte lauten: »Ist er ... ist er ...«; und die Antwort schickt ihn ins Jenseits. (Aber Zombies wie Superman kommen übers Entseelen schnell hinweg, wie man gleich sehen wird.)

»168 DRAMATISCHE SEITEN«, schreit das Cover der Carlsen-Ausgabe; doch wie es wirklich um die Dramatik dieser Geschichte bestellt ist, hat Elmar Klages in »Comic Speedline« sehr schön pointiert: »Doomsday taucht auf und macht alles kaputt ... Superman tritt gegen ihn an und wird verhauen. Superman tritt wieder gegen ihn an und wird verhauen. Jetzt ist Superman aber sauer! Er tritt gegen Doomsday an, und beide verprügeln sich so doll, daß sie gleichzeitig tot umfallen.« Tatsächlich das Aufregendste am *Death Of Superman* ist, daß unterm zerrissenen Trikot des Helden eine dichte Körperbehaarung und gut modellierte Brustwarzen sichtbar werden.

Die bombastischen Effekte, die zumal im Finale aufgefahren werden, rühren im Ernst niemanden an. Das letzte Siebtel zeigt ausschließlich doppelseitige Panels, damit auch der letzte Holzkopf begreift, daß er einem GROSSEN Moment beiwohnt. Aufs krudeste wird die sakrale Kunst der Spätrenaissance für Supermans Opfergang verwurstet; aufs grellste beherrschen Onomatopoetika und Speed lines die Szenen. Wie bei allen schlechten Comics trauen die Bilder sich selber nichts zu und werden deshalb dauernd kommentiert. *Der Tag, an dem Superman starb* ist nichts als die permanente Behauptung, es passiere etwas, während seine Zeichner sogar zu schwach sind, dynamische Montagen zu produzieren.

Andreas Knigge hat, ich bin mir ganz sicher, sofort erkannt, daß seine Firma hier mit Ramsch handelt. Aber wenn die Luft dünner wird, wenn ein scheinbar gesundes Unternehmen wie der Semmel-Verlach plötzlich in die Pleite kracht und die von jeher, dank den Disney-Lizenzen, fetteste deutsche Comicfabrik, Ehapa, sich ein Sahnestück nach dem andren aus den Konkursen greift – : dann setzt man in der unvernünftigsten aller Wirtschaftsformen nur zu gern alles auf eine Karte und glaubt daran, daß im Hauptquartier des Anti-Amerikanismus die amerikanischste aller Comicfiguren Profit machen wird. (Ehapa, nebenbei, stieß vor einigen Jahren die deutschen Rechte an DC-Comics ab: Gewinner können einfach besser rechnen.) Warum jedoch Knigge die Produktion auch dann nicht stoppte, als aus den USA gemeldet wurde, daß Superman

gleich mehrfach auferstanden ist, die »168 DRAMATISCHEN SEITEN« also ihr klein bißchen Drama verlieren und als »fürchterliche Verarsche« (Klages) sich offenbaren – ? Kann ich mit meinen drei Semestern Psychologie nicht mehr erklären.

Wieso die vereinigte Bürgerpresse den *Tag, an dem Superman starb* kostenlos bewarb, ist hingegen ziemlich einfach zu durchschauen. Die beteiligten Yuppiejournalisten haben aus dem Media hype und aus den fünf Millionen Lesern in Übersee eine ehrfurchtgebietende Story gelesen und daher mit ihrer geballten Halbbildung eiskaltes Sentiment über einen Comic verbreitet, den als Scheißdreck zu erkennen sie leider zu dumm sind. »Superman ist tot. Wir sind allein«, dichtet Ronald Gutberlet in der »Szene Hamburg« 11/93, i.e. sechs Monate nach der multiplen Wiedergeburt des Helden. Als hätte der mächtigste Feind Nazi-Deutschlands je auch nur halb so viel Platz in »unserem« Gemütshaushalt genossen wie, sagen wir mal, Meister Proper! Einen pseudophilosophischen Quark wie diesen Artikel muß man überhaupt lange suchen: »Natürlich haben wir ihn geliebt. Auch wenn er nicht Fleisch von unserem Fleische war, so fühlten wir uns Clark Kent« – Supermans ziviler Name – »doch immer verwandt.« Kein Wort wahr, kein Wort auch nur sekundenlang von Gutberlet selbst geglaubt. Die anonyme Schreibkraft der »Petra« lügt im gleichen Sinne: »Ob tot oder lebendig, wir sind gerührt.«

Tatsächlich sind die Angestellten der Bürgerpresse außer über ihre Gehaltsschecks zu gar keiner Rührung fähig; und wären die älteren Hasen sich nicht zu gut, über Comicstrips zu schreiben, hätten sie den jüngeren Kollegen längst eins auf die Finger gegeben für deren frei fabulierende Rezensionen. Und je tiefer die Auflagen sinken, desto hipper, scheint’s, erscheint allen »Modernes Leben«-Ressortchefs – die in der Regel zum letzten Mal trendy waren, als sie der hübschen Miteingeschulten am Pferdeschwanz zogen – das Medium, und darum lassen sie ihre Leute halt machen, was sie wollen. Sind doch bloß Comics.

Superman ist nur scheintot. Wir sind enttäuscht.

Div.: Der Tag, an dem Superman starb. Carlsen Verlag 1993, 25 Mark.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 11/91 über Nationalsozialismus im Comicstrip

Konkret 01/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Alice im Wunderland der Syntax, 3.467. Kapitel:

Sie wird es nicht, liebe Hannelore Müller aus Emmendingen und Absenderin der euphorischen Zeilen...

beginnt Frau Schwarzer ihr Editorial über die von ihr und einigen ihrer Schwestern favorisierte Hildegard Hamm-Brücher aus München und Liberale, um fort und zu fahren:

Ein wichtiger politischer Posten in unserem Land für diese Frau ist längst überfällig, unabhängig von ihrem Geschlecht,

nämlich auch wenn sie ein Mann ist. Nicht nur die Kandidatin, auch

die Zeit ist überreif. In Ländern wie der Türkei und Kanada regieren Frauen. Im nachfaschistischen Deutschland ist es noch immer ein Novum, wenigstens über die weibliche Besetzung des relativ machtlosen Repräsentationsposten eines Bundespräsidenten nachzudenken.

Frau Schwarzer wollte vielleicht sagen, daß es ein Novum sei, über die weibliche Besetzung wenigstens nachzudenken, und vielleicht doch lieber nicht, was sie geschrieben hat: daß sie und ihre Schwestern im nachfaschistischen Deutschland wenigstens über die weibliche Besetzung des Posten nachdenken wollten, wenn schon über sonst nichts. Und wer wird wieder schuld sein, wenn daraus nichts wird? Zwei Paschas dieser Jahre: der Genetiv und ich.

Die Damen und Herren Renate Schmidt, Ulla Hahn, Heide Simonis, Jochen Borchert, Joschka Fischer, Alfred Biolek, Bernhard Vogel, Matthias Beltz, Robert Gernhardt und Rudolf Scharping wurden von der Anzeigenabteilung der »Frankfurter Allgemeinen« gebeten, etwas über Micky Maus abzuliefern. Alle lieferten gern, und eine Antwort ging so:

Mit dem Bestiarium aus Entenhausen bin ich in meiner Kindheit herangewachsen. Damals galten Comics als ähnlich schädlich für Kinder wie heutzutage Videos. Von Onkel Dagobert und Donald, von Micky und Minnie, Daisy, Gustav Gans und Oma Duck, Pluto, Goofy und der Panzerknacker AG habe ich mit großen Kinderaugen mehr über Familie, Geld, Kapitalismus, Gewinner, Verlierer und Amerika gelernt – also über das Leben – , als in all den quälenden Schuljahren. Mag Walt Disney ein FBI- oder gar ein CIA-Agent gewesen sein – bei mir wirkte Entenhausen höchst subversiv.

Wer wars? Wer ist der Beflissene, der bei Gustav Gans und Goofy mit großen Kinderaugen Kapitalismus gelernt hat? Wer der ranzige Bonhomme, der dem Blatt der Frankfurter Dagoberts seine Jugend höchst devot zu Füßen legt? Wer(s erät, gewinnt ein Frascati-Frühstück im hessischen Umweltbestiarium.

Wer nichts ist und wer nichts kann, der geht zur Post und Eisenbahn, beziehungweise zum »Pflasterstrand« und zu »Tempo«, und wen man dort nicht mehr brauchen kann, der fängt dann als Trendforscher an, wie der Matthias Horx, der eine lustige Methode gefunden hat, seine Zeit tot- und anderer Leute Geld auf den Kopf zu hauen:

Wir verdienen unser Geld mit der Beratung von Industrieunternehmen und Medien, die wissen möchten, wie sich Kultur verändert. Zum Beispiel, wie die Zahnbürste in fünf Jahren aussieht... Trends schlagen sich in kulturellen Oberflächen nieder: Kleidung, Design, Journalistik, Ideenwelten,

kurz: in Tineff. Wenn ich mir aber das beigegebene Foto des Trendforschers so ansehe, werde ich selber zum Experten, der sagen kann, wie sich Kultur verändert, das heißt: die Zahnbürste des Matthias Horx in 5 Jahren aussehen wird: Sie wird aus Glas sein, rund, hohl, gefüllt mit Wasser. Bude Dacht.

Wie dem Königssohn, der das Seepferdchen nicht gemacht hatte, mit der Königstochter geht es mitunter der »Frankfurter Allgemeinen« mit der Bourgeoisie: Trägt diese Trauer um einen ihrer liebsten Aufsichtsräte, Direktoren, Senatoren und Ehrenprofessoren, gackert jene vor Freude übers Geschäft mit den fälligen Familienanzeigen. Will das Blatt aber zur Linderung seines schlechten Gewissens einem lebenden Liebsten der feinen Gesellschaft das Wort geben, füllt ihr der Johann Lafer, der »Strahlemann der deutschen Sterne-Köche, Inhaber und Küchenchef des viel gelobten Val d(Or in Guldental«, ihren Fragebogen so aus:

Ihre Helden in der Wirklichkeit? Ausländer in Deutschland.

Und jetzt geht der Reißmüller in Schwarz.

Die Wirklichkeit ist meist ziemlich vulgärmarxistisch, und deshalb nennt der Peter Schütt, der früher auf Kosten der DKP in der »Empfangshalle des Weltproletariats Zwiesprache mit dem Genossen Lenin« gehalten hat, in der »FAZ« ein Buch, das den dort seit Izetbegovic zur Hausreligion erhobenen Islam kritisiert, eine »vulgärmarxistische Agitationsfibel«. Die Wirklichkeit ist aber oft auch ziemlich vulgärfreudianisch, weshalb der in Liebe zum Ehrenmuezzin Reißmüller erglühte Konvertit Schütt die Re-Islamisierung

Reislamisierung

schreibt. Wenn er so weitermacht, werden ihn die Herausgeber bald fest anstellen, als Facktotum.

Zuviel Reißmüller hat auch der Abgeordnete Dr. Erich Riedl (CDU/CSU) gelesen, der deshalb die Bundesregierung zwar noch nicht fragt, was sie zum polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz sagt, aber doch wissen will:

Aufgrund welcher Genehmigungen deutscher Behörden konnte der zur Zeit an der deutsch-albanischen Grenze mit etwa 450 Tonnen zum Teil hoch toxischen Pestiziden beladene Güterzug Deutschland verlassen.

Riedl dixit. Sogar die seltsame Sprache, die im deutschalbanischen Grenzgebiet gesprochen wird, beherrscht er schon.

Raddatz mal wieder – mit dem gewohnten Ergebnis, das diesmal der Autor Knut Koch zusammenfaßt:

Mein Buch »Barfuß als Prinz« ist von Fritz J. Raddatz unzutreffend zu den Büchern der so genannten »Todesschickeria« gezählt worden, nämlich zu den Autobiographien von Aids-Kranken. Ich habe lange gezögert, mich dagegen zu verwahren, weil mich große Solidarität mit den Aids-Kranken verbindet... Das Buch bezieht sich nicht mit einem Wort darauf, ich könnte aidskrank sein, es beschreibt im Gegenteil, wie frühzeitig ich den Forderungen nach safem Sex folgte... Unfaßlich der Satz von Raddatz: »All diese Autoren sind tot (oder am Sterben).« Das sollte er nicht einmal über die wirklich erkrankten Autoren schreiben.

Die Zusendung von Rezensionsexemplaren an Raddatz führt zu solchen Rezensionen wie Analverkehr zu Aids. Drum, schwule Autoren, meidet das Arschloch.

Glaubt man es den Kulturredakteuren von »Zeit«, »Welt«, »FAZ«, »Spiegel« undsoweiter endlich beigebracht zu haben, kommt in der »Frankfurter Rundschau« ein Publizist daher und schmeißt es mit seinem dicken Professor wieder um. Harry Pross heißt er und schreibt, Maximilian Harden habe nach dem Ersten Weltkrieg »grollend« aufgegeben,

wohl auch, weil ihm zur Republik nichts einfiel, wie seinem späteren Gegner, Karl Kraus, zu Hitler nichts einfiel, als die Weimarer Republik sich ihm ergab.

Mir fällt zu Hitler nichts ein: der erste Satz von 283 Seiten der »Dritten Walpurgisnacht«, die, 1933 geschrieben, alles enthalten, was dem Feuilleton bis heute zu Hitler nicht eingefallen ist, dessen Erscheinen sich Kraus wie »Krieg und Hunger aus dem Gebrauch, den die Presse von der Sprache macht«, erschloß, weshalb ihm auch zu Pross nichts eingefallen wäre, als daß die Rede vom »späteren Gegner« das sichere Indiz dafür sei, daß die Gegnerschaft nicht nach dem Beginn der Republik (1919/20) begonnen haben kann, sondern im tiefsten Kaiserreich (1908), der spätere Nachkriegsgegner also ein früher Vorkriegsgegner war, weshalb die ganze feuilletonistische Gedankenreihe – Harden/Republik: Kapitulation, Harden-Gegner Kraus/Hitler: Kapitulation – der Versuch sei, auf einer Glatze Locken zu drehen.